

Beratungsunterlagen

Stadt Leverkusen

**Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014**

Band 2

**Vorbericht
Anlagen**

Beratungsunterlagen

Stadt Leverkusen

**Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014**

**Band 2 Vorbericht
 Anlagen**

Einwohnerzahl:

Fortschreibung	31.12.1991	160.727
Fortschreibung	31.12.1992	161.504
Fortschreibung	31.12.1993	161.119
Fortschreibung	31.12.1994	161.128
Fortschreibung	31.12.1995	161.493
Fortschreibung	31.12.1996	162.148
Fortschreibung	31.12.1997	161.529
Fortschreibung	31.12.1998	161.063
Fortschreibung	31.12.1999	160.930
Fortschreibung	31.12.2000	161.426
Fortschreibung	31.12.2001	161.770
Fortschreibung	31.12.2002	161.931
Fortschreibung	31.12.2003	161.751
Fortschreibung	31.12.2004	162.210
Fortschreibung	31.12.2005	162.063
Fortschreibung	31.12.2006	162.105
Fortschreibung	31.12.2007	162.130
Fortschreibung	31.12.2008	161.855
Fortschreibung	31.12.2009	160.889
Fortschreibung	31.12.2010	161.132
Fortschreibung	31.12.2011	161.603
Fortschreibung	31.12.2012	162.009

Flächengröße in ha 7887

Herrn Oberbürgermeister Buchhorn

Haushaltssatzung der Stadt Leverkusen für das Haushaltsjahr 2014

Der von mir nach § 80 GO NW aufgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2014 ist hier beigefügt.

Der **Ergebnisplan** schließt

in den Erträgen mit	467.898.900 Euro
in den Aufwendungen mit	500.321.750 Euro

der **Finanzplan**

in den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	446.099.350 Euro
in den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	467.040.850 Euro

in den Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	42.254.250 Euro
in den Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	48.335.750 Euro

ab.

Stein

Anlage

Der Oberbürgermeister

Den Entwurf der Haushaltssatzung 2014 der Stadt Leverkusen bestätige ich nach § 80 GO NW wie folgt:

Ergebnisplan

Erträge	467.898.900 Euro
Aufwendungen	500.321.750 Euro

Finanzplan

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	446.099.350 Euro
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	467.040.850 Euro

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	42.254.250 Euro
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	48.335.750 Euro

Buchhorn

Haushaltssatzung der Stadt Leverkusen für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW S. 666), geändert durch Gesetz vom 06.01.2005 (GV.NRW.S. 15) hat der Rat der Stadt Leverkusen mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf

467.898.900 EURO

Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

500.321.750 EURO

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

446.099.350 EURO

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

467.040.850 EURO

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf

42.254.250 EURO

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.

48.335.750 EURO

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

9.707.900 EURO

Kredite können in Fremdwährung aufgenommen werden.

Der Abschluss geeigneter Finanztermingeschäfte ist zulässig.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

22.267.000 EURO

§ 4

Die Verringerung der Allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf festgesetzt.

32.422.850 EURO

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt.

280.000.000 EURO

25 % des Höchstbetrages können in Fremdwährung aufgenommen werden.
Der Abschluss geeigneter Finanztermingeschäfte ist zulässig.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A)

295 v.H.

b) für die Grundstücke
(Grundsteuer B)

590 v.H.

2. Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag

475 v.H.

§ 7

Nach dem Haushaltssanierungsplan wird der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe erstmals im Haushaltsjahr 2018 und von diesem Zeitpunkt an jährlich erreicht. Der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe wird im Haushaltsjahr 2021 erreicht. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

Im Stellenplan sind bestimmte Stellen durch Vermerk als "künftig umzuwandeln" (ku) oder als "künftig wegfallend" (kw) ausgewiesen. Sind diese Stellenplanvermerke mit Terminen versehen, so treten die Rechtsfolgen spätestens zu den jeweils angegebenen Zeitpunkten ein. Ansonsten werden die Stellenplanvermerke mit dem Freiwerden der Stellen wirksam.

Beamte, denen ein Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen wird, können mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstelle, in die sie eingewiesen werden, besetzbar war.

Leverkusen, den

Der Oberbürgermeister

Buchhorn

Vorbericht

zum Haushaltsplan 2014

und der Ergebnis- und Finanzplanung 2015 bis 2017

der Stadt Leverkusen

Vorbemerkung

Nach § 7 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist dem Haushaltsplan ein Vorbericht beizufügen, der

- einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes gibt,
- die Entwicklung und aktuelle Lage der Gemeinde darstellt,
- die wesentlichen Zielsetzungen der Planung für das Haushaltsjahr und die Folgejahre sowie
- die Rahmenbedingungen der Planung erläutert.

Mit dem Haushaltsplan 2014 wird nunmehr der siebte Etat vorgelegt, der nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements aufgestellt worden ist.

Ergebnisplan 2014 und mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2015 bis 2017

Der Ergebnisplan 2014 schließt mit folgenden Endsummen ab:

Erträge	467.898.900 €
Aufwendungen	<u>500.321.750 €</u>
Fehlbedarf	32.422.850 €

Nach § 75 Abs. 2 GO NW muss der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Da die Ausgleichsrücklage durch die Defizite der vorangegangenen Jahre aufgezehrt wurde, geht der Fehlbedarf 2014 in vollem Umfang zu Lasten der allgemeinen Rücklage, womit das Eigenkapital sukzessive reduziert wird. Nach § 75 Abs. 4 GO bedarf dies der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Gegenüber der bisherigen Finanzplanung für das Jahr 2014 ergibt sich eine „Verschlechterung“ von rd. 7,5 Mio. €

Im Vergleich mit den Ansätzen des Jahres 2013 ergibt sich folgendes Bild:

Ertrags- / Aufwandsart	Ansatz 2013 €	Ansatz 2014 €	Differenz €
Steuern, Abgaben	221.831.400	213.044.400	-8.787.000
Zuwendungen, allgem. Umlagen	78.212.600	130.658.800	52.446.200
Transfererträge	3.080.750	3.179.750	99.000
Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	41.281.800	42.175.400	893.600
Privatrechtl. Leistungsentgelte	3.769.850	5.552.050	1.782.200
Kostenerstattungen u. -umlagen	33.871.450	39.336.550	5.465.100
Sonstige ordentl. Erträge	22.265.500	25.008.900	2.743.400
Aktivierete Eigenleistungen	193.500	314.000	120.500
Finanzerträge	9.337.050	8.629.050	-708.000
Summe	413.843.900	467.898.900	54.055.000
Personalaufwendungen	111.566.000	114.701.650	3.135.650
Versorgungsaufwendungen	11.514.000	7.500.000	-4.014.000
Aufw. f. Sach- und Dienstleistungen	99.274.100	86.434.150	-12.839.950
Bilanzielle Abschreibungen	31.500.000	33.000.000	1.500.000
Transferaufwendungen	137.452.450	159.119.650	21.667.200
Sonstige ordentl. Aufwendungen	80.655.250	84.349.450	3.694.200
Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen	14.493.050	15.216.850	723.800
Summe	486.454.850	500.321.750	13.866.900
Saldo	-72.610.950	-32.422.850	40.188.100

Hierzu folgende Erläuterungen:

Gegenüber 2013 ergibt sich eine deutliche Reduzierung der Erträge aus Steuern und Abgaben bedingt durch eine geringere Gewerbesteuererwartung (- 12,7 Mio. €). Demgegenüber wird beim Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer mit einem Plus von rd. 2,16 Mio. € gerechnet.

Bei den Zuwendungen u. allgem. Umlagen steigt die Schlüsselzuweisung des Landes um rd. 41,9 Mio. €, da sich die städt. Steuerkraft in der für 2014 maßgeblichen Berechnungsperiode (01.07.2012 – 30.06.2013) entsprechend negativ entwickelt hatte. Darüber hinaus hat das Land die Finanzausgleichsmasse gegenüber dem Vorjahr um 8,3 % aufgestockt. Des Weiteren erwartet die Stadt in 2014 eine weitere Finanzierungshilfe des Landes nach dem Stärkungspaktgesetz, die nach dem derzeitigen Kenntnisstand bei 11,1 Mio. € liegen wird und damit um 7 Mio. € über der Tranche des Jahres 2013 in dem noch entsprechend den gesetzlichen Regelungen verminderte Finanzhilfen ausgeschüttet wurden.

Durch die Inbetriebnahme neuer Kindertagesstätten freier Träger erhöhen sich außerdem die Landeszuschüsse um rd. 3,6 Mio. €

Die Kostenerstattungen und -umlagen erhöhen sich um rd. 5,5 Mio. €. (+ 16,1 %) insbesondere bedingt durch die Erhöhung der Erstattungsquote des Bundes für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+ 4,85 Mio. €).

Der Anstieg bei den Personalaufwendungen beträgt rd. 2,8 %. Begründet ist dies im Wesentlichen durch die Tarifierhöhung, die Übernahme der Auszubildenden und die zusätzlichen Personaleinstellungen im Bereich der Kinderbetreuung.

Der Rückgang bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen korrespondiert z. T. mit dem Anstieg der Transferaufwendungen. Zur korrekten Abbildung in der Finanzstatistik wurden in 2014 die bislang der Kontengruppe 52 (Sach- und Dienstleistungen) zugeordneten Zahlungen an die freien Träger von Kindertagesstätten in die für diese Zahlungsströme zu verwendende Kontengruppe 53 (Transferaufwendungen) übergeleitet. Demgegenüber mussten die Aufwendungen im Zusammenhang mit der offenen Ganztagsbetreuung im Schulbereich von der Kontengruppe 53 in die 52 umgepolt werden, so dass sich allein aus diesen finanzstatistischen Gründen hier größere Abweichungen im Jahresvergleich ergeben.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Ansätze für Sach- und Dienstleistungen ist die deutlich Reduzierung der Mittel für die Gebäudeunterhaltung (rd. 8 Mio. €).

Bei den Transferleistungen entstehen andererseits Mehraufwendungen im Bereich der Jugendhilfe und der Sozialhilfe sowie bei der Landschaftsverbandsumlage.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen um rd. 3,7 Mio. € (+ 4,6 %). Dies liegt insbesondere an erhöhten Aufwendungen für Mieten, Wertberichtigungen und Niederschlagungen sowie der Leistungsbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Rahmen der Sozialhilfe.

In den Jahren 2015 bis 2017 bleibt die Finanzlage weiterhin defizitär:

	2015	2016	2017
Erträge	464,1 Mio. €	496,8 Mio. €	493,1 Mio. €
Aufwendungen	505,5 Mio. €	516,4 Mio. €	509,4 Mio. €
Fehlbedarf	41,4 Mio.€	19,6 Mio. €	16,3 Mio. €

Ein Haushaltsausgleich ist im Planungszeitraum bis 2017 nicht darstellbar.

Haushaltssicherungskonzept / Haushaltssanierungsplan

Nach der Novellierung des § 76 GO NRW ist die Genehmigung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) nunmehr zulässig, wenn spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht wird. An die Stelle des HSK tritt nach dem Stärkungspaktgesetz in diesem Falle der „Haushaltssanierungsplan“ (HSP). Die Stadt Leverkusen hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und bereits mit dem Haushalt 2012 auf der Basis eines bis 2021 fortgeschriebenen Ergebnisplanes einen Haushaltssanierungsplan aufgestellt, der im Jahr 2018 wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt führt. U. a. wurden dazu auch Landeszuweisungen nach dem Stärkungspaktgesetz eingeplant. Dieser Haushaltssanierungsplan wird nunmehr mit dem Haushaltsentwurf 2014 fortgeschrieben. In der Vorlage zur Einbringung des Etatentwurfes 2014 und zur Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes sind speziell zum HSP weitergehende Erläuterungen enthalten, so dass an dieser Stelle auf zusätzliche Ausführungen hierzu verzichtet wird.

Eigenkapitalentwicklung

Eigenkapital zum 31.12.2012 (lt. testiertem Jahresabschluss 2012 unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages 2012 von 19.519.201,94 €) 383.013.499 €

abzüglich

Jahresfehlbedarf 2013 lt. Haushaltsplan 72.610.950 €
 Jahresfehlbedarf 2014 lt. Haushaltsplanentwurf 32.422.850 €

Jahresfehlbedarf 2015 lt. mittelfristiger Ergebnisplanung	41.372.240 €
Jahresfehlbedarf 2016 lt. mittelfristiger Ergebnisplanung	19.600.520 €
Jahresfehlbedarf 2017 lt. mittelfristiger Ergebnisplanung	<u>16.293.630 €</u>
Verbleibendes Eigenkapital am Ende des mittelfristigen Planungszeitraumes	200.713.309 €
Prognostizierte Jahresergebnisse aus der dem HSP zugrunde liegenden fortgeschriebenen Ergebnisplanung für die Jahre 2018 bis 2021:	
Jahresüberschuss 2018	585.900 €
Jahresüberschuss 2019	507.350 €
Jahresüberschuss 2020	5.220.850 €
Jahresüberschuss 2021	<u>4.132.350 €</u>
Eigenkapital am Ende des HSP-Zeitraumes	211.159.759 €

Festzustellen bleibt an dieser Stelle, dass die Stadt im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2017 nicht von der Überschuldung bedroht ist und bei Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes auch ein ausgeglichener Haushalt im erweiterten Konsolidierungszeitraum wieder erreichbar sein wird.

Teilergebnispläne

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die wesentlichen Eckwerte 2014 (in Klammern jeweils der Ansatz 2013) in den Fachbereichen (ohne Personalaufwendungen – sh. hierzu grafische Darstellung Entwicklung Personalaufwand) mit der dazu gehörigen Produktgruppe.

Fachbereich 20 – Finanzen / Zentrales Finanzdepot

Wesentliche Aufwendungen:

Zuschuss an KulturStadtLev	8,3 Mio. €	(8,3 Mio. €)	Produktgruppe 0410 - Förderung von Kultur und Wissenschaft
Aufwendungen nbs:o-GmbH	1,1 Mio. €	(1,2 Mio. €)	Produktgruppe 0927 – Städt. Entwicklungsmaßn.

Entschädigung Gütergleisverlegung	1,5 Mio. €	(0,8 Mio. €)	Produktgruppe 0927 - w. v.
Leistungsentgelt TBL	5,6 Mio. €	(5,6 Mio. €)	Produktgruppe 1106 - Abwasserbeseitigung
Müllbeseitigung (Zahlung an AVEA)	18,8 Mio. €	(16,7 Mio. €)	Produktgruppe 1110 - Abfallwirtschaft
Aufwendungen für den ÖPNV	5,1 Mio. €	(5,2 Mio. €)	Produktgruppe 1211 - ÖPNV
Verlustabdeckung WFL	0,75 Mio. €	(0,75 Mio. €)	Produktgruppe 1505 - Wirtschaftsförderung
Gewerbesteuerumlage	10,7 Mio. €	(12,6 Mio. €)	Produktgruppe 1605 - Allg. Finanzwirtschaft
⇒ davon Zahlung in Fonds Deutsche Einheit	5,36 Mio. €	(6,3 Mio. €)	
Umlage Landschaftsverband	37,5 Mio. €	(36,7 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.
Krankenhausumlage	1,8 Mio. €	(1,8 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.
Zinsaufwendungen (für Liquiditätskredite und städt. Investitionskredite)	8,0 Mio. €	(8,8 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.

Wesentliche Erträge:

Konzessionsabgaben	9,6 Mio. €	(9,6 Mio. €)	Produktgruppe 1115 - Energieversorgung
Müllabfuhrgebühren	18,8 Mio. €	(16,7 Mio. €)	Produktgruppe 1110 - Abfallwirtschaft
Grundsteuer A und B	37,3 Mio. €	(37,0 Mio. €)	Produktgruppe 1605 - Allg. Finanzwirtschaft
Gewerbesteuer	73,8 Mio. €	(86,5 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.
Anteil Lohn- und Einkommensteuer	69,0 Mio. €	(66,9 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.
Anteil Umsatzsteuer	12,7 Mio. €	(12,5 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.
Schlüsselzuweisungen	71,3 Mio. €	(29,4 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.
Familienleistungsausgleich	7,2 Mio. €	(6,8 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.
Konsolidierungshilfe gem. Stärkungspaktgesetz	11,1 Mio. €	(4,1 Mio. €)	Produktgruppe 1605 – w. v.

Fachbereich 30 – Recht und Ordnung

Wesentliche Erträge:

Verwarn- u. Bußgelder Straßenverkehr (Der deutlich erhöhte Ansatz 2014 ist auf die beabsichtigte <u>Installation einer Geschwindigkeitsmessanlage auf der Rheinbrücke zurückzuführen.</u>)	8,8 Mio. €	(2,5 Mio. €)	Produktgruppe 0210 - Zentrale Bußgeldstelle
--	------------	--------------	---

Wesentliche Aufwendungen:

Leistungsentgelt CVUA	0,9 Mio. €	(1,1 Mio. €)	Produktgruppe 0215 – Lebensmittelunter- suchungen
<u>Fachbereich 32 – Umwelt</u>			

Wesentliche Erträge:

Landeszuweisungen zu Altlastenunter- suchungen / Gefährdungsabschätzungen	0,9 Mio. €	(0,1 Mio. €)	Produktgruppe 1405 – Umweltschutzmaß- nahmen
--	------------	--------------	---

Wesentliche Aufwendungen:

Untersuchungen und Planungen im Zusammenhang mit Altlasten / Bodenbe- lastungen / Gewässerschutz	1,5 Mio. €	(0,4 Mio. €)	Produktgruppe 1405 – w. v.
--	------------	--------------	----------------------------

Fachbereich 33 - Bürgerbüro

Wesentliche Erträge:

Gebühren Pass- u- Ausweiswesen	1,3 Mio €	(1,3 Mio €)	Produktgruppe 0240 - Personenstands-, Pass- und Ausweiswesen
--------------------------------	-----------	-------------	---

Wesentliche Aufwendungen:

Pässe und Ausweise	0,5 Mio. €	(0,9 Mio. €)	Produktgruppe 0240 - w. v.
--------------------	------------	--------------	----------------------------

Fachbereich 36 – Straßenverkehr

Wesentliche Erträge:

Verwaltungsgebühren Kfz-Angelegenheiten	1,9 Mio. €	(1,9 Mio. €)	Produktgruppe 0235 - Fahrzeugzulassungen / Fahrerlaubnisse
Benutzungsgebühren Parkautomaten	1,3 Mio. €	(1,1 Mio. €)	Produktgruppe 0230 - Verkehrsrecht

Fachbereich 37 – Feuerwehr

Wesentliche Erträge:

Gebühren Rettungsdienst	6,4 Mio. €	(5,9 Mio. €)	Produktgruppe 0270 - Rettungsdienst
-------------------------	------------	--------------	-------------------------------------

Fachbereich 40 - Schulen

Wesentliche Erträge:

Elternbeiträge Offene Ganztagsgrundschule	2,2 Mio. €	(1,8 Mio. €)	Produktgruppe 0305 - Bereitstellung schu- lischer Einrichtungen
Landeszuschuss Offene Ganztagsgrundschule	3,7 Mio. €	(2,8 Mio. €)	

Wesentliche Aufwendungen:

Aufwendungen Offene Ganztagsgrundschule	8,2 Mio. €	(6,6 Mio. €)	Produktgruppe 0305 - Bereitstellung schu- lischer Einrichtungen
Schülerfreifahrten	3,7 Mio. €	(3,5 Mio. €)	
Freie Lernmittel	0,9 Mio. €	(0,9 Mio. €)	w. v.
Umlage Berufsschulzweckverband	0,8 Mio. €	(0,7 Mio. €)	w. v.

Fachbereich 50 – Soziales

Wesentliche Erträge

Erstattung Bund Leistungsbeteiligung KDU	11,9 Mio. €	(12,2 Mio. €)	Produktgruppe 0505 – Städt. Anteil der Hilfen nach SGB II
Zuweisung Land aus Wohngeldentlastung	10,0 Mio. €	(9,5 Mio. €)	
Erstattung Bund f. Leistungen d. Grundsicherung	11,0 Mio. €	(6,2 Mio. €)	Produktgruppe 0515 – Hilfen bei Einkom-

mensdefiziten und Unterstützungsleistungen

Wesentliche Aufwendungen:

Leistungsbeteiligung KDU nach SGB II	38,5 Mio. €	(37,0 Mio. €)	Produktgruppe 0505 – w. v.
Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII	4,0 Mio. €	(4,2 Mio. €)	Produktgruppe 0515 – w. v.
Hilfe zur Pflege nach SGB XII	7,6 Mio. €	(7,4 Mio. €)	w. v.
Pflegewohngeld	5,2 Mio. €	(4,9 Mio. €)	w. v.
Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII	11,5 Mio. €	(10,4 Mio. €)	w. v.

Fachbereich 51 – Kinder und Jugend

Wesentliche Erträge

Elternbeiträge Kindertagesstätten	4,4 Mio. €	(4,1 Mio. €)	Produktgruppe 0605 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Zuweisung Land Kindertagesstätten	18,4 Mio. €	(13,3 Mio. €)	

Wesentliche Aufwendungen:

Hilfe zur Erziehung	14,5 Mio. €	(13,4 Mio. €)	Produktgruppe 0615 – Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Hilfe für junge Volljährige	1,9 Mio. €	(1,7 Mio. €)	
Betriebskostenerstattungen an Träger von Kindertagesstätten	22,2 Mio. €	(16,9 Mio. €)	Produktgruppe 0605 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Förderung von Kindern in Tagespflege	3,5 Mio. €	(3,3 Mio. €)	

Fachbereich 61 – Stadtplanung und Bauaufsicht

Wesentliche Erträge

Bauaufsichtsgebühren	1,6 Mio €	(1,6 Mio €)	Produktgruppe 1005 – Maßn. d. Bauaufsicht
Zinserträge Wohnungsbau Darlehen	0,6 Mio €	(0,6 Mio €)	Produktgruppe 1015 - Wohnungsbauförderung

Fachbereich 65 – Gebäudewirtschaft

Wesentliche Aufwendungen:

Bauunterhaltung	10,2 Mio. €	(18,1 Mio. €)	Produktgruppe 0170 - Gebäudemanagement
Mieten und Pachten	9,2 Mio. €	(8,9 Mio. €)	w. v.
Energiekosten	7,3 Mio. €	(6,3 Mio. €)	w. v.

Fachbereich 66 – Tiefbau

Wesentliche Aufwendungen:

Betrieb u. Unterhaltung Straßenbeleuchtung	2,0 Mio. €	(2,0 Mio. €)	Produktgruppe 1205 – Öffentliche Verkehrsflächen
Betrieb u. Unterhaltung Infrastruktur und techn. Anlagen	2,3 Mio. €	(1,8 Mio. €)	w. v.

Fachbereich 67 - Stadtgrün

Wesentliche Erträge:

Friedhofsgebühren	2,4 Mio. €	(2,6 Mio. €)	Produktgruppe 1310 – Friedhofs- u. Bestattungswesen
-------------------	------------	--------------	---

Wesentliche Aufwendungen:

Unterhaltung u. Bewirtschaftung öffentliches Grün 2,4 Mio € (2,5 Mio €) Produktgruppe 1305 – Öffentliches Grün

Teilfinanzpläne

Die Teilfinanzpläne bilden die geplante Investitionstätigkeit in den einzelnen Produktbereichen und Produktgruppen ab sowie die Finanzierung des Investitionshaushaltes.

Insgesamt ergeben sich im Planungszeitraum jahresbezogen folgende Endsummen aus der Investitionstätigkeit:

	2014 €	2015 €	2016 €	2017 €
Auszahlungen	31.466.150	28.295.400	26.776.600	25.856.400
Einzahlungen	21.758.250	18.838.400	16.908.400	15.532.200
Kreditbedarf	9.707.900	9.457.000	9.868.200	10.324.200

Zur Finanzierung des Investitionsvolumens tragen neben den objektbezogenen Einzahlungen (Bundes- und Landeszuweisungen) und den Investitionspauschalen vom Land insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken und Kreditaufnahmen bei.

	2014	2015	2016	2017
	in 1.000€			
Zuweisungen Land/Bund	15.778	13.403	11.809	10.432
Grundstücksverkäufe	3.963	3.663	3.463	3.463
Kreditaufnahmen	9.708	9.457	9.868	10.324
Erschließungs-/Anliegerbeiträge	1.780	1.745	1.610	1.610
Sonstiges	237	27	27	27
	<u>31.466</u>	<u>28.295</u>	<u>26.777</u>	<u>25.856</u>

Da die Stadt sich weiterhin in der Haushaltssicherung befindet, soll die Kreditaufnahme für unrentierliche Investitionen (rentierlich sind die Maßnahmen des Rettungsdienstes und des Friedhofswesens) nicht höher sein als die jährlichen ordentlichen Tilgungsleistungen. Unter dieser Prämisse ergeben sich in den einzelnen Jahren des Planungszeitraumes rechnerisch folgende maximale Kredithöhen (rentierlich und unrentierlich):

2014: 9.653.250 €	▶ errechneter Kreditbedarf lt. Investitionshaushalt:	9.707.900 €
2015: 9.383.750 €	▶ errechneter Kreditbedarf lt. Investitionshaushalt:	9.457.000 €
2016: 9.855.850 €	▶ errechneter Kreditbedarf lt. Investitionshaushalt:	9.868.200 €
2017: 10.349.550 €	▶ errechneter Kreditbedarf lt. Investitionshaushalt:	10.324.200 €

Somit ist festzustellen, dass in den Jahren 2014 bis 2016 die Kreditobergrenzen nur ganz geringfügig überschritten werden, was nach allen Erfahrungen im jeweiligen Haushaltsvollzug problemlos kompensiert werden kann und im Jahr 2017 die Obergrenze auch bereits nach den Planzahlen unterschritten wird.

Auf der Auszahlungsseite des Investitionshaushaltes dominieren üblicherweise die Mittel für die städt. Baumaßnahmen und für den Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen:

	2014	2015	2016	2017
	In 1.000€			
Städt. Baumaßnahmen	20.729	20.285	19.462	18.907
<i>davon</i>				
• Hochbaumaßnahmen	8.255	6.815	7.392	5.682
• Tiefbaumaßnahmen	11.744	12.905	11.520	12.705
• Grün-/Freizeitanlagen	730	565	550	520
Erwerb bewegl. Vermögen	7.866	6.699	6.004	5.639
Grunderwerb	1.220	791	791	790
Sonstiges	1.651	520	520	520
	<u>31.466</u>	<u>28.295</u>	<u>26.777</u>	<u>25.856</u>

Im Nachfolgenden sind die bedeutsamen Einzelprojekte des Investitionsplanungszeitraumes mit ihren derzeit veranschlagten Gesamtkosten dargestellt.

Projekt	veranschlagte Gesamtkosten*
Bahngelände Opladen (nbs:o)	73,1 Mio. €
Fahrzeuge Feuerwehr/Rettungsdienst in den Jahren 2014 - 2017	6,3 Mio. €
Erweiterung und Umbau Grundschule Im Steinfeld	4,1 Mio. €
Neubau Sporthalle Netzestraße	1,8 Mio. €
Energetische Sanierung Turnhalle Am Stadtpark	1,4 Mio. €
Energetische Sanierung Sporthalle Landrat-Lucas-Gymnasium	1,5 Mio. €
Sanierung Sporthalle Lise-Meitner-Gymnasium	1,7 Mio. €
Erweiterung Kindertagesstätte Elbestraße	1,9 Mio. €
Erweiterung Kindertagesstätte Pregelstraße	1,5 Mio. €
Erweiterung Kindertagesstätte Oulustraße	1,7 Mio. €

Neubau Kindertagesstätte Masurenstraße	4,2 Mio. €
Neubau Kindertagesstätte Nikolaus-Groß-Straße	3,0 Mio. €
Umbau Hitdorfer Straße	2,8 Mio. €
Ausbau Ringstraße	2,2 Mio. €
Neubau Dhünnbrücke Bismarckstraße	2,6 Mio. €

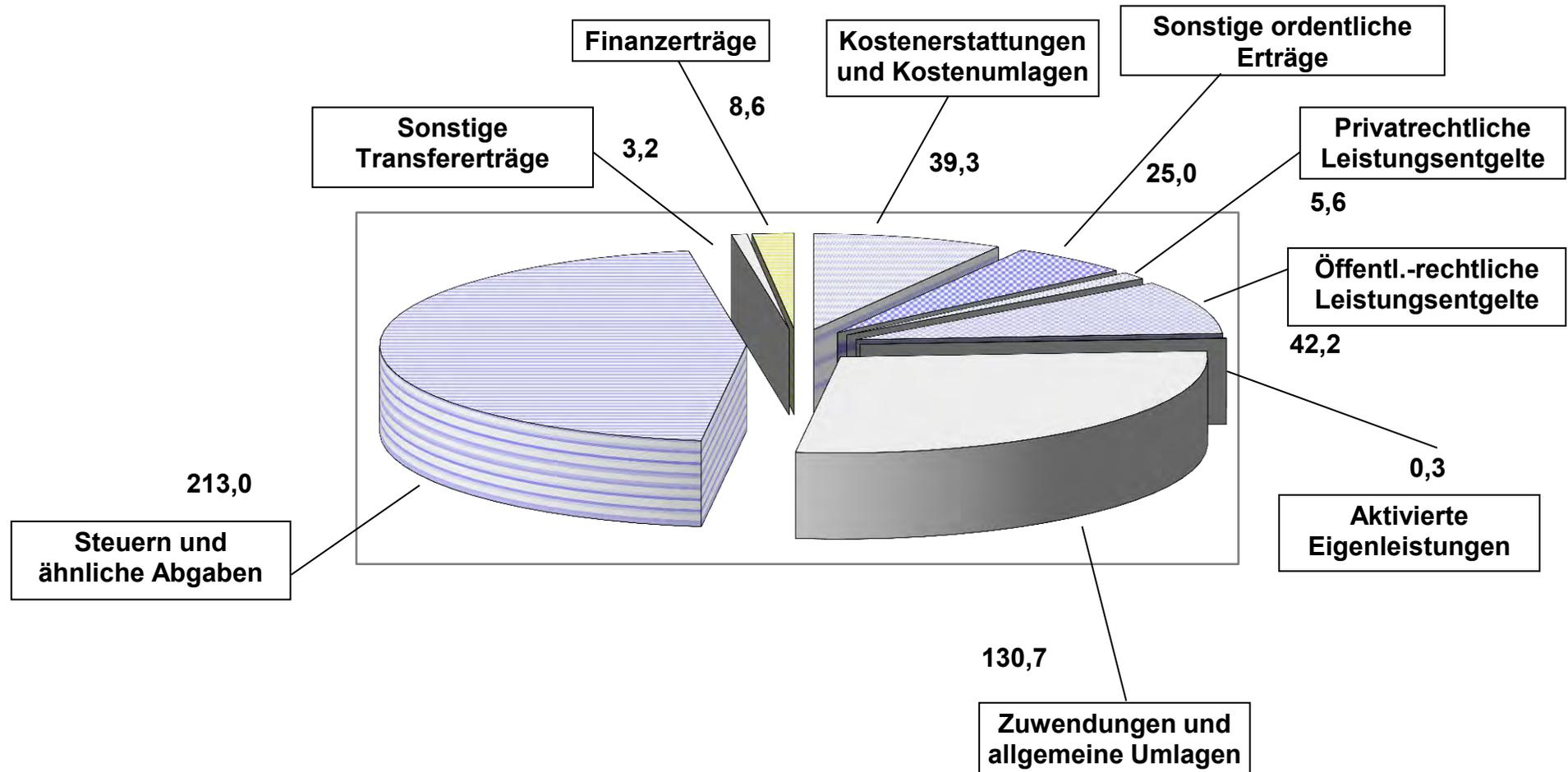
*einschließlich bereits in Vorjahren bereitgestellte Mittel und Restfinanzierungen nach 2017 (Ausnahme: Fortlaufende Maßnahmen wie z. B. Beschaffungen)

Die Schwerpunkte des Investitionsprogrammes liegen somit neben dem dominierenden Großprojekt der Umgestaltung des Bahngeländes in Opladen insbesondere im Bereich der Kindertagesstätten, der Schulen, des Straßenbaus sowie Feuerwehr und Rettungsdienst. Zu diesem Bereich noch folgender Hinweis: Der dringend notwendige Neubau der Hauptfeuerwache (als Ersatz für den derzeitigen Standort an der Stixchesstraße) soll im Rahmen eines PPP-Projektes gebaut und finanziert werden. Die Vorarbeiten, wie z. B. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen hierzu, sind in die Wege geleitet. Davon ausgehend, dass der Neubau bis zum Jahre 2017 fertiggestellt und bezogen werden kann, wurde im Investitionshaushalt für das Jahr 2017 eine erste Tilgungsrate von 1,4 Mio. € veranschlagt. Bei angenommenen Gesamtkosten für den Neubau von 35 Mio. € (es handelt sich dabei derzeit naturgemäß nur um eine sehr grobe Schätzung) werden 25 Jahre jeweils Tilgungsraten von 1,4 Mio. € pro Jahr fällig.

Alle Investitionsvorhaben sind in den Teilfinanzplänen als Einzelmaßnahmen dargestellt. Auf die Festlegung von Wertgrenzen i. S. von § 4 Abs. 4 Satz 2 GemHVO wurde aus Gründen größtmöglicher Transparenz verzichtet. D. h., es erfolgt keine summarische Zusammenfassung kleinerer Investitionen in den Produktgruppen unter dem Titel „Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgelegten Wertgrenze“.

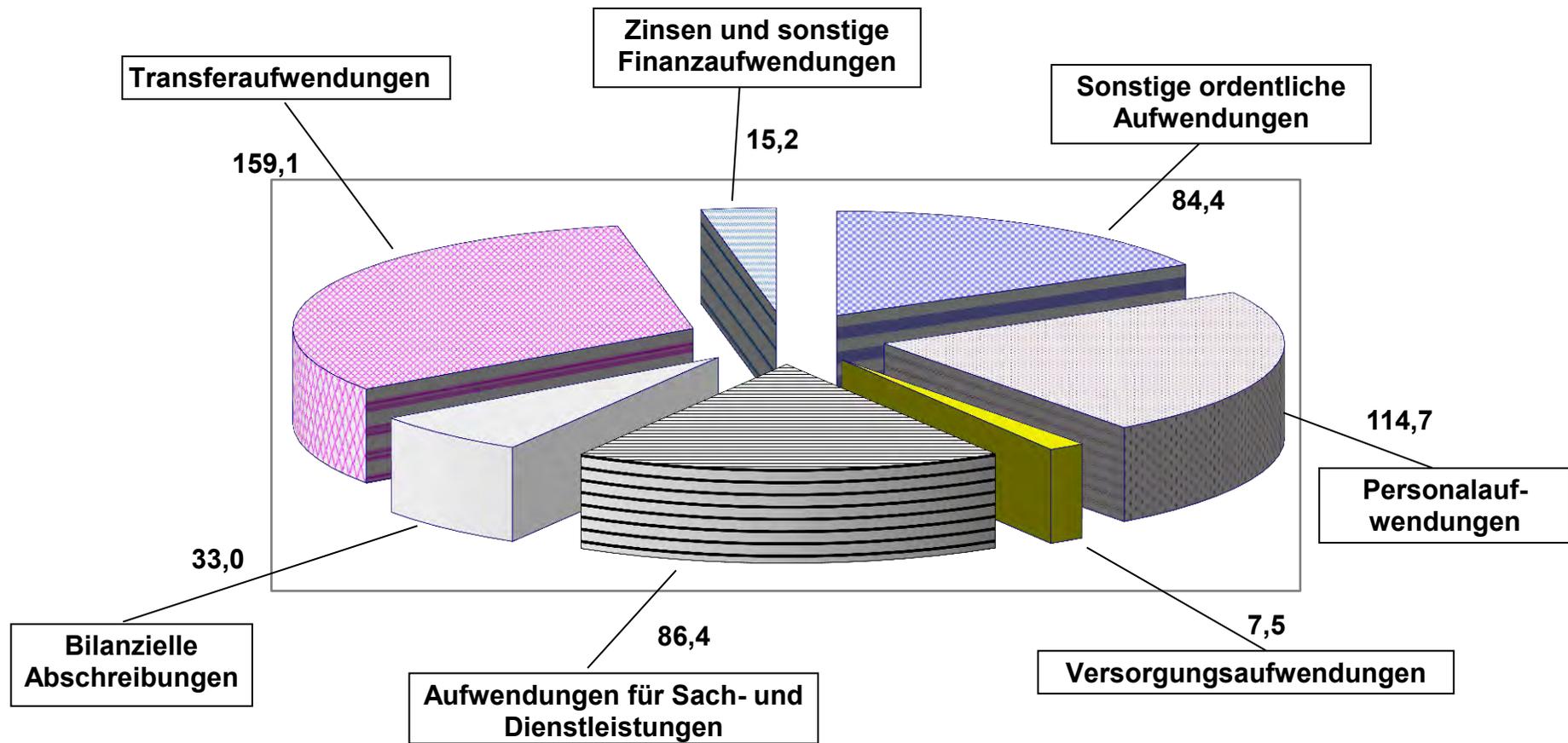
Leverkusen, im September 2013

Gesamtergebnisplan - Erträge 2014 (467,9 Mio €)



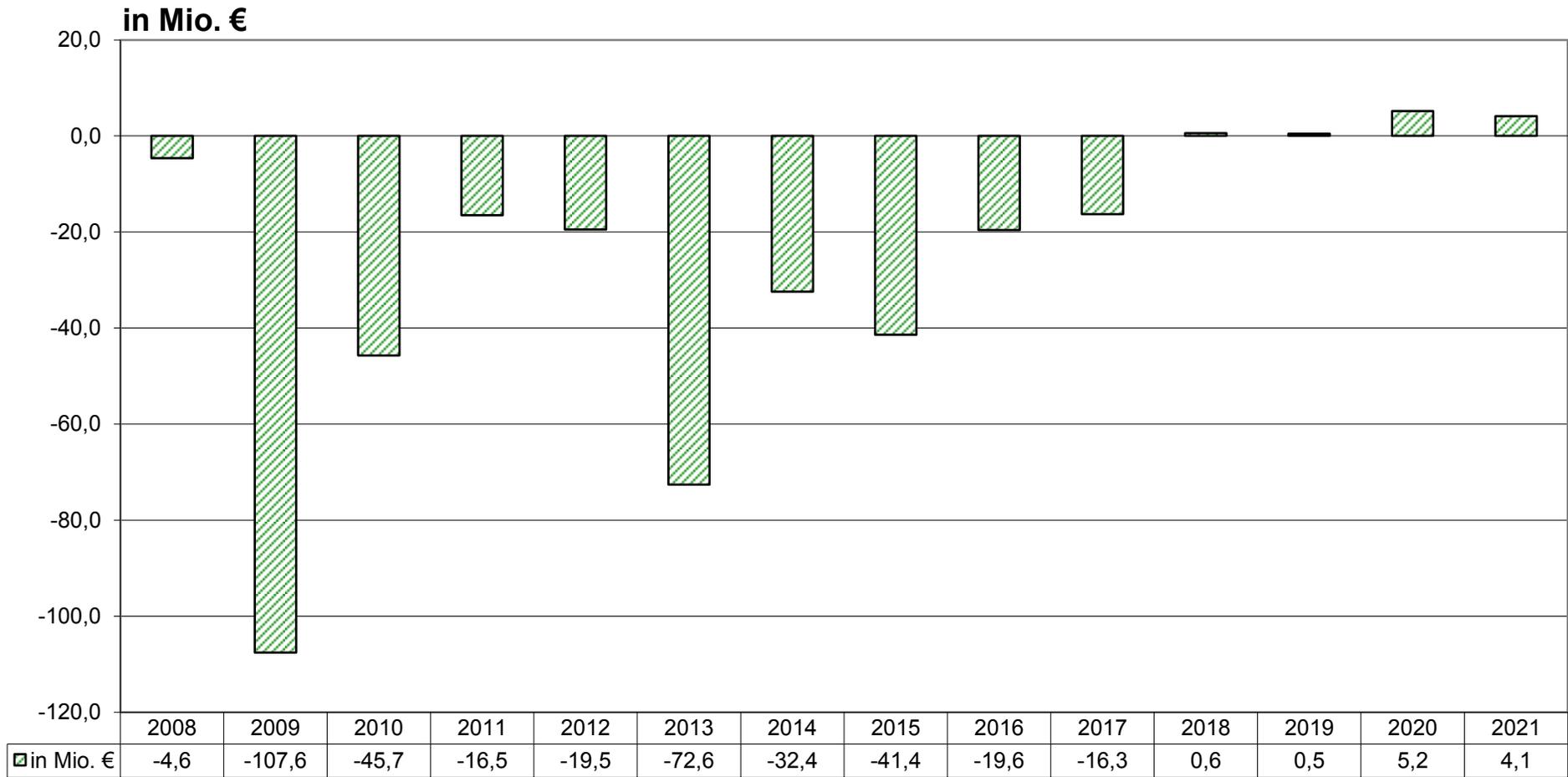
in Mio. €

Gesamtergebnisplan - Aufwendungen 2014 (500,3 Mio €)



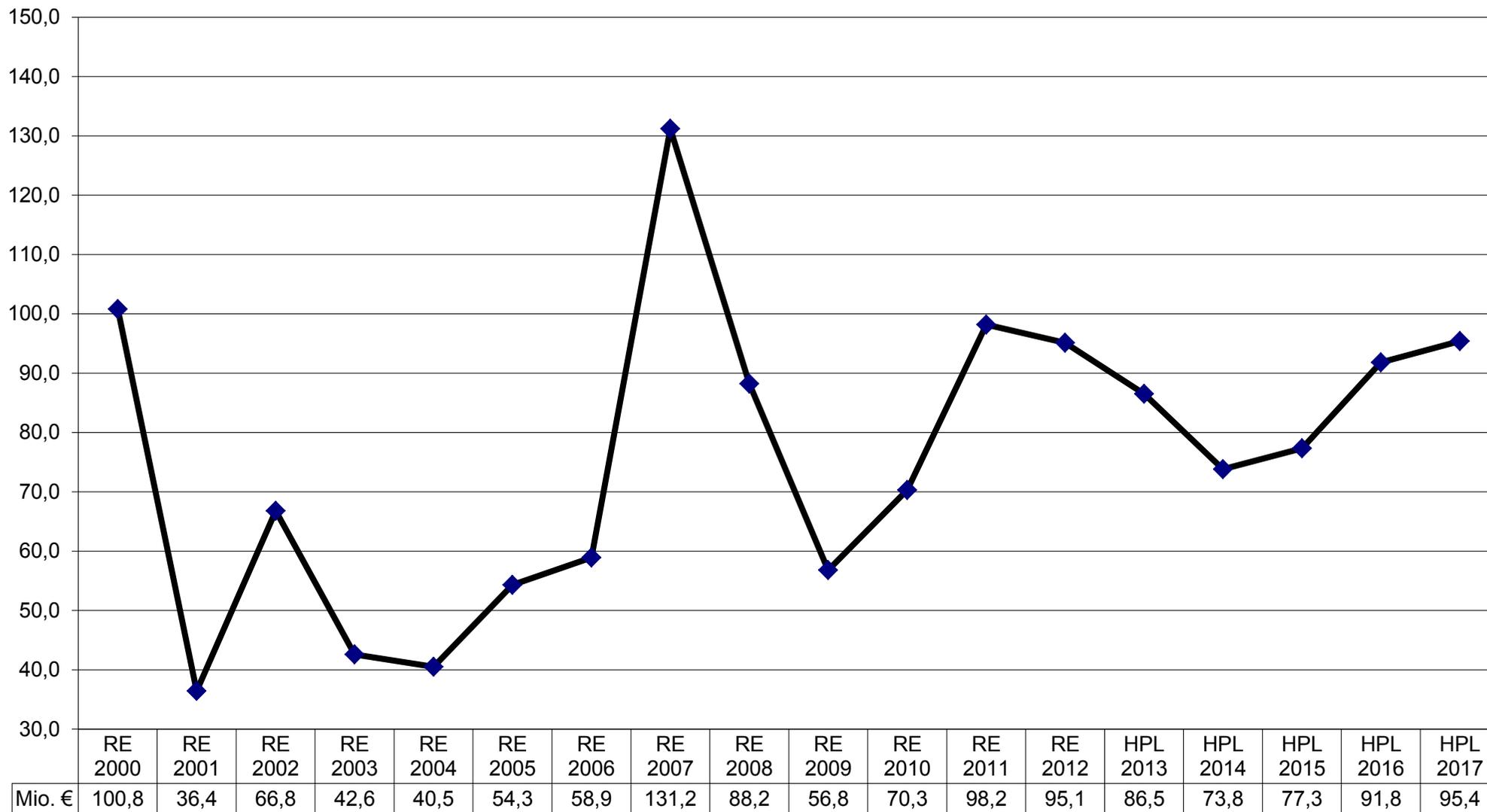
in Mio. €

Entwicklung Defizite im Ergebnisplan



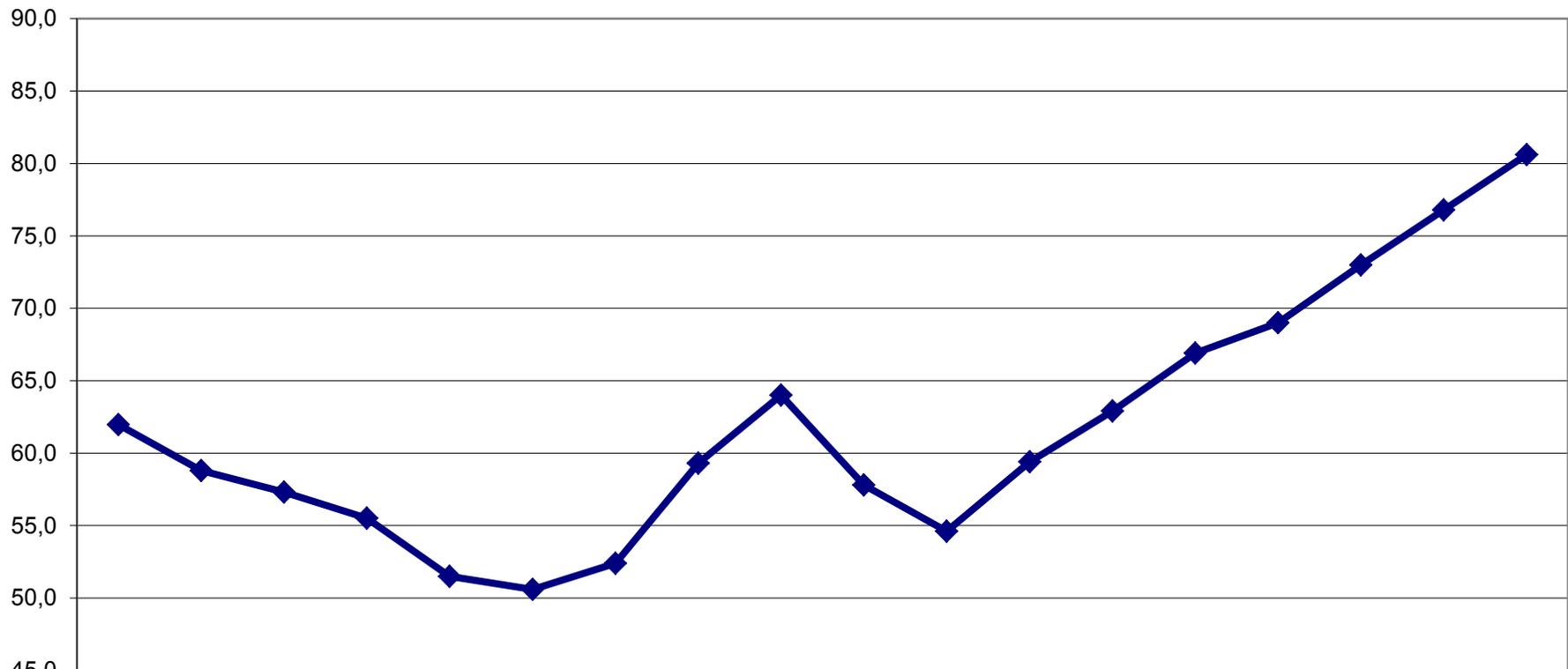
Gewerbsteuerentwicklung 2000 - 2017

in Mio. €



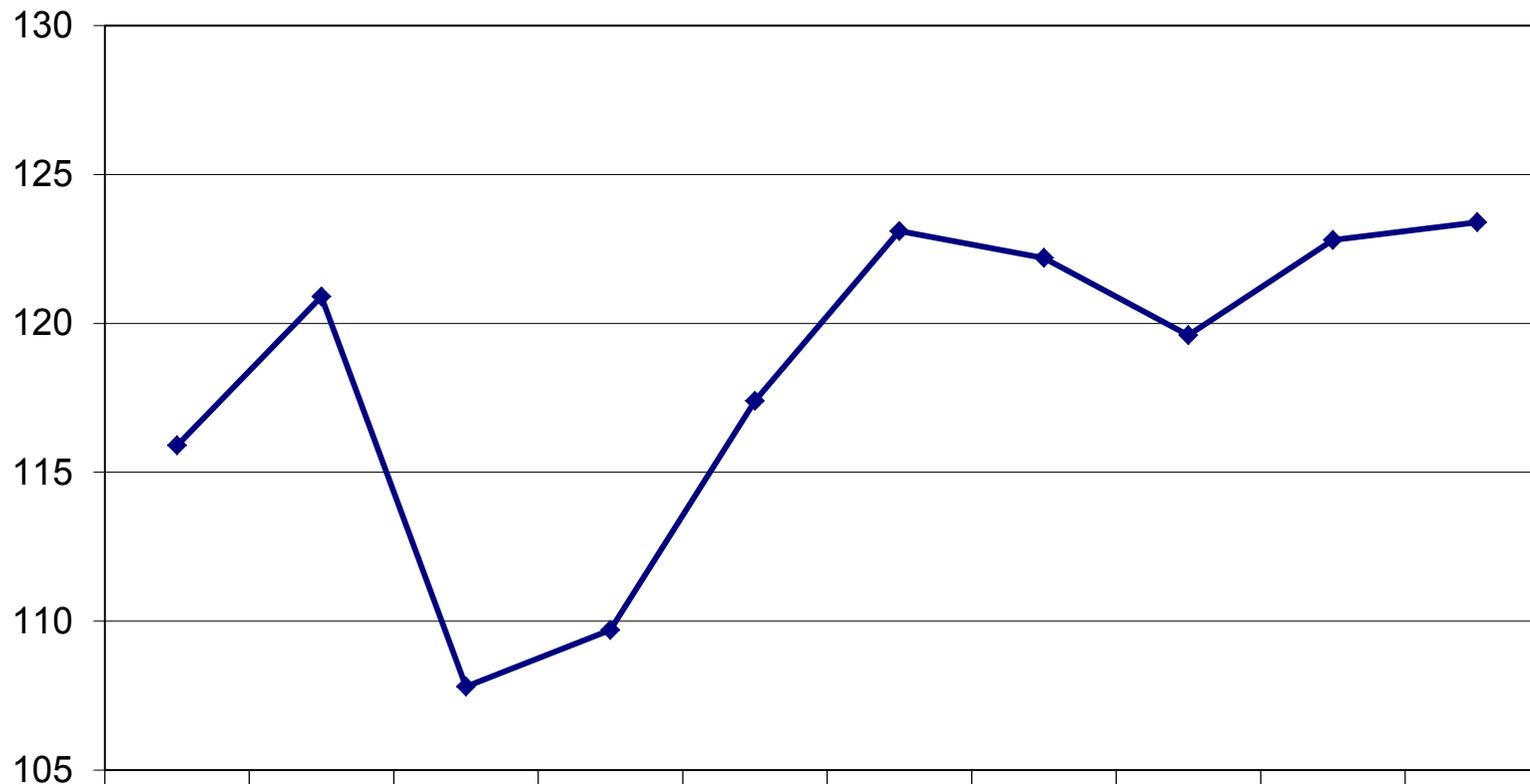
Entwicklung Anteil Lohn- und Einkommensteuer 2000 - 2017

in Mio. €



	RE 2000	RE 2001	RE 2002	RE 2003	RE 2004	RE 2005	RE 2006	RE 2007	RE 2008	RE 2009	RE 2010	RE 2011	RE 2012	HPL 2013	HPL 2014	HPL 2015	HPL 2016	HPL 2017
in Mio. €	62,0	58,8	57,3	55,5	51,5	50,6	52,4	59,3	64,0	57,8	54,6	59,4	62,9	66,9	69,0	73,0	76,8	80,6

Entwicklung des Personalaufwands (einschl. Versorgungsaufwand)



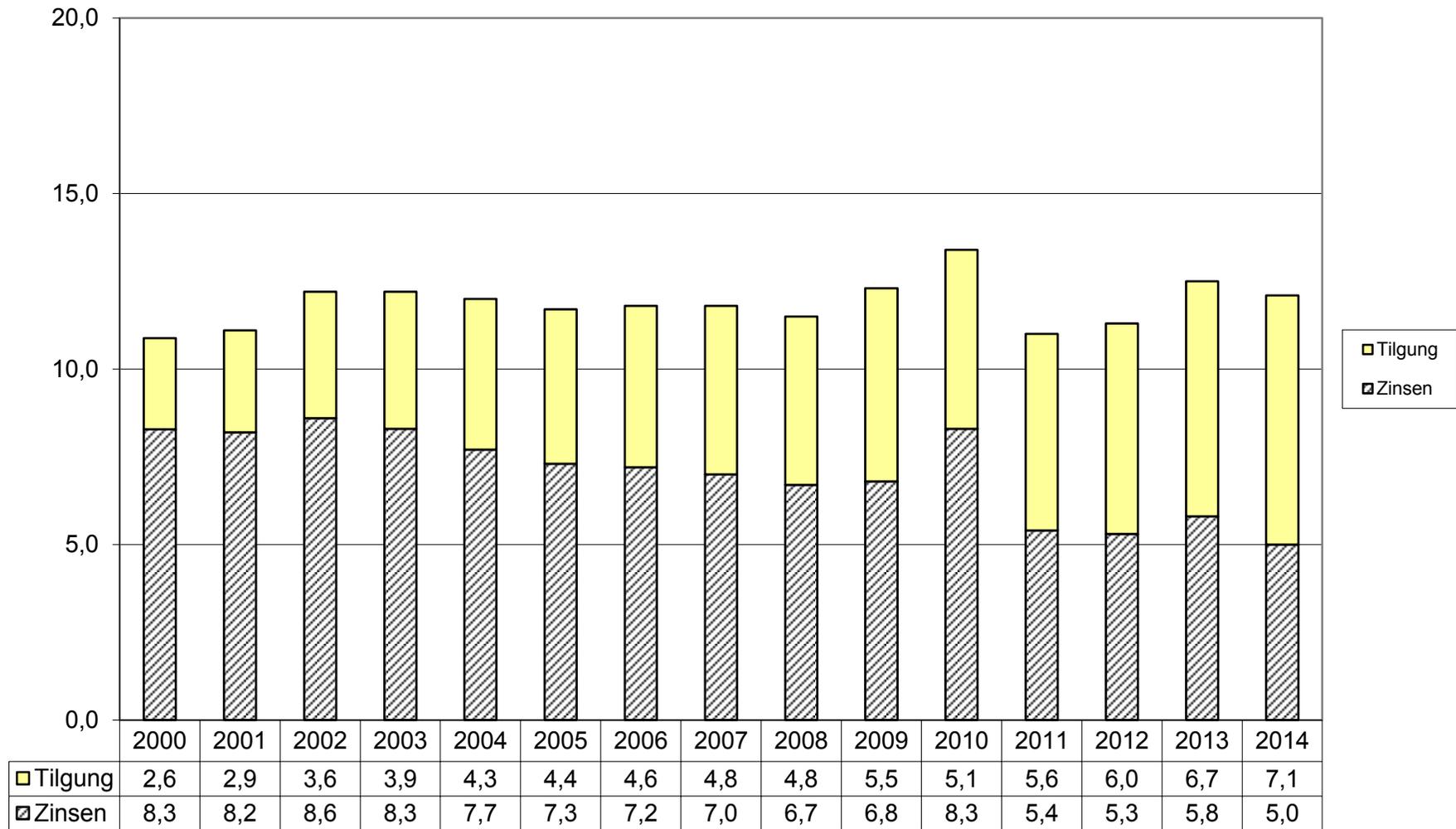
◆ in Mio €

2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
115,9	120,9	107,8	109,7	117,4	123,1	122,2	119,6	122,8	123,4

Aufwendungen für Zinsen und Tilgung 2000 - 2014

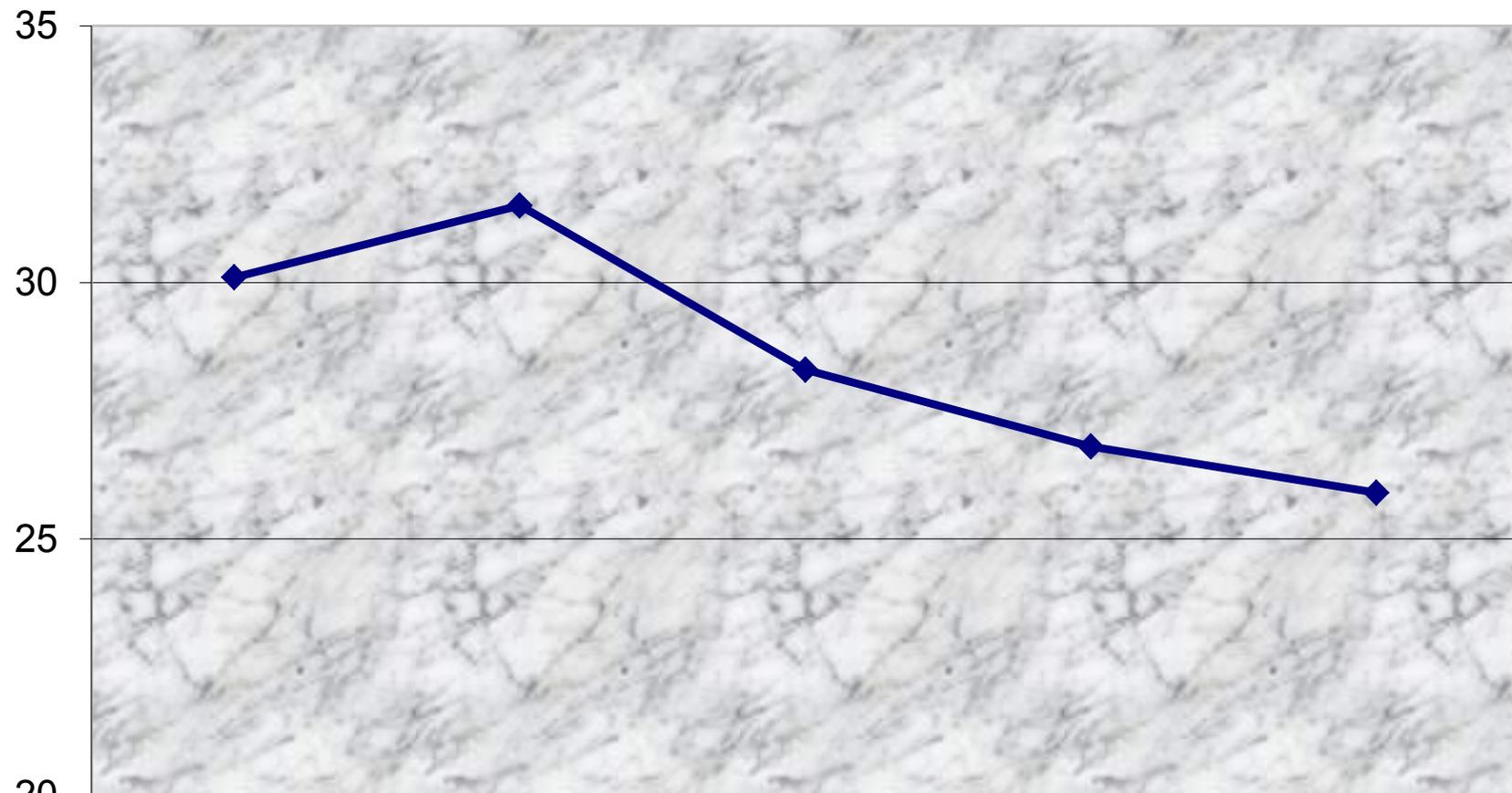
(für langfristige Darlehen - ohne Darlehen der AöR und der Eigenbetriebe)

in Mio €



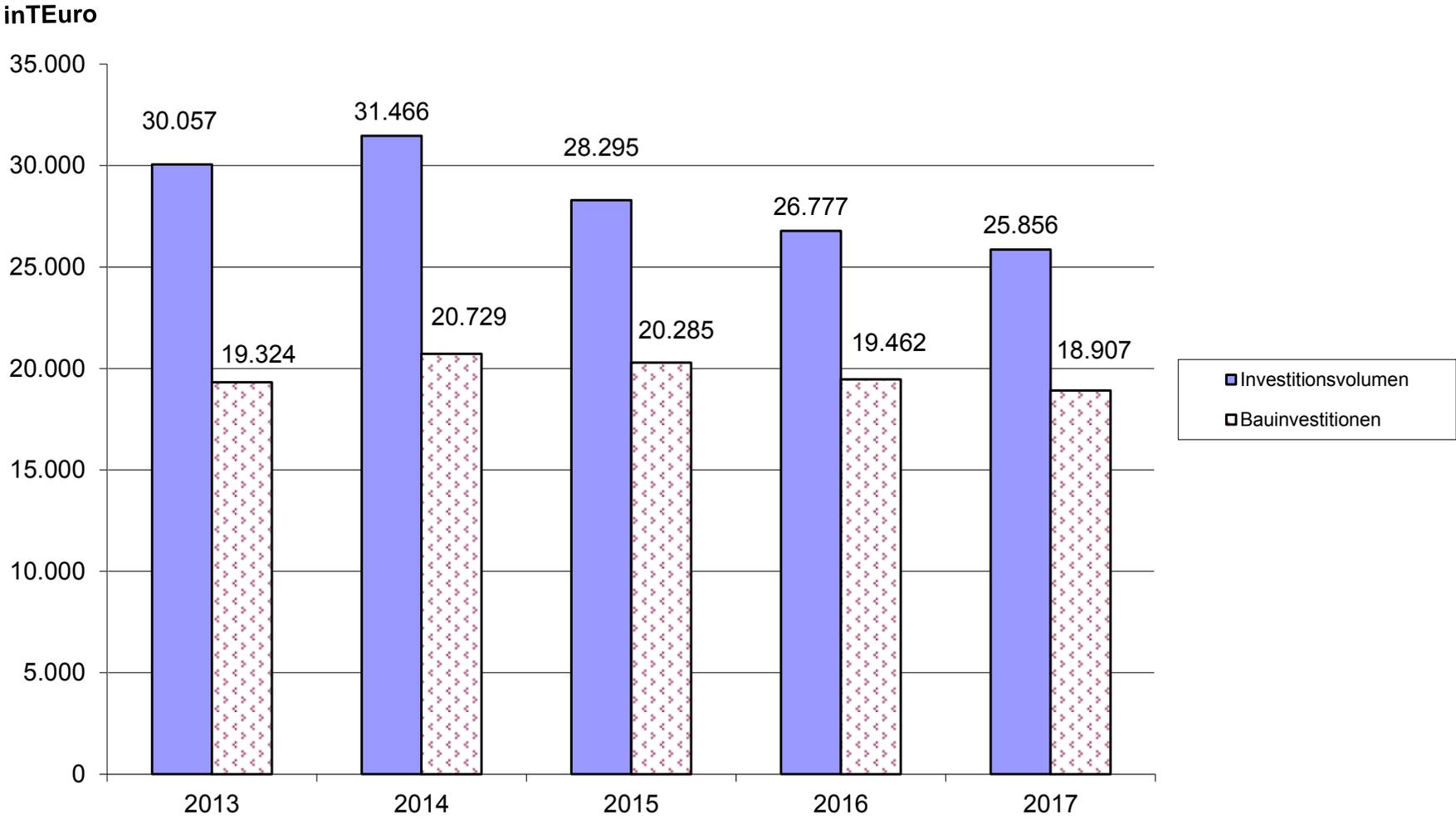
(1999: Ausgliederung der Technischen Betriebe Leverkusen)

Investitionstätigkeit im Planungszeitraum bis 2017

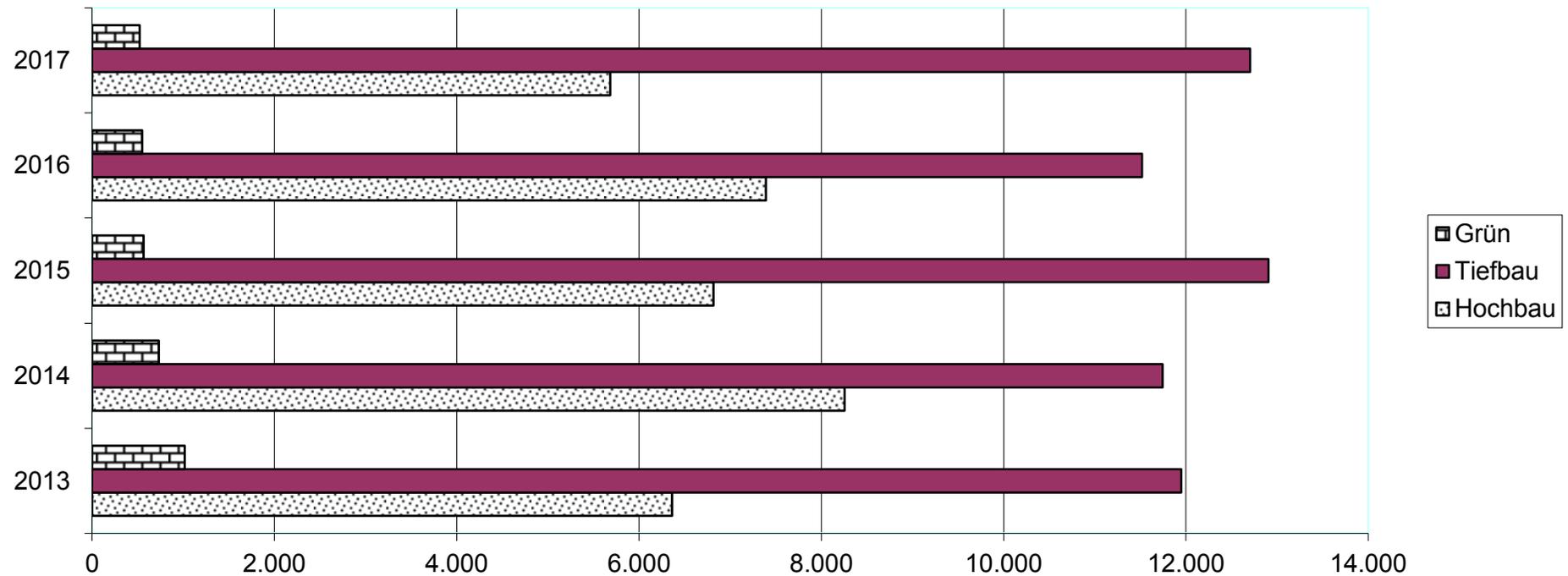


	2013	2014	2015	2016	2017
◆ Mio €	30,1	31,5	28,3	26,8	25,9

Bauinvestitionen/Gesamtvolumen Investitionshaushalt 2013 - 2017



Baumaßnahmen im Planungszeitraum nach Bereichen

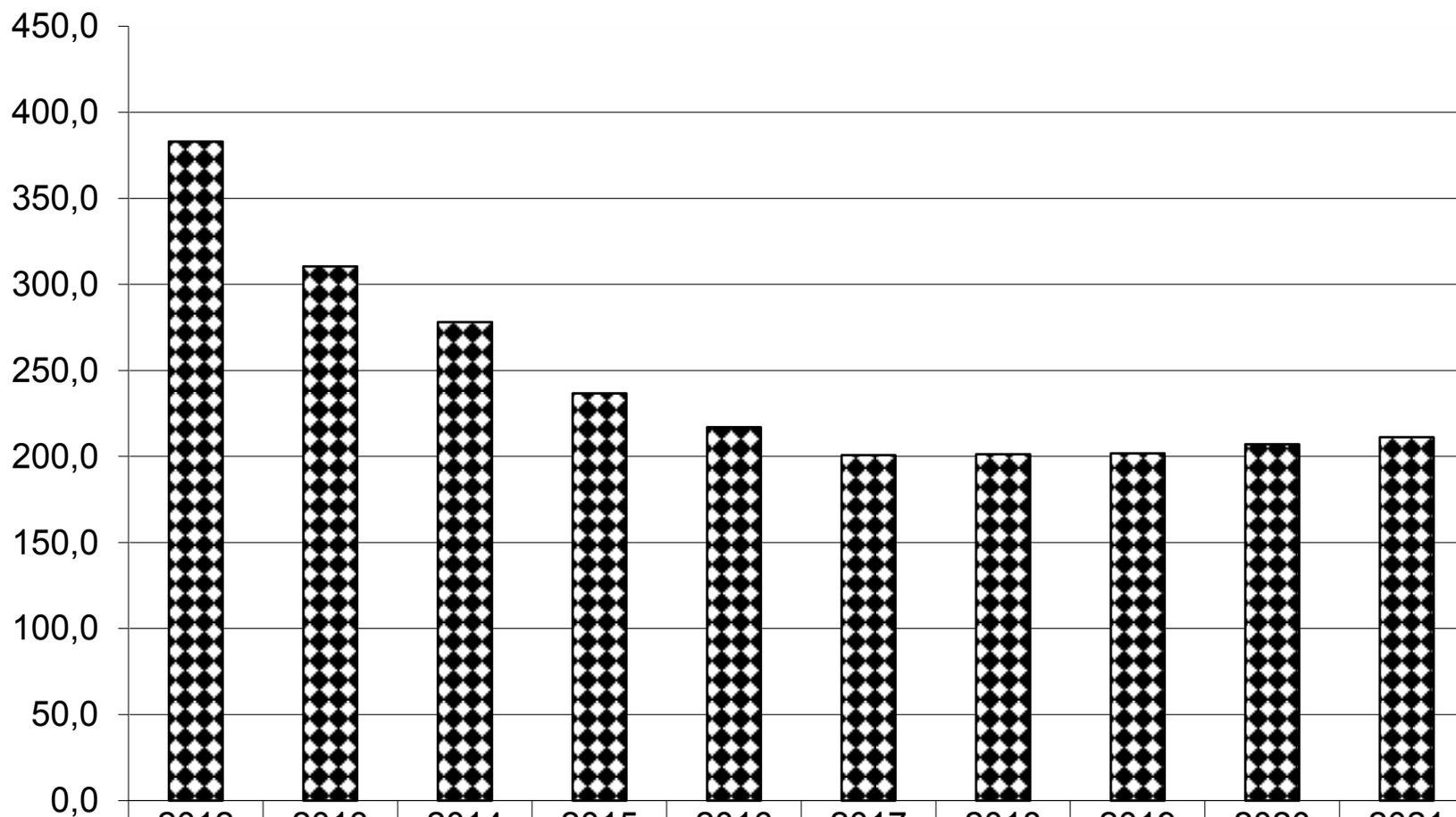


	2013	2014	2015	2016	2017
■ Grün	1.014	730	565	550	520
■ Tiefbau	11.948	11.744	12.905	11.520	12.705
■ Hochbau	6.362	8.255	6.815	7.392	5.682

in TEuro

Entwicklung des Eigenkapitals (einschl. Maßnahmen des Haushaltssanierungsplanes 2012 - 2021)

in Mio €



■ jew. zum 31.12.	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	383,0	310,4	278,0	236,6	217,0	200,7	201,3	201,8	207,0	211,2

Neue Bahn-Stadt-Opladen

Kosten- und Finanzierungsübersicht

Stand: Haushaltsplanentwurf 2014
unter Berücksichtigung der
Jahresergebnisse bis 2012

	Ergebnisse bis 2009 €	Ergebnis 2010 €	Ergebnis 2011 €	Ergebnis 2012 €	Ansatz 2013 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Ansatz 2017 €	Ansatz 2018 €	Ansatz 2019 €	Ansatz 2020 €	spätere Jahre €	Gesamt- kosten €
1. Entwicklungsgesellschaft nbs:o GmbH														
Personal- und Sachaufwand der Gesellschaft	908.468	1.140.428	1.136.062	1.212.120	1.175.300	1.120.000	1.135.000	1.160.000	920.000	920.000	850.000	865.000	0	12.542.378
Finanzierung:														
Zuschuss vom Land	0	583.566	1.920.329	0	900.000	840.000	850.000	870.000	690.000	690.000	630.000	640.000	0	8.613.895
Städt. Haushalt (allgem. Deckungsmittel konsumtiv)	908.468	556.862	-784.267	1.212.120	275.300	280.000	285.000	290.000	230.000	230.000	220.000	225.000	0	3.928.484
	908.468	1.140.428	1.136.062	1.212.120	1.175.300	1.120.000	1.135.000	1.160.000	920.000	920.000	850.000	865.000	0	12.542.378
2. Gleisverlegung (konsumtiv)														
Entschädigung an die DB für Gleisverlegung einschl. Planungskosten (Variante 4)	0	0	1.000.687	699.031	758.000	1.507.000	11.500.000	15.300.000	2.168.000	800.000	0	0	0	33.732.718
Finanzierung:														
Zuschuss vom Land für Gleisverlegung	0	0	0	0	450.000	1.000.000	6.000.000	10.000.000	1.830.000	800.000	0	0	0	20.080.000
Städt. Haushalt <u>ohne</u> Grundstückserträge (sonstige allgem. Deckungsmittel konsumtiv)	0	0	1.000.687	699.031	308.000	507.000	5.500.000	5.300.000	338.000	0	0	0	0	13.652.718
	0	0	1.000.687	699.031	758.000	1.507.000	11.500.000	15.300.000	2.168.000	800.000	0	0	0	33.732.718

↑
s. u.

↑ Die Ergebnisrechnung wird durch die anteilige Zuordnung von Grundstückserträgen entlastet (sh. Pkt. 4)!

	Ergebnisse bis 2009 €	Ergebnis 2010 €	Ergebnis 2011 €	Ergebnis 2012 €	Ansatz 2013 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Ansatz 2017 €	Ansatz 2018 €	Ansatz 2019 €	Ansatz 2020 €	spätere Jahre €	Gesamt- kosten €	
3. Investitionsmaßnahmen															
Planungs- und Baukosten	8.611.531	5.837.701	6.812.507	4.014.506	5.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	773.755	73.050.000
Finanzierung:															
Zuschuss vom Land	4.160.746	2.549.434	552.764	15.300	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	221.756	25.000.000
Erlöse aus Verkauf von Grundstücken Ost- und Westb.	0	0	1.783.065	4.836.731	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	4.540.204	30.660.000
Erschließungsbeiträge	0	0	655.440	729.833	600.000	600.000	600.000	800.000	800.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	2.434.727	10.220.000
Städt. Haushalt (allgem. Deckungsmittel investiv)	4.450.785	3.288.267	3.821.238	-1.567.358	0	1.000.000	1.000.000	800.000	800.000	0	0	0	0	-6.422.932	7.170.000
	8.611.531	5.837.701	6.812.507	4.014.506	5.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	773.755	73.050.000
														GmbH Gleisverlegung Investition	12.542.000 33.732.000 73.050.000
															119.324.000
4. Erträge aus Grundstücksverkäufen															
Grundstückserträge (Erlös abzügl. Buchwert) Ost- und Westbereich	0	0	1.104.173	3.966.369	1.106.818	0	0	0	0	0	5.000.000	2.500.000	2.500.000	16.177.360	

Stand 20.08.13

Ausgangsdaten gem. Ratsbeschluss vom 18.03.2003 zur Kosten- und Finanzierungsübersicht (Vorlage 2067/2013):

Gesamtaufwendungen für die GmbH	12,52 Mio. €	Zuweisung hierzu	8,6 Mio. €
Gesamtaufwendungen für die Gleisverlegung	33,74 Mio. €	Zuweisung hierzu	20,1 Mio. €
Gesamtauszahlungen für die Investitionsmaßnahmen	73,05 Mio. €	Zuweisung hierzu	25,0 Mio. €
Insgesamt:	119,31 Mio. €		53,7 Mio. €

Vorgesehene Finanzierung:

Zuweisung vom Land / Bund	53,74 Mio. €
Erlöse aus Grundstücksverkäufen einschl. Erschließungsbeiträge	40,88 Mio. €
Eigenanteil Stadt	24,69 Mio. €
	119,31 Mio. €

Hinweis zur Tabelle:

Die bei der Zeile "Städt. Haushalt" ausgewiesenen Beträge sind rechnerische Werte. Aufgrund der Vorfinanzierung von Landeszuschüssen mit städt. Mitteln, kann sich jahresbezogen eine entsprechende Haushaltsentlastung ergeben (Minusbetrag).

Hinweise zu den Ertrags- und Aufwandskontengruppen nach den Zuordnungsvorschriften des Innenministerium

Kontenklasse 4 – Erträge -

Kontengruppe 40 – Steuern und ähnliche Abgaben

Grundsteuern A und B, Gewerbesteuer, Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer, Anteil an der Umsatzsteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Jagdsteuer, Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich

Kontengruppe 41 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Schlüsselzuweisungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Allgemeine Zuweisungen und Bedarfszuweisungen von Bund, Land, Gemeinden (GV), Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Erträge aus aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen (z. B. aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende)

Kontengruppe 42 – Transfererträge

Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen und in Einrichtungen, Schuldendiensthilfen

Kontengruppe 43 – Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Verwaltungsgebühren, (z. B. im Einwohnermeldewesen, Vermessungsgebühren, Beglaubigungsgebühren u. v. m.), Benutzungsgebühren (für die Abfallbeseitigung, Friedhofsgebühren u.ä.)

Kontengruppe 44 – Privatrechtliche Leistungsentgelte

Mieten und Pachten, Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen (z. B. vom Land, vom Bund im Bereich der Sozialleistungen)

Kontengruppe 45 – Sonstige ordentliche Erträge

Konzessionsabgaben, Erträge aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Steuererstattungen, Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen

Kontengruppe 46 – Finanzerträge

Zinserträge, Finanzerträge aus Beteiligungen, Gewinnabführverträgen, Wertpapieren, Bußgelder und sonstige ordnungsrechtliche Erträge, Säumniszuschläge

Kontengruppe 47 – Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen

Selbst erstellte aktivierungsfähige Vermögensgegenstände, Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen

Kontengruppe 48 – Erträge aus internen Leistungsverrechnungen

Kontengruppe 49 – Außerordentliche Erträge

Kontenklasse 5 – Aufwendungen –

Kontengruppe 50 – Personalaufwendungen

Bezüge der Beamten, Vergütung der Beschäftigten, Beiträge zu Versorgungskassen, Beträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, Beihilfen und Unterstützungsleistungen, Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte

Kontengruppe 51 – Versorgungsaufwendungen

Versorgungsaufwendungen, Beihilfen und dgl. für Versorgungsempfänger, Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger

Kontengruppe 52 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Energiekosten, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, des Infrastrukturvermögens, von Maschinen, Fahrzeugen, techn. Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Schülerbeförderungskosten, Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz

Kontengruppe 53 – Transferaufwendungen

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Sozialtransferaufwendungen (Leistungen an natürliche Personen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen an Arbeitssuchende usw.), Gewerbesteuerumlage, Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit, Landschaftsverbandsumlage

Kontengruppe 54 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Personalnebenausgaben, Mieten, Pachten, Leasingraten, Dienst- und Schutzkleidung, Büromaterial, Fachliteratur, Porto, Telefon, Versicherungsbeiträge, Verluste aus Finanzanlagen und Wertminderungen, Steuern, Aufwendungen für Rat, Ausschüsse und Fraktionen, Grundsicherung für Arbeitssuchende

Kontengruppe 55 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zinszahlungen, Bußgelder, Aufwendungen aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften

Kontengruppe 56 (nicht belegt)

Kontengruppe 57 – Bilanzielle Abschreibungen

Abschreibungen auf Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge, Geräte, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Kontengruppe 58 – Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Kontengruppe 59 – Außerordentliche Aufwendungen

ÜBERSICHT
über die aus
VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN
voraussichtlich fällig werdenden
AUSZAHLUNGEN

Verpflichtungs- ermächtigungen	voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen - in 1.000 Euro -			
	2015	2016	2017	Rest
2014 22.267	12.519	7.128	2.620	0
Nachrichtlich: vorgesehene Kreditaufnahmen	9.457	9.868	10.324	

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden (ohne Kassenkredite) -1.000 EURO -

ART	Stand zu Beginn des Vorjahres 01.01.2013	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2014
1. SCHULDEN DER STADT LEVERKUSEN (ohne Eigenbetriebe)		
Schulden aus Krediten vom		
1.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	0	0
1.2 Land	0	0
1.3 Gemeinden	0	0
1.4 Zweckverbänden	0	0
1.5 Sonstigem öffentl. Bereich	0	0
1.6 Kreditmarkt	118.280	111.945
	<u>118.280</u>	<u>111.945</u>
SCHULDEN DER EIGENBETRIEBE (SPL)		
Schulden aus Krediten vom		
1.6 Kreditmarkt	8.257	7.716
	<u>8.257</u>	<u>7.716</u>
SCHULDEN TRÄGERDARLEHN TBL (bis 30.12.2006)		
Schulden aus Krediten vom		
1.6 Kreditmarkt	83.492	75.652
	<u>83.492</u>	<u>75.652</u>
2. Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		
2.1 Leasing	700	600
2.2 Zahl. Verpflichtung aus Restkaufpreisen	100	100
2.3 Sonstige	0	0

Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der städtischen Bürgschaften
(in Tausend EUR)

	Stand zu Beginn des Haushalts- jahres 2013	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushalts- jahres 2014
	12.492	8.809
AVEA *	-2.884	-1.670
	9.608	7.139

Minderung des Bürgschaftsrisikos um 50 % aufgrund der Freistellungserklärung
des BAV durch die Fusion des BAV mit der AWL zur AVEA GmbH & Co. KG

Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der städtischen Schuldbeitrittserklärungen
(in Tausend EUR)

Stand zu Beginn des Haushalts- jahres 2013	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushalts- jahres 2014
100	100

**Fortgeschriebener
Haushaltssanierungsplan
2012-2021**

Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012 - 2021

Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am 10.12.2012 (Vorlage Nr. 1950/2012) den für das Haushaltsjahr 2013 fortgeschriebenen Haushaltssanierungsplan (HSP) beschlossen. Mit Verfügung vom 16.04.2013 wurde dieser HSP - mit Auflagen - genehmigt.

Nach den gesetzlichen Regelungen des Stärkungspaktgesetzes muss eine Fortschreibung des HSP jeweils **bis zum 30.11. des Jahres** erfolgen. Eine Beschlussfassung über die Haushaltssatzung in der Sitzung des Rates am 09.12.2013 vorausgesetzt, wird diese geringe Fristüberschreitung allerdings nicht durch die Kommunalaufsicht beanstandet.

Die Verwaltung hat den HSP auf der Basis der Daten zum Stand der Haushaltseinbringung 2014, insbesondere unter Einarbeitung aller vorliegenden Erkenntnisse (Steuergespräche, 1. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz, Orientierungsdaten zur Steuerentwicklung) und den Vorgaben der Kommunalaufsicht aus der Verfügung vom 16.04.2013 fortgeschrieben (Anlage 1).

Änderungen, die bis zur voraussichtlichen Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2014 am 09.12.2013 noch eintreten, werden zeitnah eingearbeitet und zusammen mit den zu erstellenden Veränderungslisten den politischen Gremien vorgelegt.

Der fortgeschriebene Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021 ist Teil der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014. Die im HSP ausgewiesenen Konsolidierungsmaßnahmen sind gem. § 7 der Haushaltssatzung umzusetzen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Forderungen des Gesetzgebers

- einen Haushaltsausgleich mit Hilfen des Landes spätestens in 2018 und
- ohne Hilfen des Landes im Jahr 2021 zu erreichen

durch diese Fortschreibung nicht gefährdet sind bzw. weiterhin erreicht werden.

Aus der als Anlage 2 beigefügten Ergebnis- und Eigenkapitalentwicklung ist ersichtlich, dass die Stadt auch nach heutigen Erkenntnissen und Annahmen ab dem Jahr 2018 „die Kurve kriegt“ und ab diesem Zeitpunkt sukzessive wieder Eigenkapital aufbaut.

Nachfolgend wird auf die einzelnen Maßnahmen des HSP Bezug genommen und die aktuelle Entwicklung erörtert:

1. „Puffer“ Personalaufwand (Zeile 1)

Im Haushaltsplan sind die Personalkosten gem. der Orientierungsdaten des Landes mit Steigerungsraten von 1 % etatisiert. Die Verwaltung versteht die Orientierungsvorgabe des Innenministeriums so, dass es nach wie vor die grundsätzliche Zielvorgabe einer Kommune sein muss, die ggf. über ein Prozent hinausgehenden Personalkosten-steigerungen durch Stellenabbau aufzufangen. Aufgrund einer möglichen Verfassungs-klage, die die Aussetzung der Besoldungsanpassung ab A 13 anfechtet und zu möglichen Mehraufwendungen führen könnte, bleibt ein Sicherungspuffer von 1 Mio. € + 1% Steigerung weiterhin ausgewiesen. Des Weiteren werden die Geschwindigkeitskontrollen auf der BAB A 1 Rheinbrücke Leverkusen zusätzlichen, noch nicht quantifizierbaren Personalaufwand hervorrufen, der ebenfalls über diesen „Puffer“ – zumindest teilweise - gedeckt werden sollte.

2. Stärkungspakt Stadtfinanzen (Zeile 2)

Die Stadt Leverkusen erhält am 01.10.2013 die 2. Tranche aus dem Stärkungspakt-gesetz in Höhe von 4,287 Mio. €. Ab dem Haushaltsjahr 2014 sind nachfolgende Beträge zu erwarten:

- 2014 bis 2018 je: 11,057 Mio. €
- 2019: 7,370 Mio. €
- 2020: 3,680 Mio. €
- 2021: 0 Mio. €

In der Summe aller Jahren werden nunmehr Konsolidierungshilfen des Landes in Höhe von 73,3 Mio. € eingeplant.

3. Gewerbesteuer (Zeile 3)

Die Etatisierung der voraussichtlichen Gewerbesteueransätze der Jahre 2014 ff. wurde nach heutigem Sachstand unter Einbeziehung aller vorliegenden Erkenntnisse wie folgt vorgenommen:

- Mit den großen Steuerzahlern vor Ort führt die Verwaltung regelmäßig Steuergespräche. Insofern fließen diese Ergebnisse - unabhängig von Orientierungsdaten – in die Ermittlung der Ansätze ein.
- Die übrigen Steuerzahler werden an Hand der aktuell vorliegenden Vorauszahlungsbescheide eingeschätzt.

- Bezogen auf die übrigen Steuerzahler werden Abschlusszahlungen - die z. B. entstehen, wenn die Vorauszahlungen kleiner sind, als die Steuerschuld des Jahres oder das Ergebnis einer Betriebsprüfung für zurückliegende Jahre zu Nachzahlungen führt – aus den Erfahrungen der Vergangenheit eingeschätzt.
- Mit Ausnahme der großen Steuerzahler werden Steigerungsraten eingeplant, die nach erfolgten bundesweiten Steuerschätzungen den Kommunen als sogenannte „Orientierungsdaten“ vorgegeben werden.

In Bezug auf die Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze (2013 von 460 pp auf 475 pp und 2018 von 475 pp auf 506 pp) ist festzuhalten, dass

- dieser fortgeschriebene HSP **keine weiteren Erhöhungen** beinhaltet und
- Gewerbesteuern eines Jahres mit dem für dieses Jahr gültigen Hebesatz berechnet werden. So beinhaltet beispielsweise eine Abschlusszahlung des Jahres 2012 – die in 2014 kassenwirksam eingeht – den im Jahr 2012 gültigen Hebesatz von 460 pp.

4. Grundsteuer A + B, Hundesteuer und Spielgerätesteuern (Zeilen 4 bis 7)

Auch hier sieht die Fortschreibung dieses HSP **keine weiteren** Erhöhungen vor.

5. Reduzierung TUI-Aufwand (Zeile 9)

Die veranschlagten Aufwandsreduzierungen in Höhe von 4,0 Mio. € bis zum Jahr 2021 sind weiterhin realisierbar und bleiben in der Fortschreibung des HSP bestehen.

6. Einsparung im Beschaffungsbereich (Zeile 10)

Mit der Einführung der zentralen Einkaufskoordination und dem beabsichtigten Ausbau der Einkaufskooperationen wird weiterhin davon ausgegangen, die jährlich um 0,1 Mio. € steigenden Aufwandsreduzierungen erzielen zu können und das Gesamtkonsolidierungsvolumen von 4,5 Mio. € bis 2021 zu erreichen. Auch für das kommende Haushaltsjahr ist dafür eine sachkontenscharfe Etatisierung vorgesehen.

7. Kündigung Vertrag mit FernUni Hagen (Zeile 11)

Die Kündigung entlastet den städtischen Haushalt jährlich um 0,1 Mio. €. Die Einspar-summe bis 2021 beläuft sich damit auf 0,9 Mio. €.

8. Wegfall Zahlungen Fonds Dt. Einheit (Zeile 12)

Nach der derzeitigen Gesetzeslage entfallen ab 2020 die Zahlungen in den Fonds Deutsche Einheit. Aktuell wird mit folgenden Einsparungen gerechnet:

- 2020: 8,29 Mio. €
- 2021: 8,70 Mio. €.

9. Beteiligungserträge SPL (Zeile 13)

Gespräche mit der Geschäftsführung der EVL im vergangenen Jahr haben verdeutlicht, dass insbesondere die zukünftige Ausschüttungspolitik der EVL durch die Gesellschafter neu definiert werden muss. Daher werden nur noch sehr moderate Ausschüttungen in Höhe von jeweils 50 T€ angesetzt, die nach wie vor als Zielvorgabe ab 2019 etatisiert werden.

10. Erhöhung Beteiligungserträge AVEA (Zeile 14)

Die Verwaltung prognostiziert weiterhin Ausschüttungen der AVEA in Höhe von 1,9 Mio. € pro Jahr. In die Haushaltssatzung werden dafür jeweils 0,25 Mio. € als HSP-Beitrag aufgenommen. In 2013 ist diese Vorgabe erreicht worden.

11. Erhöhung Beteiligungserträge LPG (Zeile 15)

Auch die LPG stellt sich dem Konsolidierungsdruck des Gesellschafters und hat bereits in 2013 10 Tsd. € an den Haushalt ausge-

schüttet, obwohl Ausschüttungen erst ab 2014 vorgesehen sind. Diese steigern sich bis 2021 sukzessive um 5 Tsd. €.

12. Ausschüttungen der WGL (Zeilen 16-17)

Im bisherigen Haushalt bzw. HSP wurden neben zwei Sonderausschüttungen in Höhe von 4,5 Mio. € in 2020 und 4,0 Mio. € in 2021, auch die auf das jeweilige Jahresergebnis 2020 bzw. 2021 bezogenen Gewinnausschüttungen in Höhe von je 2,5 Mio. € ab 2020 etatisiert.

Zur Vermeidung von Steuerbelastungen wurde der erstmalige Zeitpunkt der Ausschüttung seinerzeit auf 2020 verschoben. Im Gegensatz zu den etatisierten Sonderausschüttungen aus aufgebauten Gewinnrücklagen der Vorjahre würde es sich bei der Gewinnausschüttung aus dem operativen Geschäft des Jahres 2020 in 2020 um eine Vorwegausschüttung handeln.

Dies ist zwar rechtlich denkbar, entspricht aber nicht der Norm und der gängigen Handhabung bei kommunalen Gesellschaften. In der Regel werden Gewinnausschüttungen aus dem Vorjahr nach Beschlussfassung über den Jahresabschluss erst im nächsten Jahr liquiditätswirksam. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung eine Modifizierung in Bezug auf den Zeitpunkt der Ausschüttung vorgenommen. **Das Gesamtvolumen bleibt unverändert.**

Die für die Stadt Leverkusen unentgeltliche Beratungsleistung der Gemeindeprüfungs-anstalt NRW (GPA) wird derzeit in Anspruch genommen. Eine **durch die GPA beauftragte** renommierte Beratungsgesellschaft untersucht die WGL in den kommenden Wochen mit der Zielsetzung, die Voraussetzungen für das Erreichen der HSP-Vorgaben aufzuzeigen und ein dem Aufsichtsrat der Gesellschaft vorzulegendes Berichtswesen zu entwickeln, welches den Mitgliedern in den Organen jederzeit ermöglicht, die Einhaltung dieser Zielvorgaben zu überwachen und ggf. gegenzusteuern.

13. Ertragsverbesserung nach Umsetzung Variante IV. nbso (Zeilen 18-20)

Die sonstigen Ertragssteigerungen ergeben sich aus den gutachterlich ermittelten Steuermehreinnahmen, die nach Umsetzung der Variante IV nbso ab 2018 generiert werden können und im Vergleich zur letztjährigen Fortschreibung des HSP unverändert bestehen.

14. Erträge aus Grundstücksverkäufen auf dem nbso-Gelände (Zeile 21)

Durch die Gütergleisverlegung und die sich daraus ergebenden frei zu vermarkteten Flächen im Westteil des nbso-Geländes erwartet die Verwaltung Erträge aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 10,0 Mio. €, die wie folgt etatisiert wurden:

2019: 5,0 Mio. €
2020: 2,5 Mio. €
2021: 2,5 Mio. €.

Nach der Haushaltsverfügung vom 13.04.2013 dürfen diese Erträge im Ergebnisplan berücksichtigt werden.

15. Schul- und Bildungspauschale

Die Bezirksregierung hat mit Haushaltsverfügung vom 16.04.2013 die Auflage erteilt, die Etatisierung und Verwendung der Schul- und Bildungspauschale (5,5 Mio. €) bereits in der Veranschlagung auszuweisen. Rechtlich zulässig ist sowohl eine Veranschlagung im konsumtiven, als auch im investiven Bereich.

Die Schul- und Bildungspauschale wurde wie folgt veranschlagt:

- 2014 = investiv in Höhe von 5,5 Mio. €
- 2015 = investiv in Höhe von 5,5 Mio. €
- 2016 = investiv in Höhe von 4,5 Mio. € und konsumtiv in Höhe von 1 Mio. €
- 2017 = investiv in Höhe von 2,8 Mio. € und konsumtiv in Höhe von 2,7 Mio. €
- 2018 ff = konsumtiv in Höhe von 5,5 Mio. €

16. Geschwindigkeitskontrolle BAB A1 Rheinbrücke Leverkusen

Nach vorausgehendem Hinweis der Bezirksregierung Köln hat der Rat in seiner Sondersitzung am 09.08.2013 den Beschluss gefasst, zwei Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen auf der BAB A 1- Rheinbrücke Leverkusen im Leverkusener Zuständigkeitsbereich zu installieren, um die Funktionsfähigkeit der Rheinbrücke bis zum Neubau der Brücke oder einer anderweitigen Rheinquerung im Verlauf der BAB A1 zu erhalten.

Angesichts der zu erwartenden hohen Geschwindigkeitsüberschreitungsquote werden die voraussichtlichen Erträge die voraussichtlichen Aufwendungen bei Weitem übersteigen. Insofern wurde in die **Haushaltssatzung 2014 ein Netto-Ertrag von 6,0 Mio. €** (kein gesonderter Ausweis im HSP) etatisiert. Es ist davon auszugehen, dass die Verkehrsteilnehmer ihr Fahrtempo mit zunehmender Dauer anpassen werden und die Quote der Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Folge sinken wird. Aufgrund dessen wird der Netto-Ertrag in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich um 0,2 Mio. € reduziert.

Anlage/n:

- Anlage 1) Fortschreibung Sanierungsplan mit produktorientierter Maßnahmendarstellung
- Anlage 2) Grafische Darstellung der Eigenkapitalentwicklung
- Anlage 3) Fortgeschriebener Ergebnisplan gem. Stärkungspaktgesetz

Anlage 1) Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012 bis 2021 für das Haushaltsjahr 2014

Nr.		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
	Prognose / Planung	-19.519.202	-72.610.950	-32.422.850	-41.372.240	-19.600.520	-16.293.630	585.900	507.350	5.220.850	4.132.350	
	Konsolidierungsmaßnahmen (nachrichtlich -in Zeile 1 enthalten-)											
001	Puffer Personalaufwand		-1.000.000	-1.010.000	-1.020.000	-1.030.000	-1.040.300	-1.050.700	-1.061.200	-1.071.800	-1.082.500	-9.366.500
002	Stärkungspakt Stadtfinanzen	2.687.793	4.287.000	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	7.370.000	3.680.000	0	73.312.543
	Steuererhöhungen											
003	Gewerbsteuer (460 pp auf 475 pp)		2.700.000	2.700.000	2.800.000	3.100.000	3.200.000	3.600.000	3.700.000	3.600.000	3.700.000	29.100.000
004	Gewerbsteuer (475 pp auf 506 pp)							5.600.000	6.000.000	7.500.000	7.800.000	26.900.000
005	Grundsteuer A (295 pp auf 328 pp)							8.000	8.000	8.000	8.000	32.000
006	Grundsteuer B (590 pp auf 656 pp)							4.400.000	4.500.000	4.500.000	4.500.000	17.900.000
007	Hundesteuer (132 € auf 156 €)							144.000	144.000	144.000	144.000	576.000
008	Spielgerätesteuern (15 pp auf 17 pp)							240.000	240.000	240.000	280.000	1.000.000
	Summe Steuererhöhungen		2.700.000	2.700.000	2.800.000	3.100.000	3.200.000	13.992.000	14.592.000	15.992.000	16.432.000	75.508.000
	Aufwandsreduzierungen											
009	Reduzierung TUI-Aufwand		200.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	600.000	600.000	600.000	4.000.000
010	Einsparung im Beschaffungsbereich		100.000	200.000	300.000	400.000	500.000	600.000	700.000	800.000	900.000	4.500.000
011	Kündigung Vertrag mit FernUni Hagen		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	900.000
012	Wegfall Zahlungen Fonds Dt. Einheit									8.290.500	8.700.000	16.990.500
	Summe Aufwandsreduzierungen	0	400.000	700.000	800.000	900.000	1.000.000	1.100.000	1.400.000	9.790.500	10.300.000	26.390.500
	Ertragssteigerungen											
013	Ausschüttung SPL an Kernverwaltung								50.000	50.000	50.000	150.000
014	Erhöhung Beteiligungserträge AVEA		250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	2.250.000
015	Erhöhung Beteiligungserträge LPG			5.000	10.000	15.000	20.000	25.000	30.000	35.000	40.000	180.000
016	Ausschüttungen Beteiligungen (WGL)										2.500.000	2.500.000
017	Sonderausschüttung WGL									4.500.000	4.000.000	8.500.000
018	Ertragsverbesserung (Grundsteuer) nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten							100.000	200.000	200.000	300.000	800.000
019	Ertragsverbesserung (Gewerbsteuer) nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten							150.000	300.000	450.000	570.000	1.470.000
020	Ertragsverbesserung (Einkommensteuer) nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten							100.000	170.000	240.000	240.000	750.000
021	Erträge aus Grundstücksverkäufen nbso-Gelände								5.000.000	2.500.000	2.500.000	10.000.000
	Summe Ertragssteigerungen	0	250.000	255.000	260.000	265.000	270.000	625.000	6.000.000	8.225.000	10.450.000	26.600.000
	Summe der Konsolidierungsbeiträge	2.687.793	6.637.000	13.702.550	13.897.550	14.292.550	14.487.250	25.723.850	28.300.800	36.615.700	36.099.500	192.444.543
	EK-Entwicklung (Anfang d. Jahres)	402.532.701	383.013.499	310.402.549	277.979.699	236.607.459	217.006.939	200.713.309	201.299.209	201.806.559	207.027.409	
	EK-Entwicklung (Ende d. Jahres)	383.013.499	310.402.549	277.979.699	236.607.459	217.006.939	200.713.309	201.299.209	201.806.559	207.027.409	211.159.759	

Anlage 1.1 Gesamtdarstellung

Nr.	Org.-Einheit	Zuständigkeit R/OB	Kurzbezeichnung der HSK-Maßnahme	Vollzeit verrechnete Stellen	Konsolidierungsbeiträge (in Haushaltssatzung eingearbeitet)										Bemerkung	
					2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021		
1	20	OB	Puffer Personalaufwand			-1.000.000	-1.010.000	-1.020.000	-1.030.000	-1.040.300	-1.050.700	-1.061.200	-1.071.800	-1.082.500		
2	20	R	Stärkungspakt Stadtfinanzen		2.687.793	4.287.000	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	7.370.000	3.680.000	0		
3	20	R	Gewerbesteuer (460 pp auf 475 pp)			2.700.000	2.700.000	2.800.000	3.100.000	3.200.000	3.600.000	3.700.000	3.600.000	3.700.000		
4	20	R	Gewerbesteuer (475 pp auf 506 pp)								5.600.000	6.000.000	7.500.000	7.800.000		
5	20	R	Grundsteuer A (295 pp auf 328 pp)								8.000	8.000	8.000	8.000		
6	20	R	Grundsteuer B (590 pp auf 656 pp)								4.400.000	4.500.000	4.500.000	4.500.000		
7	20	R	Hundesteuer (132 € auf 156 €)								144.000	144.000	144.000	144.000		
8	20	R	Spielgerätesteuer (15 pp auf 17 pp)								240.000	240.000	240.000	280.000		
9	20	OB	Reduzierung TUI-Aufwand			200.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	600.000	600.000	600.000		
10	20/112	OB	Einsparung im Beschaffungsbereich			100.000	200.000	300.000	400.000	500.000	600.000	700.000	800.000	900.000		
11	20	R	Kündigung Vertrag mit FernUni Hagen			100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000		
12	20	OB	Wegfall Zahlungen Fonds Dt. Einheit										8.290.500	8.700.000		
13	20/ SPL	R	Ausschüttung SPL an Kernverwaltung										50.000	50.000	50.000	
14	20/ Avea	R	Erhöhung Beteiligungserträge AVEA			250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000		
15	20/ LPG	R	Erhöhung Beteiligungserträge LPG				5.000	10.000	15.000	20.000	25.000	30.000	35.000	40.000		
16	20/ WGL	R	Ausschüttungen Beteiligungen (WGL)											0	2.500.000	
17	20/ WGL	R	Sonderausschüttung WGL										4.500.000	4.000.000		
18	20	OB	Ertragsverbesserung (Grundsteuer) nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten								100.000	200.000	200.000	300.000		
19	20	OB	Ertragsverbesserung (Gewerbesteuer) nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten								150.000	300.000	450.000	570.000		
20	20	OB	Ertragsverbesserung (Einkommensteuer) nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten								100.000	170.000	240.000	240.000		
21	20	OB	Erträge aus Grundstücksverkäufen nbso										5.000.000	2.500.000	2.500.000	
Summe der Konsolidierungsbeiträge						2.687.793	6.637.000	13.702.550	13.897.550	14.292.550	14.487.250	25.723.850	28.300.800	36.615.700	36.099.500	

Gesamtdarstellung der Maßnahmen der Sanierungsmaßnahmen

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2013	Geplante Konsolidierungsbeiträge													
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	221.831.400	0	2.700.000	2.700.000	2.800.000	3.100.000	3.200.000	14.342.000	15.262.000	16.882.000	17.542.000				
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	78.212.600	2.687.793	4.287.000	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	7.370.000	3.680.000	0				
3. Sonstige Transfererträge	3.080.750														
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	41.281.800														
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.769.850														
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	33.871.450														
7. Sonstige ordentliche Erträge	22.265.500								5.000.000	2.500.000	2.500.000				
8. Aktivierte Eigenleistungen	193.500														
9. Bestandsveränderungen	0														
10. Ordentliche Erträge	404.506.850														
11. Personalaufwendungen	111.566.000		-1.000.000	-1.010.000	-1.020.000	-1.030.000	-1.040.300	-1.050.700	-1.061.200	-1.071.800	-1.082.500				
12. Versorgungsaufwendungen	11.514.000														
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	99.274.100	0	400.000	700.000	800.000	900.000	1.000.000	1.100.000	1.400.000	1.500.000	1.600.000				
14. Bilanzielle Abschreibungen	31.500.000														
15. Transferaufwendungen	137.452.450											8.290.500	8.700.000		
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	80.655.250														
17. Ordentliche Aufwendungen	471.961.800														
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-67.454.950														
19. Finanzerträge	9.337.050		250.000	255.000	260.000	265.000	270.000	275.000	330.000	4.835.000	6.840.000				
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	14.493.050														
21. Finanzergebnis	-5.156.000														
22. Ordentliches Ergebnis	-72.610.950														
23. Außerordentliche Erträge	0														
24. Außerordentliche Aufwendungen	0														
25. Außerordentliches Ergebnis	0														
26. Ergebnis	-72.610.950														
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen															
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.															
29. Jahresergebnis (=Einsparung)		2.687.793	6.637.000	13.702.550	13.897.550	14.292.550	14.487.250	25.723.850	28.300.800	36.615.700	36.099.500				

Anlage 1.2. "Puffer" Personalaufwand

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	001									
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Puffer Personalaufwand									
Produktbereich	Diverse									
Produktgruppe	Diverse									
Produkt	Diverse									
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen									
Zuständigkeit Rat/OB	Rat									
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.										
Veränderung vollzeitverrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Im Haushaltsplan sind die Personalkosten gem. der Orientierungsdaten des Landes mit Steigerungsraten von 1 % etatisiert. Die Verwaltung versteht die Orientierungsvorgabe des Innenministeriums so, dass es nach wie vor die grundsätzliche Zielvorgabe einer Kommune sein muss, die ggf. über ein Prozent hinausgehenden Personalkostensteigerungen durch Stellenabbau aufzufangen. Aufgrund einer möglichen Verfassungsklage, die die Aussetzung der Besoldungsanpassung ab A 13 anfechtet und zu möglichen Mehraufwendungen führen könnte, bleibt ein Sicherungspuffer von 1 Mio. € + 1% Steigerung weiterhin ausgewiesen. Des Weiteren werden die Geschwindigkeitskontrollen auf der BAB A 1 Rheinbrücke Leverkusen zusätzlich, noch nicht quantifizierbaren Personalaufwand hervorrufen, der ebenfalls über diesen „Puffer“ – zumindest teilweise - gedeckt werden sollte.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben											
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen		-1.000.000	-1.010.000	-1.020.000	-1.030.000	-1.040.300	-1.050.700	-1.061.200	-1.071.800	-1.082.500	
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	-9.366.500		-1.000.000	-1.010.000	-1.020.000	-1.030.000	-1.040.300	-1.050.700	-1.061.200	-1.071.800	-1.082.500

Anlage 1.3. Stärkungspakt Stadtfinanzen

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	002										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Stärkungspakt Stadtfinanzen										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.											
Veränderung vollzeitverrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die Stadt Leverkusen erhält am 01.10.2013 die 2. Tranche aus dem Stärkungspaktgesetz in Höhe von 4,287 Mio. €. Ab dem Haushaltsjahr 2014 sind nachfolgende Beträge zu erwarten: 2014 bis 2018 je: 11,057 Mio. € 2019: 7,370 Mio. € 2020: 3,680 Mio. € 2021: 0 Mio. € In der Summe aller Jahren werden nunmehr Konsolidierungshilfen des Landes in Höhe von 73,3 Mio. € eingeplant.											

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben											
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		2.687.793	4.287.000	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	7.370.000	3.680.000	0
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	73.312.543	2.687.793	4.287.000	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	7.370.000	3.680.000	0

Anlage 1.4. Erhöhung der Gewerbesteuer

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	003/004										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Erhöhung der Gewerbesteuer										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	-										
Veränderung vollzeiterrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen)

Die Etatisierung der voraussichtlichen Gewerbesteueransätze der Jahre 2014 ff. wurde nach heutigem Sachstand unter Einbeziehung aller vorliegenden Erkenntnisse wie folgt vorgenommen:

- Mit den großen Steuerzahlern vor Ort führt die Verwaltung regelmäßig Steuergespräche. Insofern fließen diese Ergebnisse - unabhängig von Orientierungsdaten - in die Ermittlung der Ansätze ein.
- Die übrigen Steuerzahler werden an Hand der aktuell vorliegenden Vorauszahlungsbescheide eingeschätzt.
- Bezogen auf die übrigen Steuerzahler werden Abschlusszahlungen - die z. B. entstehen, wenn die Vorauszahlungen kleiner sind, als die Steuerschuld des Jahres oder das Ergebnis einer Betriebsprüfung für zurückliegende Jahre zu Nachzahlungen führt - aus den Erfahrungen der Vergangenheit eingeschätzt.
- Mit Ausnahme der großen Steuerzahler werden Steigerungsraten eingeplant, die nach erfolgten bundesweiten Steuerschätzungen den Kommunen als sogenannte „Orientierungsdaten“ vorgegeben werden.

In Bezug auf die Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze (2013 von 460 pp auf 475 pp und 2018 von 475 pp auf 506 pp) ist festzuhalten, dass

- dieser fortgeschriebene HSP keine weiteren Erhöhungen beinhaltet und

- Gewerbesteuern eines Jahres mit dem für dieses Jahr gültigen Hebesatz berechnet werden. So beinhaltet beispielsweise eine Abschlusszahlung des Jahres 2012 - die in 2014 kassenwirksam eingeht - den im Jahr 2012 gültigen Hebesatz von 460 pp.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben			2.700.000	2.700.000	2.800.000	3.100.000	3.200.000	9.200.000	9.700.000	11.100.000	11.500.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	41.700.000		2.700.000	2.700.000	2.800.000	3.100.000	3.200.000	9.200.000	9.700.000	11.100.000	11.500.000

Anlage 1.5. Erhöhung der Grundsteuer A

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	005										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Erhöhung der Grundsteuer A										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.											
Veränderung vollzeiterrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die Grundsteuererhöhung ist im Jahr 2018 vorgesehen (Anhebung des Hebesatzes von 295 um 33 Prozentpunkte auf 328 %. Die Fortschreibung des HSP sieht keine weiteren Erhöhungen vor.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben								8.000	8.000	8.000	8.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	32.000							8.000	8.000	8.000	8.000

Anlage 1.6. Erhöhung der Grundsteuer B

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	006									
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Erhöhung der Grundsteuer B									
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft									
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft									
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen									
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen									
Zuständigkeit Rat/OB	Rat									
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.										
Veränderung vollzeiterrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die Grundsteuererhöhung ist im Jahr 2018 vorgesehen (Anhebung des Hebesatzes von 590 % um 66 Prozentpunkte auf 656 %. Die Fortschreibung des HSP sieht keine weiteren Erhöhungen vor.										

B Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben								4.400.000	4.500.000	4.500.000	4.500.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	17.900.000							4.400.000	4.500.000	4.500.000	4.500.000

Anlage 1.7. Erhöhung der Hundesteuer

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	007										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Erhöhung der Hundesteuer										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	-										
Veränderung vollzeiterrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Bei der Hundesteuer erhöht sich ab dem Jahr 2018 der Jahresbetrag von 132 € auf 156 €. Die Fortschreibung des HSP sieht keine weiteren Erhöhungen vor.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben								144.000	144.000	144.000	144.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	576.000							144.000	144.000	144.000	144.000

Anlage 1.8. Erhöhung der Spielgerätesteuern

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	008										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Erhöhung der Spielgerätesteuern										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	-										
Veränderung vollzeiterrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die Spielgerätesteuern werden im Jahr 2018 von 15 % um 2 Prozentpunkte auf 17 % angehoben. Die Fortschreibung des HSP sieht keine weiteren Erhöhungen vor.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben								240.000	240.000	240.000	280.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	1.000.000							240.000	240.000	240.000	280.000

Anlage 1.9. Reduzierung TUI-Aufwand

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	009										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Reduzierung TUI-Aufwand										
Produktbereich	Diverse										
Produktgruppe	Diverse										
Produkt	Diverse										
Verantwortliche Organisationseinheit											
Zuständigkeit Rat/OB	OB										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.											
Veränderung vollzeitverrechneter Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die veranschlagten Aufwandsreduzierungen in Höhe von 4,0 Mio. € bis zum Jahr 2021 sind weiterhin realisierbar und bleiben in der Fortschreibung des HSP bestehen.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben											
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			200.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	600.000	600.000	600.000
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	4.000.000		200.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	600.000	600.000	600.000

Anlage 1.10. Einsparung im Beschaffungsbereich

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	010										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Einsparungen im Beschaffungsbereich										
Produktbereich	Diverse										
Produktgruppe	Diverse										
Produkt	Diverse										
Verantwortliche Organisationseinheit											
Zuständigkeit Rat/OB	OB										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	-										
Veränderung vollzeitverrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Mit der Einführung der zentralen Einkaufskoordination und dem beabsichtigten Ausbau der Einkaufskooperationen wird weiterhin davon ausgegangen, die jährlich um 0,1 Mio. € steigenden Aufwandsreduzierungen erzielen zu können und das Gesamtkonsolidierungsvolumen von 4,5 Mio. € bis 2021 zu erreichen. Auch für das kommende Haushaltsjahr ist dafür eine sachkontenscharfe Etatisierung vorgesehen.

B Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben											
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			100.000	200.000	300.000	400.000	500.000	600.000	700.000	800.000	900.000
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	4.500.000		100.000	200.000	300.000	400.000	500.000	600.000	700.000	800.000	900.000

Anlage 1.12. Wegfall Zahlungen Fonds Dt. Einheit

A	Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	012									
	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Wegfall Zahlungen Fonds Dt. Einheit									
	Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft									
	Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft									
	Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen									
	Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen									
	Zuständigkeit Rat/OB	OB									
	Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	-									
	Veränderung vollzeitverrechneter Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<p>Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Nach der derzeitigen Gesetzeslage entfallen ab 2020 die Zahlungen in den Fonds Deutsche Einheit. Aktuell wird mit folgenden Einsparungen gerechnet:</p> <p>- 2020: 8,29 Mio. € - 2021: 8,70 Mio. €.</p>											

B	Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
	Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Gep plante Konsolidierungsbeiträge									
2012			2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	1. Steuern und ähnliche Abgaben											
	2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
	3. Sonstige Transfererträge											
	4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
	5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
	6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
	7. Sonstige ordentliche Erträge											
	8. Aktivierte Eigenleistungen											
	9. Bestandsveränderungen											
	10. Ordentliche Erträge											
	11. Personalaufwendungen											
	12. Versorgungsaufwendungen											
	13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
	14. Bilanzielle Abschreibungen											
	15. Transferaufwendungen									8.290.500	8.700.000	
	16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
	17. Ordentliche Aufwendungen											
	18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
	19. Finanzerträge											
	20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
	21. Finanzergebnis											
	22. Ordentliches Ergebnis											
	23. Außerordentliche Erträge											
	24. Außerordentliche Aufwendungen											
	25. Außerordentliches Ergebnis											
	26. Ergebnis											
	27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
	28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
	29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C	Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
	(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
2012			2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	Konsolidierungsergebnis insgesamt	16.990.500								8.290.500	8.700.000	

Anlage 1.13. Ausschüttung SPL an Kernverwaltung

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	013										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Ausschüttung SPL an Kernverwaltung										
Produktbereich	08 - Sportförderung										
Produktgruppe	0810 - Sportförderung										
Produkt	081001 - Sportförderung										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen/ SPL										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	-										
Veränderung vollzeitverrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<p>Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Gespräche mit der Geschäftsführung der EVL im vergangenen Jahr haben verdeutlicht, dass insbesondere die zukünftige Ausschüttungspolitik der EVL durch die Gesellschafter neu definiert werden muss. Daher werden nur noch sehr moderate Ausschüttungen in Höhe von jeweils 50 T€ angesetzt, die nach wie vor als Zielvorgabe ab 2019 etatisiert werden.</p>											

B Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Gep plante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben											
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge									50.000	50.000	50.000
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	150.000								50.000	50.000	50.000

Anlage 1.15. Erhöhung Beteiligungserträge LPG

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	015										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Erhöhung Beteiligungserträge LPG										
Produktbereich	15 - Wirtschaft und Tourismus										
Produktgruppe	1515 - Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen										
Produkt	151501 - Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen/Beteiligungen/ LPG										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	-										
Veränderung vollzeitverrechneter Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Auch die LPG stellt sich dem Konsolidierungsdruck des Gesellschafters und hat bereits in 2013 10 Tsd. € an den Haushalt ausgeschüttet, obwohl Ausschüttungen erst ab 2014 vorgesehen sind. Diese steigern sich bis 2021 sukzessive um 5 Tsd. €.											

B											
Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
Gep plante Konsolidierungsbeiträge											
Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben											
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge				5.000	10.000	15.000	20.000	25.000	30.000	35.000	40.000
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C											
Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)											
IST-Konsolidierungsbeiträge											
(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	180.000			5.000	10.000	15.000	20.000	25.000	30.000	35.000	40.000

Anlage 1.16. Ausschüttungen Beteiligungen (WGL)

Konsolidierungsergebnis insgesamt	2.500.000		0	2.500.000
-----------------------------------	------------------	--	----------	------------------

Anlage 1.17. Sonderausschüttung WGL

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	017										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Sonderausschüttung WGL										
Produktbereich	15 - Wirtschaft und Tourismus										
Produktgruppe	1515 - Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen										
Produkt	151501 - Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen/Beteiligungen/ WGL										
Zuständigkeit Rat/OB	Rat										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	16										
Veränderung vollzeitverrechneter Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Im bisherigen Haushalt bzw. HSP wurden neben zwei Sonderausschüttungen in Höhe von 4,5 Mio. € in 2020 und 4,0 Mio. € in 2021, auch die auf das jeweilige Jahresergebnis 2020 bzw. 2021 bezogenen Gewinnausschüttungen in Höhe von je 2,5 Mio. € ab 2020 etatisiert.

Zur Vermeidung von Steuerbelastungen wurde der erstmalige Zeitpunkt der Ausschüttung seinerzeit auf 2020 verschoben. Im Gegensatz zu den etatisierten Sonderausschüttungen aus aufgebauten Gewinnrücklagen der Vorjahre würde es sich bei der Gewinnausschüttung aus dem operativen Geschäft des Jahres 2020 in 2020 um eine Vorwegausschüttung handeln. Dies ist zwar rechtlich denkbar, entspricht aber nicht der Norm und der gängigen Handhabung bei kommunalen Gesellschaften. In der Regel werden Gewinnausschüttungen aus dem Vorjahr nach Beschlussfassung über den Jahresabschluss erst im nächsten Jahr liquiditätswirksam. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung eine Modifizierung in Bezug auf den Zeitpunkt der Ausschüttung vorgenommen. Das Gesamtvolumen bleibt unverändert. Die für die Stadt Leverkusen unentgeltliche Beratungsleistung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) wird derzeit in Anspruch genommen. Eine durch die GPA beauftragte renommierte Beratungsgesellschaft wird die WGL in den kommenden Wochen mit der Zielsetzung untersuchen, die Voraussetzungen für das Erreichen der HSP-Vorgaben aufzuzeigen und ein dem Aufsichtsrat der Gesellschaft vorzulegendes Berichtswesen zu entwickeln, welches den Mitgliedern in den Organen jederzeit ermöglicht, die Einhaltung dieser Zielvorgaben zu überwachen und ggf. gegenzusteuern.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben											
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge										4.500.000	4.000.000
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge										
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
Konsolidierungsergebnis insgesamt	8.500.000										4.500.000	4.000.000

Anlage 1.18. Ertragsverbesserung Grundsteuer nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	018										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Ertragsverbesserung Grundsteuer nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	OB										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	19 und 20										
Veränderung vollzeitverrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die sonstigen Ertragssteigerungen ergeben sich aus den gutachterlich ermittelten Steuermehreinnahmen, die nach Umsetzung der Variante IV nbso ab 2018 generiert werden können und im Vergleich zur letztjährigen Fortschreibung des HSP unverändert bestehen.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Gep plante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben								100.000	200.000	200.000	300.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	800.000							100.000	200.000	200.000	300.000

Anlage 1.19. Ertragsverbesserung Gewerbesteuer nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	019										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Ertragsverbesserung Gewerbesteuer nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	OB										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	18 und 20										
Veränderung vollzeitverrechner Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die sonstigen Ertragssteigerungen ergeben sich aus den gutachterlich ermittelten Steuermehreinnahmen, die nach Umsetzung der Variante IV nbso ab 2018 generiert werden können und im Vergleich zur letztjährigen Fortschreibung des HSP unverändert bestehen.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Gep plante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben								150.000	300.000	450.000	570.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	1.470.000							150.000	300.000	450.000	570.000

Anlage 1.20. Ertragsverbesserung Einkommensteuer nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	020										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Ertragsverbesserung Einkommensteuer nach Umsetzung Variante IV. nbso laut Gutachten										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	OB										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.	18 und 19										
Veränderung vollzeitverrechneter Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die sonstigen Ertragssteigerungen ergeben sich aus den gutachterlich ermittelten Steuermehreinnahmen, die nach Umsetzung der Variante IV nbso ab 2018 generiert werden können und im Vergleich zur letztjährigen Fortschreibung des HSP unverändert bestehen.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben								100.000	170.000	240.000	240.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	750.000							100.000	170.000	240.000	240.000

Anlage 1.21. Erträge aus Grundstücksverkäufen nbso-Gelände

A

Lfd. Nr. der Konsolidierungsmaßnahme	021										
Kurzbezeichnung der Maßnahme	Erträge aus Grundstücksverkäufen nbso-Gelände										
Produktbereich	16 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produktgruppe	1605 - Allgemeine Finanzwirtschaft										
Produkt	160501 - Steuern sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen										
Verantwortliche Organisationseinheit	Fachbereich Finanzen										
Zuständigkeit Rat/OB	OB										
Zusammenhang mit Maßnahme/n Nr.											
Veränderung vollzeitverrechneter Stellen durch diese Maßnahme	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Beschreibung der Maßnahme (Durchführungszeitraum, Folgen der Maßnahme, interne Leistungsbeziehungen) Die sonstigen Ertragssteigerungen ergeben sich aus den gutachterlich ermittelten Steuermehreinnahmen, die nach Umsetzung der Variante IV nbso ab 2018 generiert werden können und im Vergleich zur letztjährigen Fortschreibung des HSP unverändert bestehen.

B

Konsolidierungsbeiträge (positiver Wert: Ergebnis; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2012	Geplante Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Steuern und ähnliche Abgaben									5.000.000	2.500.000	2.500.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen											
3. Sonstige Transfererträge											
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte											
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte											
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen											
7. Sonstige ordentliche Erträge											
8. Aktivierte Eigenleistungen											
9. Bestandsveränderungen											
10. Ordentliche Erträge											
11. Personalaufwendungen											
12. Versorgungsaufwendungen											
13. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen											
14. Bilanzielle Abschreibungen											
15. Transferaufwendungen											
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen											
17. Ordentliche Aufwendungen											
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit											
19. Finanzerträge											
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen											
21. Finanzergebnis											
22. Ordentliches Ergebnis											
23. Außerordentliche Erträge											
24. Außerordentliche Aufwendungen											
25. Außerordentliches Ergebnis											
26. Ergebnis											
27. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen											
28. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.											
29. Jahresergebnis (=Einsparung)											

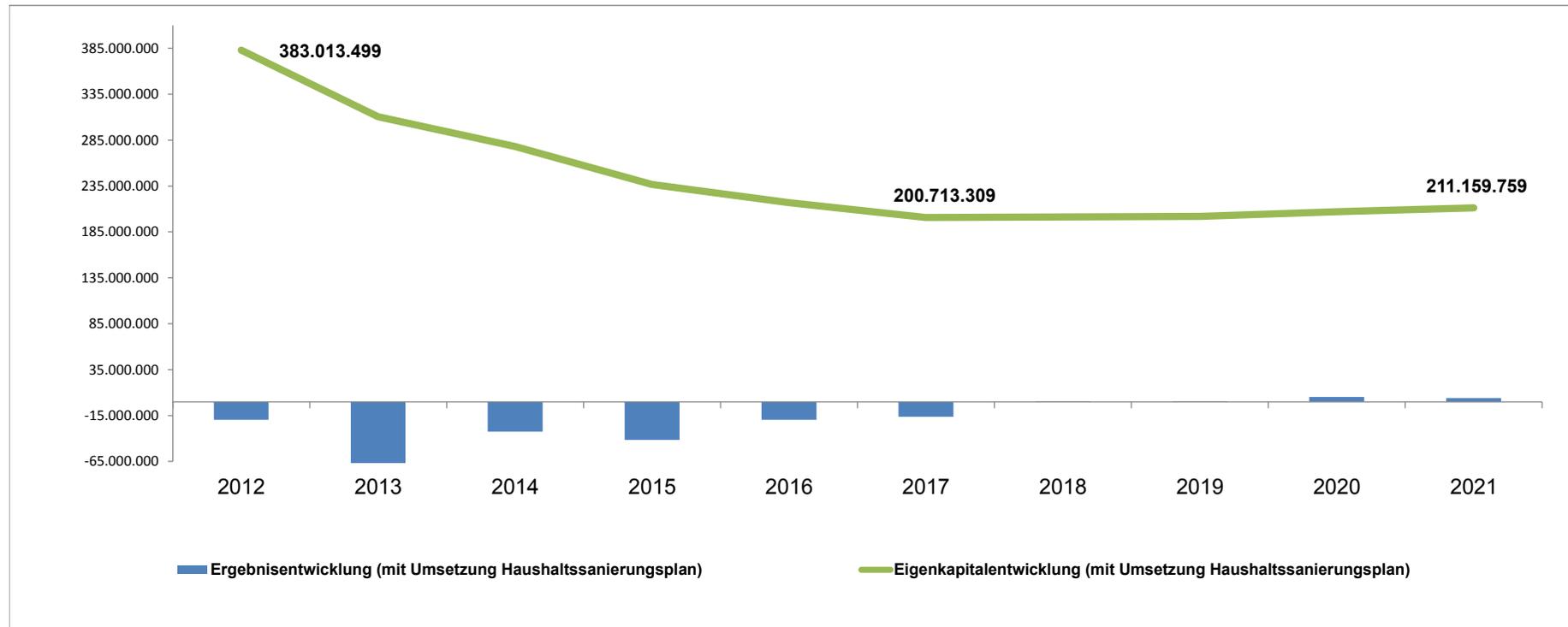
C

Konsolidierungsergebnis (positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

(ab 1. Fortschreibung)	Gesamt	IST-Konsolidierungsbeiträge									
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Konsolidierungsergebnis insgesamt	10.000.000							0	5.000.000	2.500.000	2.500.000

Anlage 2) Grafische Darstellung der Eigenkapitalentwicklung

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ergebnisentwicklung (mit Umsetzung Haushaltssanierungsplan)	-19.519.202	-72.610.950	-32.422.850	-41.372.240	-19.600.520	-16.293.630	585.900	507.350	5.220.850	4.132.350
Eigenkapitalentwicklung (mit Umsetzung Haushaltssanierungsplan)	383.013.499	310.402.549	277.979.699	236.607.459	217.006.939	200.713.309	201.299.209	201.806.559	207.027.409	211.159.759



Anlage 3) Fortgeschriebener Ergebnisplan gem. Stärkungspaktgesetz

Haushaltsplan 2014
Ergebnisplan

Teilergebnisplan		Ergebnis (€)	Ansatz (€)	Ergebnis (€)	Ansatz (€)	Ergebnis (€)	Ansatz (€)								
		2010	2011	2011	2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
01	Steuern und ähnliche Abgaben	187.053.103,82	194.420.400	221.780.010,33	225.107.200	226.637.349,90	221.831.400	213.044.400	221.941.400	241.599.400	250.264.400	275.800.900	282.560.900	288.864.900	297.484.900
	- Grundsteuer A	65.785,72	76.700	75.925,26	77.400	78.067,96	76.400	76.400	76.400	76.400	76.400	85.900	86.900	87.900	88.900
	- Grundsteuer B	30.635.729,85	35.870.000	34.905.507,01	36.100.000	36.295.310,10	36.935.000	37.233.000	37.940.000	38.623.000	39.318.000	44.310.000	44.910.000	45.415.000	46.026.000
	- Gewerbesteuer	70.336.582,22	72.500.000	98.161.559,86	97.500.000	95.115.117,17	86.500.000	73.800.000	77.300.000	91.800.000	95.400.000	113.600.000	117.800.000	121.600.000	127.600.000
	- Anteil Lohn- und Einkommensteuer	54.635.565,00	57.625.000	59.416.984,00	62.506.000	62.857.382,00	66.870.000	69.030.000	72.964.000	76.831.000	80.595.000	81.994.000	83.383.000	84.794.000	86.156.000
	- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	11.989.689,00	12.224.000	12.769.261,00	12.186.000	12.198.217,00	12.539.000	12.714.000	13.120.000	13.526.000	13.932.000	14.122.000	14.316.000	14.513.000	14.712.000
	- Familienleistungsausgleich	6.460.686,00	6.486.800	6.512.698,43	7.046.000	7.061.120,04	6.753.000	7.156.000	7.506.000	7.708.000	7.908.000	8.106.000	8.309.000	8.516.000	8.729.000
	- Kompensation i.R. Steuervereinfachungsgesetz	0,00	0	0,00	0	251.262,00	0	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
	- Sonstige Steuern und ähnliche Abgaben	12.929.066,03	9.637.900,00	9.938.074,77	9.691.800	12.780.873,63	12.158.000	12.865.000	12.865.000	12.865.000	12.865.000	13.413.000	13.586.000	13.769.000	14.003.000
	davon Hartz IV	11.022.513,87	7.700.000	7.136.980,24	7.150.000	9.663.879,36	9.500.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000
	davon restl. Steuern (Hundesteuer etc.)	1.906.552,16	1.937.900	2.801.094,53	2.541.800	3.116.994,27	2.658.000	2.865.000	2.865.000	2.865.000	2.865.000	3.413.000	3.586.000	3.769.000	4.003.000
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	103.912.753,02	83.181.200	100.212.537,51	90.743.150	98.590.149,48	78.212.600	130.658.800	119.219.150	131.838.000	119.090.100	115.830.100	108.682.550	103.622.550	96.862.550
	- Konsolidierungshilfe gem. Stärkungspaktgesetz	0,00	0	0,00	0	2.687.792,78	4.100.000	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	11.057.550	7.370.000	3.680.000	0
	- Schlüsselzuweisungen	53.090.336,00	44.315.800	44.368.035,00	52.480.000	52.497.211,00	29.395.000	71.267.000	56.900.000	64.250.000	58.830.000	53.650.000	50.900.000	49.370.000	46.780.000
	- Schul- und Bildungspauschale	5.347.858,44	0	5.435.397,00	5.477.000	5.477.319,00	5.479.000	0	0	1.000.000	2.700.000	5.500.000	5.500.000	5.500.000	5.500.000
	- Zuwendung Bund für Gleisverlegung	0,00	610.000	0,00	0	0,00	450.000	1.000.000	6.000.000	10.000.000	1.830.000	800.000	0	0	0
	- Zuwendung Land für die nbs:o-GmbH	583.565,64	1.032.000	1.920.329,00	993.000	0,00	900.000	840.000	850.000	870.000	690.000	690.000	630.000	640.000	0
	- Sonstige Zuweisungen und allgem. Umlagen	44.890.992,94	37.223.400	48.488.776,51	31.793.150	37.927.826,70	37.888.600	46.494.250	44.411.600	44.660.450	43.982.550	44.132.550	44.282.550	44.432.550	44.582.550
03	+ Sonstige Transfererträge	2.669.755,30	2.341.500	2.916.556,03	2.292.750	3.229.139,34	3.080.750	3.179.750	3.188.150	3.203.150	3.221.150	3.300.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	40.296.533,21	39.451.650	40.783.298,60	40.461.350	39.757.182,99	41.281.800	42.175.400	42.964.900	43.343.900	43.751.900	44.051.900	44.351.900	44.651.900	44.951.900
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.039.348,49	2.438.500	2.912.922,69	2.631.400	4.110.529,06	3.769.850	5.552.050	5.552.450	5.550.450	5.552.450	5.612.450	5.672.450	5.732.450	5.792.450
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	20.511.519,96	14.715.900	17.289.578,73	31.875.300	33.437.319,40	33.871.450	39.336.550	39.788.050	40.248.500	41.031.950	41.251.950	41.471.950	41.691.950	41.911.950
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	22.092.782,32	16.172.150	43.992.229,83	18.734.000	39.639.993,89	22.265.500	25.008.900	22.757.900	22.456.500	22.216.600	22.166.600	27.116.600	24.566.600	24.516.600
	- Erträge aus Grundstücksverkäufen nbs:o-Gelände	0,00	0	3.966.369,11	0	0	0	0	0	0	0	0	5.000.000	2.500.000	2.500.000
	- Sonstige ordentl. Erträge	22.092.782,32	16.172.150	42.888.056,36	18.734.000	35.673.624,78	22.265.500	25.008.900	22.757.900	22.456.500	22.216.600	22.166.600	22.116.600	22.066.600	22.016.600
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	102.813,74	240.000	835.601,19	196.000	351.635,22	193.500	314.000	314.000	314.000	314.000	320.000	320.000	320.000	320.000
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	379.678.609,86	352.961.300	430.722.734,91	412.041.150	445.753.299,28	404.506.850	459.269.850	455.726.000	488.553.900	485.442.550	508.333.900	513.476.350	512.750.350	515.140.350
11	- Personalaufwendungen	100.132.242,60	101.397.500	95.435.577,48	102.393.800	106.127.619,26	111.566.000	114.701.650	113.545.690	113.095.470	114.175.380	115.318.000	116.471.000	117.635.000	118.812.000
12	- Versorgungsaufwendungen	7.662.323,92	13.650.000	14.306.232,18	8.900.000	11.287.608,23	11.514.000	7.500.000	6.050.000	9.700.000	9.200.000	9.292.000	9.385.000	9.479.000	9.574.000
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	91.571.502,74	113.356.600	96.488.193,47	117.759.920	88.093.539,66	99.274.100	86.434.150	96.135.400	99.501.850	86.267.850	85.640.000	85.590.000	86.350.000	87.120.000
	- Entschädigung Gleisverlegung	0,00	840.000	1.000.686,82	1.250.000	699.031,26	758.000	1.507.000	11.500.000	15.300.000	2.168.000	800.000	0	0	0
	- Aufwendungen für die nbs:o-GmbH (ab 2013 Zeile 15)	1.140.427,96	1.290.000	1.136.061,97	1.242.000	1.212.119,89	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	- Sonstige Sach- und Dienstleistungen	90.431.074,78	111.226.600	94.351.444,68	115.267.920	86.182.388,51	98.516.100	84.927.150	84.635.400	84.201.850	84.099.850	84.840.000	85.590.000	86.350.000	87.120.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	31.948.601,27	33.000.000	37.391.732,22	31.500.000	34.310.708,42	31.500.000	33.000.000	33.000.000	33.000.000	33.000.000	33.000.000	33.000.000	34.000.000	34.000.000
15	- Transferaufwendungen	93.198.780,49	97.523.300	104.345.922,19	109.418.200	126.967.008,28	137.452.450	159.119.650	161.006.100	165.457.950	168.414.050	173.002.000	176.482.000	171.729.500	174.351.000
	- Gewerbesteuerumlage	10.659.983,00	11.033.000	15.321.596,00	14.625.000	13.897.980,00	12.565.000	10.720.000	11.228.000	13.335.000	13.858.000	15.490.000	16.063.000	8.290.500	8.700.000
	- LV-Umlage	31.726.749,00	32.489.000	31.957.552,00	35.115.000	35.117.231,00	36.660.000	37.476.000	38.973.000	39.748.000	40.781.000	41.832.000	42.860.000	43.886.000	44.954.000
	- Zuschuss KSL (bis 2012 Zeile 13)	0,00	0	0,00	0	0,00	8.300.000	8.300.000	8.300.000	8.300.000	8.300.000	8.300.000	8.300.000	8.300.000	8.300.000
	- Aufwendungen für die nbs:o-GmbH (bis 2012 Zeile 13)	0,00	0	0,00	0	0,00	1.175.300	1.120.000	1.135.000	1.160.000	920.000	920.000	850.000	865.000	0
	- Sonstige Transferaufwendungen	50.812.048,49	54.001.300	57.066.774,19	59.678.200	77.951.797,28	78.752.150	101.503.650	101.370.100	102.914.950	104.555.050	106.460.000	108.409.000	110.388.000	112.397.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	93.085.312,90	82.261.850	94.382.704,60	77.284.130	96.811.927,66	80.655.250	84.349.450	82.907.200	82.173.350	84.054.900	84.851.000	85.451.000	86.251.000	87.071.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	417.598.763,92	441.189.250	442.350.362,14	447.256.050	463.598.411,51	471.961.800	485.104.900	492.644.390	502.928.620	495.112.180	501.103.000	506.379.000	505.444.500	510.928.000
18	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 10 u. 17)	-37.920.154,06	-88.227.950	-11.627.627,23	-35.214.900	-17.845.112,23	-67.454.950	-25.835.050	-36.918.390	-14.374.720	-9.669.630	7.230.900	7.097.350	7.305.850	4.212.350
19	+ Finanzerträge	13.401.662,17	15.129.300	15.575.899,09	12.991.200	12.126.160,23	9.337.050	8.629.050	8.411.550	8.293.600	7.635.100	7.655.000	7.710.000	12.215.000	14.220.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	21.968.002,83	27.088.400	20.799.127,56	21.701.050	15.291.465,68	14.493.050	15.216.850	12.865.400	13.519.400	14.259.100	14.300.000	14.300.000	14.300.000	14.300.000
	- Zinsen für Kassenkredite	7.199.756,28	11.000.000	6.905.365,42	8.500.000	4.500.558,66	3.000.000	3.000.000	3.000.000	4.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
	- sonstige Zinsen, Finanzaufwendungen	14.768.246,55	16.088.400	13.893.762,14	13.201.050	10.790.907,02	11.493.050	12.216.850	9.865.400	9.519.400	9.259.100	9.300.000	9.300.000	9.300.000	9.300.000
21	= Finanzergebnis	-8.566.340,66	-11.959.100	-5.223.228,47	-8.709.850	-3.165.305,45	-5.156.000	-6.587.800	-4.453.850	-5.225.800					

Stellenplanentwurf

08/2013

Stellenplan Beamte						
Laufbahn- gruppe	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2014		Zahl der Stellen 2013	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2013	Erläuterungen
		insgesamt	mit Zulage (Feuerwehr, A 9 m.D.m.Z.)			
Wahlbeamte						
	B 9	1,00		1,00	1,00	
	B 6	0,00		1,00	1,00	
	B 5	1,00		1,00	1,00	
	B 4	4,00		3,00	2,00	
	Gesamt Wahlbeamte	6,00				
Höherer Dienst						
	B 2	5,00		6,00	5,50	
	A 16	8,00	1,00	8,00	7,00	
	A 15	11,50		13,50	12,81	
	A 14	22,00	1,00	23,00	18,99	
	A 13	19,00	1,00	19,00	14,80	
	Gesamt höherer Dienst	65,50				
Gehobener Dienst						
	A 13	14,50		13,50	13,33	
	A 12	67,89	4,00	67,16	60,57	
	A 11	91,02	9,00	90,52	87,26	
	A 10	96,68	3,00	93,97	114,35	
	A 9	41,00		39,00		
	Gesamt gehobener Dienst	311,09				
Mittlerer Dienst						
	A 9	63,00	47,00	63,00	60,02	
	A 8	95,98	49,00	94,98	89,48	
	A 7	75,83	65,00	78,83	51,50	
	A 6	6,00		6,00	2,97	
	Gesamt mittlerer Dienst	240,81				
Gesamt		623,40	180,00	622,46	543,58	

Stellenplan Tariflich Beschäftigte (Angestelltenstellen)								
a) Verg.Gr. b) S-Gr. c) Kr.		Zahl der Stellen 2014		Zahl der Stellen 2013		tatsächlich besetzte Stellen am 30.06.2013		Erläuterungen
		Angestellte	Kr.pfl.pers.	Angestellte	Kr.pfl.pers.	Angestellte	Kr.pfl.pers.	
a)	I	4,00		1,00		3,00		
	I a	3,00		5,00		4,87		
	I b/I a	2,00		3,00		2,00		
	I b	7,00		7,00		6,00		
	II/I b	4,00		4,00		3,77		
	II	17,32		16,32		13,60		
Gesamt h. D. n. Verg.Gr.		37,32						
	III/II	49,00		50,50		46,53		
	III	0,00		0,00		0,00		
	IV a/III	60,31		60,81		55,85		
	IV a	15,77		13,77		13,07		
	IV b/IV a	4,00		4,00		4,00		
	V b/IV a	15,17		15,17		15,03		
	IV b	4,50		4,00		4,00		
	V b/IV b	32,05		31,05		31,15		
	VII/IV b	0,00		0,00		0,00		
	V b	16,14		16,64		15,74		
Gesamt g. D. n. Verg.Gr.		196,94						
	V c/V b	58,95		57,95		54,13		
	VI b/V b	21,00		20,50		20,27		
	VII/V b	0,50		0,50		0,50		
	V c	51,36		46,99		46,65		
	VI b/V c	31,39		30,39		27,58		
	VII/V c	0,00		0,00		0,00		
	VIII/V c	0,00		0,00		0,00		
	VI b	117,48		90,05		85,80		
	VII/VI b	50,10		73,14		74,33		
	VIII/VI b	0,00		0,00		0,00		
	VII	21,78		25,16		24,53		
	VIII/VII	11,75		21,75		20,38		
	IX/VII	5,00		5,00		5,50		
	VIII	0,78		0,78		0,77		
	IX a	0,50		0,50		0,00		
Gesamt m. D. n. Verg.Gr.		370,59						

		Stellenplan Tariflich Beschäftigte (Angestelltenstellen)						
		Zahl der Stellen 2014		Zahl der Stellen 2013		tatsächlich besetzte Stellen am 30.06.2013		Erläuterungen
a) Verg.Gr. b) S-Gr. c) Kr.		Angestellte	Kr.pfl.pers.	Angestellte	Kr.pfl.pers.	Angestellte	Kr.pfl.pers.	
b)	S 18	0,00		0,00		0,00		
	S 17	7,00		8,00		7,40		
	S 16	0,00		0,00		0,00		
	S 15	15,50		13,00		12,97		
	S 14	22,00		22,00		19,76		
	S 13	24,00		22,00		19,91		
	S 12	6,00		6,00		5,00		
	S 11	28,92		28,92		26,53		
	S 10	33,00		32,00		31,67		
	S 9	0,00		0,00		0,00		
Gesamt g. D. Sozial:		136,42						
	S 8	21,89		18,89		18,44		
	S 7	15,00		16,00		12,38		
	S 6	206,26		180,53		159,70		
	S 5	0,00		0,00		0,00		
	S 4	28,78		28,79		24,01		
	S 3	82,69		84,86		73,06		
	S 2	4,00		4,00		1,00		
Gesamt m. D. Sozial:		358,62						
c)	X/IX							
	IX/X							
	VIII/IX							
	VII/VIII							
	VI/VII							
	Va/VI							
	V/VI							
	V/V a							
	IV/V a		2,00		2,00		1,06	
	I/IV							
Gesamt		1099,89	2,00	1069,96	2,00	990,88	1,06	
Addition		1101,89		1071,96		991,94		

08/2013

Stellenplan Tariflich Beschäftigte (Arbeiterstellen)				
Lohngruppen	Zahl der Stellen 2014	Zahl der Stellen 2013	tatsächlich besetzte Stellen am 30.06.2013	Erläuterungen
L 9	0,00	0,00	0,00	
L 7/L 8 a	0,00	0,00	0,00	
L 6/L 7 a	5,00	6,00	5,00	
L 5/L 6 a	56,00	49,00	46,56	
L 5/L 5 a	2,00	2,00	2,00	
L 5	2,00	2,00	2,00	
L 4/L 5 a	13,00	13,00	13,00	
L 3/L 4 a	44,64	47,64	46,63	
L 2/L 3 a	1,50	1,50	1,50	
L 1/L 1 a	27,93	28,43	27,19	
Gesamt	152,07	149,57	143,88	

Stellenplanübersicht Beamte												
Wahlbeamte und höherer Dienst												
Bezeichnung PB	OE	PB	B9	B6	B5	B4	B2	A16	A15	A14	A13HD	Erläuterungen
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06								2,00		1 x A14 KU IIHD; 1 x A14 KW
Gesundheitsdienste	11	07									1,00	1 x A13HD KW
Gesundheitsdienste	50	07										
Gesundheitsdienste	53	07					1,00		1,00			
Sportförderung	52SPL	08						1,00				
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	11	09										
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09						1,00		2,00		
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09								1,00		
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	66	09							1,00	1,00		
Bauen und Wohnen	11	10				1,00						1 x B4 KW
Bauen und Wohnen	20	10										
Bauen und Wohnen	33	10										
Bauen und Wohnen	61	10						1,00				
Ver- und Entsorgung	66	11										
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	11	12										
Natur- und Landschaftspflege	67	13										1,00
Umweltschutz	32	14							1,00	1,00	1,00	
Wirtschaft und Tourismus	11	15										
Gesamt			1,00	0,00	1,00	4,00	5,00	8,00	11,50	22,00	19,00	

Stellenplanübersicht Beamte													
gehobener und mittlerer Dienst													
Bezeichnung PB	OE	PB	A13GD	A12	A11	A10	A9 GD	A9MD MZ	A9MD	A8	A7	A6	Erläuterungen
Innere Verwaltung	I	01											
Innere Verwaltung	01	01		3,00	4,00			1,00					1 x A12 KU A 11
Innere Verwaltung	03	01		0,73									
Innere Verwaltung	11	01	1,00	11,85	7,99	9,50	13,00	2,00		2,00	16,00	6,00	1 x A12 KW
Innere Verwaltung	PR	01			1,00								
Innere Verwaltung	14	01		5,50									1 x A12 KW
Innere Verwaltung	II	01											
Innere Verwaltung	20	01	1,00	11,00	11,65	14,50	3,00		6,00	8,50			1 x A11 KW 12/2015; 1 x A11 KW
Innere Verwaltung	30	01	0,50		0,50	1,00	1,00						
Innere Verwaltung	III	01			1,50	0,50	0,50						
Innere Verwaltung	33	01		1,00					1,00		0,83		
Innere Verwaltung	50AGL	01		4,00	8,00	8,50	6,00			1,00			1 x A12 KU A11
Innere Verwaltung	IV	01		1,00	2,65								
Innere Verwaltung	V	01											
Innere Verwaltung	60	01			0,50								
Innere Verwaltung	65	01		4,00	3,00	2,00			1,00				
Sicherheit und Ordnung	01	02	1,00		1,00						0,50		1 x A7 KW
Sicherheit und Ordnung	30	02	1,00	1,00	2,73	2,50			1,00	6,00	0,50		
Sicherheit und Ordnung	III	02											
Sicherheit und Ordnung	32 CUI	02											
Sicherheit und Ordnung	33	02	1,00	3,00	2,00	1,50			3,00	10,46	1,00		
Sicherheit und Ordnung	36	02	1,00		2,00	3,46				2,75			
Sicherheit und Ordnung	37	02		4,00	10,00	4,00		12,00	29,00	49,00	53,00		4 x A7 KW; 4 x A9MD MZ KW; 5 x A9MD KW; 1 x A8 KW
Sicherheit und Ordnung	39	02				0,50							
Schulträgeraufgaben	40	03		3,00	2,00	4,71	2,00	1,00		1,00			1 x A9GD KW; 1 x A10 KW
Kultur und Wissenschaft	41KSL	04			2,00								
Kultur und Wissenschaft	41KSL	04							1,00				
Kultur und Wissenschaft	41KSL	04	1,00		1,00		1,00	1,00		1,50			
Kultur und Wissenschaft	41KSL	04				1,50					1,00		
Kultur und Wissenschaft	41KSL	04			1,00								
Kultur und Wissenschaft	41KSL	04		1,00	0,50				1,00	1,50			
Soziale Leistungen	11	05											
Soziale Leistungen	50	05	1,00	3,00	7,00	10,25	11,00			3,25	1,00		1 x A11 KW; 2 x A10 KU A8
Soziale Leistungen	51	05				4,50							

Stellenplanübersicht Beamte													
gehobener und mittlerer Dienst													
Bezeichnung PB	OE	PB	A13GD	A12	A11	A10	A9 GD	A9MD MZ	A9MD	A8	A7	A6	Erläuterungen
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06	1,00	1,00	3,50	16,00				3,75	1,00		1 x A10 KW
Gesundheitsdienste	11	07		2,00	2,00								2 x A12 KW; 2 x A11 KW
Gesundheitsdienste	50	07					1,00						
Gesundheitsdienste	53	07			1,00								1 x A11 KU A9/10
Sportförderung	52SPL	08			2,00					1,00			
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	11	09		1,00									1 x A12 KW
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09	3,00	2,00	3,00	1,00			1,00				1 x A12 KW; 1 x A11 KW
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09	1,00		2,00								
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	66	09											
Bauen und Wohnen	11	10											
Bauen und Wohnen	20	10											
Bauen und Wohnen	33	10											
Bauen und Wohnen	61	10	1,00	1,00	2,00	4,50				0,50			
Ver- und Entsorgung	66	11		0,81	2,00	2,65	1,00		1,00	1,00			
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	11	12											
Natur- und Landschaftspflege	67	13			1,00	1,00			1,00	1,50	1,00		
Umweltschutz	32	14		3,00	0,50	2,61	0,50			1,27			
Wirtschaft und Tourismus	11	15					1,00						1 x A9GD KW
Gesamt			14,50	67,89	91,02	96,68	41,00	18,00	45,00	95,98	75,83	6,00	

Stellenplanübersicht Angestellte																			
höherer und gehobener Dienst																			
Bezeichnung PB	OE	PB	I	I a	I b/ I a	I b	II/ I b	II	III/ II	III	IV a/ III	IV a	IV b/ IV a	IV b	V b/ IV a	V b/ IV b	VII/ IV b	V b	Erläuterungen HD und GD
Schulträgeraufgaben	40	03				1,00						1,00				3,50			1 x IVA KW
Schulträgeraufgaben	51	03																	
Soziale Leistungen	50	05														6,25		0,50	1 x VB/IVB KW; 1 x VB KU VC/VB
Soziale Leistungen	51	05														1,50			
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06	1,00	1,00			1,00	4,00	1,00		2,00								
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06																	
Gesundheitsdienste	50	07									1,00	0,50				1,00			
Gesundheitsdienste	53	07			2,00		2,00												
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	61	09				2,00		3,32	6,00		1,00		1,00						
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09						1,00	5,00		7,00				2,00				1 x VB/IVA KW; 2 x IVA/III KW; 1 x IVA/III KW 0,5 VZ
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09						1,00	6,00		2,78								
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	66	09							1,50		1,00								
Bauen und Wohnen	33	10																	
Bauen und Wohnen	61	10		1,00				2,00	6,00		6,50				1,00				
Ver- und Entsorgung	66	11														0,50			
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	66	12							5,00		1,75				1,00				
Natur- und Landschaftspflege	67	13	1,00			1,00		1,00			2,00	1,00	2,00		3,00	1,00		4,00	1 x VB/IVA KW 2015; 1 x IB KU II/Ib
Umweltschutz	32	14							6,00		11,13				5,17	1,56			
Gesamt			4,00	3,00	2,00	7,00	4,00	17,32	49,00	0,00	60,31	15,77	4,00	4,50	15,17	32,05	0,00	16,14	

Stellenplanübersicht Angestellte																		
Bezeichnung PB	OE	PB	mittlerer Dienst		VI b/V b	VI b/V c	VI b	VII/V b	VII/V c	VII/VI b	VII	VIII/V c	VIII/VI b	VIII/VII	VIII	IX/VII	IX a	Erläuterungen MD
			V c/V b	V c														
Schulträgeraufgaben	40	03	1,00	2,77	1,00	2,00	27,07	0,50		10,01	1,00			1,50				1 x VII/VB KW; 1 x VIB/VB KW; 1 x VIII/VII KW
Schulträgeraufgaben	51	03																
Soziale Leistunen	50	05	7,25	2,25		1,00	4,25				2,00			0,50				1 x VC/VB KW; 1 x VIB KU VIII/VII
Soziale Leistunen	51	05																
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06		6,00		1,00	3,00			2,50				3,00	0,78			1 x VIII KW; 1 x VIB KW 2013
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06					17,50											
Gesundheitsdienste	50	07																
Gesundheitsdienste	53	07			2,50	1,00											5,00	
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	61	09	4,00				3,50											
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09	10,65			5,00												1 x VC/VB KW 0,5 VZ; 1 x VIB/VC KW; 1 x VC/VB KW
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09	2,00			2,00	0,50											
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	66	09				1,00												
Bauen und Wohnen	33	10																
Bauen und Wohnen	61	10	4,00			1,00	1,00				1,50							
Ver- und Entsorgung	66	11																
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	66	12					3,28											
Natur- und Landschaftspflege	67	13	7,50	2,50		1,00	1,00											1 x VC KW
Umweltschutz	32	14		1,65		1,00				0,50								
Gesamt			58,95	51,36	21,00	31,39	117,48	0,50	0,00	50,10	21,78	0,00	0,00	11,75	0,78	5,00	0,50	

Stellenplanübersicht Sozial- und Erziehungsdienst																				
Bezeichnung PB	OE	PB	gehobener Dienst										mittlerer Dienst						Erl. Sozial- u. Erz.dienst	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3		S 2
Schulträgeraufgaben	40	03														2,00				
Schulträgeraufgaben	51	03																		
Soziale Leistungen	50	05				1,00					4,50									
Soziale Leistungen	51	05				1,00				2,00										1 x S15 KU S 12
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06		7,00		8,50	21,00			3,00	23,75						6,00			1 x S12 KW; 1 x S11 KW 2015; 1 x S15 KU S11; 1 x S14 KW
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06				5,00			24,00			33,00		21,89	15,00	202,76		22,78	81,69	4,00
Gesundheitsdienste	50	07																		1 x S10 KU S7
Gesundheitsdienste	53	07														1,50				
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	61	09																		
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09																		
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09																		
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	66	09																		
Bauen und Wohnen	33	10																		
Bauen und Wohnen	61	10																		
Ver- und Entsorgung	66	11																		
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	66	12																		
Natur- und Landschaftspflege	67	13																		
Umweltschutz	32	14																		
Gesamt			0,00	7,00	0,00	15,50	22,00	24,00	6,00	28,92	33,00	0,00	21,89	15,00	206,26	0,00	28,78	82,69	4,00	

08/2013

Übersicht Angestellte Krankenpflegepersonal												
Vergütungsgruppen												
Bezeichnung PB	OE	PB	X/IX	IX/X	VIII/IX	VII/VIII	VI/VII	Va/VI	V/Va	IV/Va	I/IV	Erläuterungen
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06								2		
Gesamt					0	0	0	0	0	0	2	0

Stellenplanübersicht Arbeiter																				
Lohngruppen																				
Bezeichnung PB	OE	PB	9	8	7/8 a	7	6/7 a	6	5/6 a	5	5/5 a	4/5 a	4	3/4 a	3	2/3 a	2	1/1 a	1	Erläuterungen
Innere Verwaltung	01	01							1,00											
Innere Verwaltung	11	01																0,50		1 x 1/1A KW
Innere Verwaltung	65	01							7,00									26,18		
Sicherheit und Ordnung	32	CUI 02																		
Schulträgeraufgaben	40	03														0,50				
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51	06																1,25		2 x 1/1A KW
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	62	09							4,00											
Natur- und Landschaftspflege	11	13					3,00													3 x 6/7A KW
Natur- und Landschaftspflege	67	13					2,00		44,00	2,00	2,00	13,00		44,64		1,00				7 x 3/4A KW; 1 x 3/4A KW 0,50 VZ; 2 x 5 KU 3/4A; 1 x 5 KW
Gesamt			0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	0,00	56,00	2,00	2,00	13,00	0,00	44,64	0,00	1,50	0,00	27,93	0,00	

08/2013

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte				
Bezeichnung	Art der Vergütung	Vorgesehen 2014	beschäftigt 30.06.2013	Erläuterungen
Stadtinspektoranwärter/-in	Unterhaltszuschuss	7	27 davon 2 Aufsteiger	
Stadtsekretäranwärter/-in	Unterhaltszuschuss	5	7	
Brandoberinspektoranwärter/-in	Unterhaltszuschuss	0	0	
Brandmeisteranwärter/-in	Unterhaltszuschuss	10	18	
Vermessungsoberspektoranwärter/-in	Unterhaltszuschuss	2	0	
Verwaltungsfachangestellte	Ausbildungsvergütung	1	1	
Kaufleute für Bürokommunikation	Ausbildungsvergütung	0	0	
Bauzeichner/-in	Ausbildungsvergütung	0	0	
Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste	Ausbildungsvergütung	0	0	
Geomatiker/-in/Vermessungstechniker/-in	Ausbildungsvergütung	3	2	
Fachangestellte Bäderbetriebe	Ausbildungsvergütung	1	0	
Kfz-Elektriker/-in	Ausbildungsvergütung	0	0	
Kfz-Mechaniker/-in	Ausbildungsvergütung	0	0	
Kfz-Mechatroniker/-in	Ausbildungsvergütung	0	2	
Elektroniker/-in für Betriebstechnik	Ausbildungsvergütung	0	2	
Industriemechaniker/-in	Ausbildungsvergütung	0	0	
Mechatroniker/-in	Ausbildungsvergütung	0	2	
Veranstaltungskaufmann/-in	Ausbildungsvergütung	0	0	
Straßenbauer/-in	Ausbildungsvergütung	0	1	
Medizin. Fachangestellte/-r	Ausbildungsvergütung	0	0	
Praktikanten (Kinderg.)	Praktikantenvergütung	nach Bedarf	nach Bedarf	
Insgesamt		29 und nach Bedarf	62 und nach Bedarf	

Anlagen

zum

Haushaltsplan

Leverkusener Parkhaus GmbH

Bilanz zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

Lagebericht

Leverkusener Parkhaus-Gesellschaft mbH
Leverkusen
AKTIVA

	31.12.2012	31.12.2011
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.945.763,44	7.384.168,44
2. technische Anlagen und Maschinen	41.535,28	61.648,28
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.474,00	12.026,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>5.893,62</u>	<u>0,00</u>
	6.996.666,34	7.457.842,72
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	69.608,87	26.613,28
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>600.632,90</u>	<u>617.913,38</u>
	670.241,77	644.526,66
II. Guthaben bei Kreditinstituten	3.095.683,88	3.855.848,53
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.350,00	10.454,39
	<hr/>	<hr/>
	10.763.941,99	11.968.672,30
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Leverkusener Parkhaus-Gesellschaft mbH
Leverkusen

PASSIVA

	31.12.2012 €	31.12.2011 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	3.294.329,52	3.294.329,52
III. Gewinnrücklagen		
1. andere Gewinnrücklagen	219.849,89	219.849,89
IV. Verlustvortrag	197.926,34-	59.940,43
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>113.651,55</u>	<u>257.866,77-</u>
	3.455.904,62	3.342.253,07
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	577.113,00	643.041,00
C. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	472.460,77	479.460,77
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.064.227,52	7.128.817,73
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.347,08	69.747,66
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	9.624,24	159.523,40
4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>34.461,76</u>	<u>16.474,67</u>
	6.111.660,60	7.374.563,46
E. Rechnungsabgrenzungsposten	146.803,00	129.354,00
	<hr/>	<hr/>
	10.763.941,99	11.968.672,30

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

Leverkusener Parkhaus-Gesellschaft mbH
Leverkusen

	2012 €	2011 €
1. Umsatzerlöse	1.030.875,11	973.172,81
2. sonstige betriebliche Erträge	118.031,75	94.690,12
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	9.590,16	10.522,08
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.072,98</u>	<u>2.214,32</u>
	11.663,14	12.736,40
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	467.070,00	467.863,96
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	404.390,47	639.217,57
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	93.330,58	96.432,33
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>152.423,21</u>	<u>209.305,03</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	206.690,62	164.827,70-
9. sonstige Steuern	93.039,07	93.039,07
10. Jahresüberschuss	113.651,55	257.866,77-

**Lagebericht
der Leverkusener Parkhaus-Gesellschaft mbH
für das Geschäftsjahr 2012**

Als Geschäftsführer der Leverkusener Parkhaus-Gesellschaft mbH (LPG) gebe ich auf der Grundlage

- des Gesellschaftsvertrages,
- der Gemeindeordnung NW und
- des Handelsgesetzbuches

den nachfolgenden Lagebericht

- für das Geschäftsjahr 2012 sowie
- über alle Vorgänge/Maßnahmen von besonderer Bedeutung, die sich nach dem 31.12.2012 bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung ergeben haben

ab.

Der Unternehmenszweck beinhaltet aufgrund des Gesellschaftsvertrages die Errichtung und Unterhaltung sowie den Betrieb und die Verpachtung eines oder mehrerer Parkhäuser und anderer Parkanlagen.

Der Lagebericht stellt nach meiner Auffassung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Gesellschaft dar.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Lage

1.1 Gesamtergebnis

Im Vergleich zum Vorjahr 2011 stellt sich das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2012 beim Gesamtergebnis (nach Steuern) wie folgt dar:

2011	- 257.866,77 €
2012	+113.651,55 €

Differenz	+371.518,32 € (+144 %)
-----------	------------------------

=====

Der Wirtschaftsplan 2012 ging von einem Defizit von 2.070,-- € aus.

1.2 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Im Vergleich der Wirtschaftsjahre 2011/2012 ergibt sich folgende Darstellung:

2011	- 164.827,70 €
2012	+206.690,62 €

Differenz	+371.518,32 € (+225 %)
-----------	------------------------

=====

Das Ergebnis spiegelt die erhöhten Umsatzerlöse von ca. 58.000,-- € sowie den geringeren betrieblichen Aufwand durch die in 2011 abgeschlossenen Sanierungsarbeiten an der Sprinkleranlage in der Parkgarage „City-Center“ wider.

1.3 Umsatzerlöse

Die Entwicklung der „Umsatzerlöse“ inkl. der Werbeerlöse und der Erlöse aus Nebenkosten ist im Jahresvergleich 2010/2011 wie folgt nachzuzeichnen:

2011	973.172,81 €
2012	1.030.875,11 €

Differenz	+57.702,30 € (+5,9 %)
-----------	-----------------------

=====

Der Wirtschaftsplan 2012 hatte eine Verbesserung der Umsatzerlöse auf 1.070 T€ veranschlagt.

Die Umsatzerlöse werden in erster Linie mit der Verpachtung der Parkgaragen erzielt, wobei sich die Höhe der Pacht insbesondere an den mit den Parkgaragen erzielten Nettoeinnahmen bemisst. Dabei haben sich die Nettoeinnahmen der Parkgaragen wie folgt verändert:

2011	1.895,4 T€
2012	1.992,9 T€
<hr/>	
Differenz	+97,5 T€ (+5,1 %)

=====

1.4 Sonstige betriebliche Erträge

Die „sonstigen betrieblichen Erträge“ ergeben sich im Wesentlichen durch

- die planmäßige Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse,
- die periodenfremden Erträge aus Hausgelderstattungen sowie
- die Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

2011	94.690,12 €
2012	118.031,75 €
<hr/>	
Differenz	+23.341,63 € (+24,7 %)

=====

1.5 Personalaufwand

Im Jahresvergleich 2011/2012 hat sich der „Personalaufwand“ inkl. der Sozialabgaben für die nebenamtlich Beschäftigten wie folgt verändert:

2011	12.736,40 €
2012	11.663,14 €
<hr/>	
Differenz	-1.073,26 € (-8,4 %)

=====

Die Veränderung resultiert aus einer Reduzierung des Zeitaufwandes für einen Mitarbeiter. Von dem Gesamtbetrag der Personalaufwandes entfallen in 2012 unverändert circa 4.000,00 € brutto auf die Vergütung der Geschäftsführung.

1.6 Abschreibungen

Der „Abschreibungsaufwand“ auf Sachanlagen hat sich mit den üblichen Abschreibungssätzen wie folgt verändert:

2011	467.863,96 €
2012	467.070,00 €
<hr/>	
Differenz	-793,96 € (-0,2 %)

=====

1.7 Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die Reduzierung des „sonstigen Betriebsaufwandes“ mit

2011	639.217,57 €
2012	404.390,47 €
<hr/>	
Differenz	-234.827,10 € (-36,7 %)

=====

hat sich im Wesentlichen durch die in 2011 abgeschlossenen Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen an der Sprinkleranlage „City-Center“ ergeben.

1.8 Zinserträge aus Festgeldanlagen

Die Zinserträge aus Festgeldanlagen haben sich im Vergleich 2011/2012 wie folgt verändert:

2011	96.432,33 €
2012	93.330,58 €
<hr/>	
Differenz	-3.101,75 € (-3,2 %)

=====

1.9 Zinsaufwand

Der Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten ergibt im Vergleich der Wirtschaftsjahre 2011/2012 folgende Veränderung:

2011	209.305,03 €
2012	152.423,21 €
<hr/>	
Differenz	-56.881,82 € (-27,2 %)

=====

1.10 Darlehensverbindlichkeiten

Im Jahresvergleich stellt sich die Entwicklung der „Darlehensverbindlichkeiten“ wie folgt dar:

Jahr	Kreditinstitute	Gesellschafter Stadt	Gesamt
2011	7.128.817,73 €	159.523,40 €	7.288.341,13 €
2012	6.064.227,52 €	9.624,24 €	6.073.851,76 €
<hr/>			
Differenz	-1.064.590,21 € (-14,9 %)	-149.899,16 € (-94 %)	1.214.489,37 € (-16,7 %)

Der Verschuldungsgrad der Gesellschaft hat sich deshalb im Verhältnis zum Eigenkapital von 258,1 % auf 211,5 % verbessert.

Dabei hat sich zugleich die Eigenkapitalquote, nämlich das Verhältnis von Eigenkapital zu Gesamtkapital, von 27,9 % auf 32,1 % erhöht.

1.11 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Steuern vom Einkommen und Ertrag sind sowohl 2011 als auch 2012 nicht angefallen.

1.12 Sonstige Steuern

Die hier zuzuordnende Grundsteuer hat sich im Jahresvergleich nicht verändert.

2011 93.039,07 €

2012 93.039,07 €

Differenz 0,00 € (0 %)

=====

1.13 Liquiditätslage

Zum jeweiligen Stichtag (31.12.) ergibt sich folgender Status:

2011 3.855.848,53 €

2012 3.095.683,88 €

Differenz -760.164,65 € (-19,7 %)

=====

Die Liquiditätslage ist weiterhin als zufriedenstellend zu bezeichnen, wobei der Rückgang maßgeblich durch die Reduzierung der Darlehensverbindlichkeiten gekennzeichnet ist.

1.14 Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich deutlich verbessert. Erhöhte Erlöse – insbesondere wegen der unterjährig vorgenommenen Gebührenanpassung – sowie geringere Betriebsaufwendungen sind hierfür die entscheidenden Faktoren gewesen.

1.15 Schlussbemerkungen zum Jahresergebnis 2012

Im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 vom 18.05.2012 sowie in der planmäßigen Gesellschafterversammlung am 04.07.2012 wurde auf die notwendige Verbesserung der Jahresergebnisse aufmerksam gemacht. Mit dem Jahresabschluss 2012 ist dies nachdrücklich bewiesen worden. Diese Entwicklung muss sich mittelfristig fortsetzen.

2. Ausblick auf das Jahr 2013 und die Folgejahre

Die unterjährig ab 01.08.2012 vorgenommene Gebührenanpassung wird sich ab 2013 ganzjährig bemerkbar machen, d. h. bei gleichbleibenden Kundenzahlen und unverändertem Kundenverhalten wäre von steigenden Umsatzerlösen zum Jahresende auszugehen. Diese Annahme spiegelt sich in dem von der Gesellschafterversammlung am 12.12.2012 wider, wonach 1.075 T€ an Umsatzerlösen für 2012 erwartet werden.

Für die Folgejahre sieht die mittelfristige Wirtschaftsplanung – vorsichtig eingeschätzt – bescheidene Steigerungsraten im Gesamtergebnis vor.

Diese Umsatzsteigerung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Leerstandsproblematik oberhalb der „City-Center-Garage“ bezüglich einer geringeren Inanspruchnahme sich auf die Umsatzentwicklung negativ auswirken wird, wenn nicht gegengesteuert wird.

Zurzeit müssen wir für sämtliche City-Garagen inkl. Forum von einem 4 %-igen Rückgang der Inanspruchnahme ausgehen.

Insoweit muss die Gesellschaft mit ihrem 10 %-igen Miteigentumsanteil an der Eigentümergemeinschaft „City-Center“ (bestehend aus 150 verschiedenen Eigentümern) ein vitales Interesse haben, diesen Gebäudekomplex mittelfristig wieder zu aktivieren. Bei der Heterogenität der Eigentümerstruktur müsste es das Ziel sein, dass zunächst in einem ersten Schritt die größeren Anteilseigner Stadt, Sparkasse, LPG, TBL – sie decken etwa 44 % der Anteile ab – sich auf einen gemeinsamen Weg und ein Nutzungskonzept verständigen, um dann die Übrigen für eine Revitalisierung des City-Centers zu gewinnen.

Abgesehen von dieser mittelfristigen Perspektive ist darauf aufmerksam zu machen, dass aktuell im Jahr 2013

- die Erneuerung der Brandmeldeanlage in der „City-Center-Garage“ erfolgt ist,
- im Garagenabschnitt West der „City-Center-Garage“ erstmals eine Epoxyd-Harz-Beschichtung mit einem aktivierungsfähigen Gesamtvolumen von geschätzten 450.000,-- € eingebracht werden soll, um das Eindringen von Spritzwasser und salzhaltigem Tauwasser zu vermeiden,
- für die Eigentümergemeinschaft „Luminaden“ eine gerichtliche Auseinandersetzung über die Zuständigkeit und Kostentragungspflicht (max. 50.000 €) für die anstehende Sanierungsmaßnahme (Betonstützfüße) stattfinden wird.

3. Risikomanagement

Wie in den Vorjahren ist dem Lagebericht 2012 eine Darstellung

- der Risiken nach Art, Abdeckung und Gegensteuerung sowie
- der Risikobeurteilung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und zur weiteren Geschäftsentwicklung

als Anhang beigefügt.

4. Schlussbemerkungen

Vor dem Hintergrund dieser Darstellungen im Lagebericht geht die Geschäftsführung mittelfristig von einer positiven Geschäftsentwicklung aus.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die am 09.12.2012 durch den Rat der Stadt Leverkusen beschlossene fortgeschriebene Haushaltssanierungsplanung 2012 bis 2021 ab den Jahren 2014 ff. eine Gewinnausschüttung an den Kernhaushalt (2014 = 5.000 €) vorsieht.

Insofern kommt die LPG ihrer Verantwortung im besonderen Maße nach, wenn bereits in 2013 ein Betrag in Höhe von 13.651,55 € an den Gesellschafter ausgeschüttet wird. Die Geschäftsführung hält dies für ein wichtiges und richtiges Signal; zum Einen werden die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes (Einbindung aller Gesellschaften in die Haushaltskonsolidierung) beachtet, zum Anderen ist auch die LPG nur Teil des Gesamtkonzerns „Stadt Leverkusen“, der in der Gesamtheit sich dem Ziel unterwerfen muss, ab 2018 ff. ausgeglichene Ergebnisse zu erzielen.

Leverkusen, 13.06.2013

Häusler

Geschäftsführer

Anhang zum Lagebericht:
LPG-Risikoanalyse

Rheinfähre Köln-Langel / Hitdorf GmbH

Bilanz zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

Lagebericht

Rheinfähre Köln-Langel/Hitdorf
 Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln

Bilanz zum 31. Dezember 2012

A k t i v a

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
Sachanlagen		29.721,00		33.987,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Hilfs- und Betriebsstoffe		3.288,78		2.856,82
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.049,00		1.081,03	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	6.692,08	7.741,08	9.601,36	10.682,39
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		235.014,81		270.075,64
		246.044,67		283.614,85
C. Rechnungsabgrenzungsposten		41,00		41,00
		275.806,67		317.642,85

Passiva

	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	82.000,00	82.000,00
II. Kapitalrücklage	105.366,10	98.032,10
III. Jahresfehlbetrag	17.398,00	43.866,00
	<u>169.968,10</u>	<u>136.166,10</u>
B. Sonstige Rückstellungen	81.000,28	129.498,43
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.571,03	42.830,46
–davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 15.571,03 (i. Vj. EUR 42.830,46)–		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	600,00	0,00
–davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 600,00 (i. Vj. EUR 0,00)–		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	8.667,26	9.147,86
–davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 8.667,26 (i. Vj. EUR 9.147,86)–		
–davon aus Steuern EUR 1.752,13 (i. Vj. EUR 1.132,49)–		
–davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
EUR 1.043,60 (i. Vj. EUR 1.081,22)–		
	<u>24.838,29</u>	<u>51.978,32</u>
	<u>275.806,67</u>	<u>317.642,85</u>

Rheinfähre Köln-Langel/Hitdorf
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

1. Umsatzerlöse	
2. Sonstige betriebliche Erträge	
3. Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	
4. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	
b) Soziale Abgaben	
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit = Jahresfehlbetrag	

	2012		2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
		448.658,12		443.754,75
		9.822,44		5.089,55
	94.635,83		92.070,87	
	77.847,36	172.483,19	105.161,96	197.232,83
	196.770,79		190.277,99	
	46.598,90	243.369,69	44.832,74	235.110,73
		4.802,92		4.742,64
		55.571,80		56.743,22
		349,04		1.144,57
		0,00		25,45
		17.398,00		43.866,00

Rheinfähre

Köln - Langel / Hitdorf GmbH

Lagebericht

2012

Lagebericht 2012

I. Geschäftstätigkeit

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Fährschiffes

"Fritz Middelanis"

Mit diesem Schiff betreibt die Gesellschaft die Beförderung von Personen und Fahrzeugen zwischen Köln-Langel und Leverkusen-Hitdorf.

Die Ausübung dieser wirtschaftlichen Betätigung erfolgt unter Beachtung des § 107 (1) GO NW, da für das Betreiben der Fähre ein öffentliches Interesse besteht und die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Städte Köln und Leverkusen steht.

In den letzten zehn Jahren erbrachte die Gesellschaft folgende Beförderungsleistungen:

	Personen	Zweiräder	PKW	Lieferwagen/LKW
	Anzahl	Stück	Stück	Stück
2003	190.855	63.294	73.298	856
2004	170.914	52.168	71.464	846
2005	173.730	55.177	68.013	750
2006	169.017	48.808	70.146	995
2007	181.400	60.213	68.017	2.089
2008	188.576	57.635	81.566	2.671
2009	188.789	63.131	76.059	2.648
2010	194.515	58.385	84.952	2.624
2011	228.246	73.927	93.941	2.615
2012	231.309	65.825	99.673	3.073

II. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

a) Geschäftsverlauf und Ertragslage

Das Beförderungsaufkommen des Jahres 2012 ist im Vergleich zu 2011 konstant geblieben. Im Jahr 2012 stiegen die Gesamterlöse um rund 2,1% von 448.844 € um 9.637 € auf 458.480 €.

Auf Grund des leichten Anstiegs der PKW- Beförderung erhöht sich das Umsatzvolumen der Beförderungsentgelte von 443.755 T€ auf 448.658 T€ um rund +1,1 %. Die Erstattung für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen erhöhte sich von 7.258 Euro auf 8.535 Euro.

Die Umsatzentwicklung wurde durch eine Zunahme an Lieferwagen/LKW's in Höhe von +17,5% von 2.615 auf 3.073 Beförderungsfällen begünstigt. Demgegenüber stehen aber sinkende Beförderungszahlen von Zweirädern in Höhe von -11% von 73.927 auf 65.825 . Die Anzahl der beförderten Personen stieg leicht um 1,3 %.

Die Umsatzrentabilität (Verhältnis von Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu Umsatzerlösen) hat sich infolge der vermehrten Umsatzerlöse von -9,8 % im Vorjahr auf -3,9 % erhöht.

Der durchschnittliche Personalbestand in 2012 betrug 5 festangestellte Mitarbeiter. Der Personalaufwand (Lohn und Gehalt) stieg im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 %. Die Personalaufwandsquote (Verhältnis Personalaufwand zu Erträgen) stieg um 0,7 %-Punkte auf 53,1 %.

Den Gesamterträgen vor Verlustausgleich der Gesellschafter von 458.829 € (2011 = 449.989 €) stehen Aufwendungen von 476.227 € (2011 = 493.855 €) gegenüber, so dass für 2012 ein Verlust von 17.398 € (2011 = 43.866 €) verbleibt.

b) Vermögens- und Finanzlage

Durch die jährliche Zahlung der Gesellschafter in Höhe von 51.200 € konnte der Verlust in Höhe von 17.398 € ausgeglichen werden.

Lagebericht 2012

Im laufenden Wirtschaftsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Das Anlagevermögen ist zu 571,9 % durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gedeckt.

Der Jahresfehlbetrag im Verhältnis zum durchschnittlichen Eigenkapital (Eigenkapitalrentabilität) beträgt -11,4 % (im Vorjahr -33,1%).

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um **67 T€ auf -86 T€ zurückgegangen**.

c) Entwicklung

Besondere Ereignisse und sonstige Risiken mit wesentlichen Einfluss auf die Gesellschaft hat es im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht gegeben.

Die Ergebnisentwicklung für 2012 konnte gegenüber dem Vorjahr spürbar verbessert werden. Ursache hierfür war, dass trotz gestiegener Energiekosten von rd. 11 % sowie der gestiegenen Personalkosten um rd. 3,5 % der Aufwand für bezogene Leistungen gegenüber dem Vorjahr deutlich geringer ausgefallen ist.

III. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Ob und inwieweit sich die Ertrags- und Kostenentwicklung im Jahr 2013 fortsetzen wird, ist schwer zu beurteilen und hängt hauptsächlich von den Witterungsverhältnissen sowie der Hochwasserlage ab.

Der Wirtschaftsplan 2013 weist einen Jahresfehlbetrag i. H. von **47,0 T€ aus**. Die Ertrags- und Finanzlage für die Jahre 2013 und 2014 wird als insgesamt stabil angesehen soweit die jährlichen Zuzahlungen der Gesellschafter planmäßig erfolgen.

Lagebericht 2012

Auf Grund der veränderten Bewertung von Rückstellungen, die sich aus dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz BilMoG ergeben, müssen die Kosten zur Instandhaltung der Fähre aus dem normalen Geschäftsbetrieb getätigt werden. Aus diesem Grund sollte vorsorglich die Höchstsumme der jährlichen Zuzahlungen erfolgen um die notwendigen Instandhaltungen weiterhin durchzuführen.

Im Jahr 2013 sind Investitionen für Werkzeuge und technische Betriebsmittel in Höhe von 2,0 T€ **vorgesehen**.

IV. Fazit

Gegenwärtig und in absehbarer Zeit existieren keine bestandsgefährdenden Einzelrisiken. Auch die Gesamtsumme der Risiken gefährdet nicht den Fortbestand der Gesellschaft.

Der langfristige Fortbestand ist abhängig von der Zuzahlung der Gesellschafter.

Wir versichern, dass in diesem Lagebericht der Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage der Gesellschaft nach bestem Wissen so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Wir versichern weiterhin, dass die voraussichtliche Entwicklung mit ihrer wesentlichen Chancen und Risiken zutreffend erläutert wurde.

Köln, 21. Juni 2013

Ludwig Peter
Geschäftsführer

Klinikum Leverkusen

Konzernbilanz zum 31.12.2011

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

Konzernlagebericht

KONZERNBILANZ

AKTIVA	31.12.2011			31.12.2010	PASSIVA	31.12.2011		31.12.2010
	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	2.557.000,00		2.557.000,00
1. Entgeltlich erworbene Software	945.988,00			845.908,00	II. Kapitalrücklage	16.062.900,28		16.062.900,28
2. Geschäfts- und Firmenwert	512.701,67			731.525,00	III. Verlustvortrag	-7.719.382,76		-8.103.762,28
		1.458.689,67		1.577.433,00	IV. Konzerngewinn	296.787,43		384.379,52
II. Sachanlagen					V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	635.517,45	11.832.822,40	11.677.064,10
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	95.691.378,32			66.693.330,32	B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		31.147.419,00	30.446.858,71
2. Technische Anlagen	31.109.225,00			20.945.613,00				
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.095.503,00			10.587.023,00	C. Rückstellungen			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.229.848,83			23.376.106,52	1. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	7.364.000,00		7.226.300,00
		142.125.955,15		121.602.072,84	2. Steuerrückstellungen	701.630,00		441.613,14
III. Finanzanlagen					3. Sonstige Rückstellungen	10.172.645,00	18.238.275,00	8.207.956,83
Sonstige Finanzanlagen		30.000,00	143.614.644,82	30.000,00				15.875.869,97
				123.209.505,84	D. Verbindlichkeiten			
B. Umlaufvermögen					1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	89.947.574,70		82.409.043,31
I. Vorräte					2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.358.736,91		4.837.958,38
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.044.533,52			1.999.514,52	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	40.743,74		10.218,85
2. Unfertige Leistungen	1.590.526,37			1.412.512,89	4. Sonstige Verbindlichkeiten	15.548.299,38		14.194.416,69
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	694.924,50			659.994,38	- davon aus Steuern			
		4.329.984,39		4.072.021,79	EUR 1.406.586,80 (i.V. EUR 1.209.530,98) -			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.661.181,88			15.308.114,26	EUR 757,22 (i.V. EUR 0,00) -			
2. Forderungen an Gesellschafter	87.268,59			20.596,45				
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4.937.405,40			7.672.454,51				
Summe Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		19.685.855,87		23.001.165,22	E. Rechnungsabgrenzungsposten		46.110,35	67.651,57
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		5.581.213,79		9.253.184,34	F. Passive Latente Steuern		142.496,00	88.737,00
			29.597.054,05	36.326.371,35				
C. Rechnungsabgrenzungsposten			90.778,61	71.941,39				
			173.302.477,48	159.607.818,58			173.302.477,48	159.607.818,58

0,00 0,00

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2 0 1 1		2 0 1 0
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	119.626.262,84		115.923.039,10
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	178.013,48		-353.881,29
3. Sonstige betriebliche Erträge	15.369.935,15		16.775.213,15
		135.174.211,47	132.344.370,96
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25.548.699,89		25.941.398,93
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.547.286,35		12.260.722,03
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	62.484.796,12		59.605.336,65
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	15.392.918,09		14.571.892,62
- davon für Altersversorgung -	(4.860.512,57)		(4.585.755,17)
		110.973.700,45	112.379.350,23
<u>Zwischenergebnis</u>		24.200.511,02	19.965.020,73
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.559.172,30		7.549.135,60
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,00		679.305,08
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.454.275,69		7.599.791,75
		19.013.447,99	15.828.232,43
<u>Zwischenergebnis</u>		5.187.063,03	4.136.788,30
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	81.890,64		306.951,17
- davon Zinsanteil aus BilMoG-Umstellung -	(0,00)		(0,00)
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.076.580,36		3.439.552,50
- davon Zinsanteil aus BilMoG-Umstellung -	(531.865,57)		(0,00)
		-3.994.689,72	-3.132.601,33
10. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>		1.192.373,31	1.004.186,97
11. Außerordentliche Aufwendungen		81.191,00	147.451,14
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag		786.870,80	377.690,61
13. Sonstige Steuern		102.490,36	105.532,36
14. Konzern-Jahresüberschuss		221.821,15	373.512,86
15. Anteil anderer Gesellschafter am Konzernergebnis		-74.966,28	-10.866,66
16. Konzerngewinn		296.787,43	384.379,52

Konzernlagebericht

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

Klinikum Leverkusen gGmbH

Der Konzernkreis 2011 nach § 290 HGB umfasst die Unternehmen Klinikum Leverkusen gGmbH (Mutterunternehmen), Klinikum Leverkusen Service GmbH (Tochterunternehmen), MVZ Leverkusen gGmbH (Tochterunternehmen) und Physio-Centrum MEDILEV GmbH (Tochterunternehmen). Gegenüber dem Vorjahr ist keine Änderung des Konsolidierungskreises eingetreten.

1. Aufgaben, Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

1.1. Aufgaben des Konzerns der Klinikum Leverkusen gGmbH

Die **Klinikum Leverkusen gGmbH** verfolgt die Zielsetzung der Leverkusener Bevölkerung auf der Basis des geltenden Krankenhausplanes und der weiteren Ausschöpfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und neuen Versorgungsformen ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot anzubieten. Unsere Anstrengungen im Gesundheitspark zielen darauf hin, durch weitere Erschließung des Gesundheitsmarktes, unser Komplettangebot in Medizin und Therapie auf dem Klinikumgelände weiter zu verbessern.

Das Klinikum ist ein Krankenhaus der Maximalversorgung. Für die stationäre Versorgung sind im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen 747 Planbetten vorgesehen, die sich auf 12 hauptamtlich geleitete, medizinische Disziplinen verteilen. Hierdurch ist die öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung garantiert.

Als Akademisches Lehrkrankenhaus beteiligt sich das Klinikum an der theoretischen und praktischen Ausbildung von Studenten der Medizinischen Fakultät der Universität zu Köln. Für die Ausbildung im Schwerpunkt Krankenpflege stehen derzeit insgesamt 75 genehmigte Ausbildungsplätze gem. Krankenhausplan zur Verfügung. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Zur Erfüllung ihres Versorgungsauftrages und der Zielsetzung des Gesellschaftsvertrages hat die Klinikum Leverkusen gGmbH im Jahr 2003 die **Klinikum Leverkusen Service GmbH** gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen – mit Ausnahme des medizinischen und pflegerischen Bereichs – für die Klinikum Leverkusen gGmbH. Bei den zu erbringenden Dienstleistungen handelt es sich um Parkraumbewirtschaftung, Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Klinikum Leverkusen gGmbH und für Dritte, insbesondere zur Erweiterung des Angebots an medizinischen Leistungen und Hilfsangeboten. Die Bereitstellung von Räumlichkeiten an Dritte erfolgt im Rahmen

der nach dem SGB V zulässigen Zusammenarbeit von Leistungserbringern im Gesundheitswesen.

Seit dem 1.1.2010 gehören auch die Geschäftsbereiche Wirtschaftsbetriebe, Immobilien und Betriebstechnik, Informationstechnologie, Einkauf und Materialwirtschaft, Finanzen und Immobilienverwaltung und Personal und Administration zur KLS.

Ende 2005 wurde als Tochterunternehmen der Klinikum Leverkusen gGmbH die **MVZ Leverkusen gGmbH** gegründet. Gegenstand dieses Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums mit integrierter Versorgung im Sinne des Sozialgesetzbuches. Das Medizinische Versorgungszentrum im MediLEV ist integraler Bestandteil der strategischen Ausrichtung des Klinikums auf einen kooperativen Gesundheitspark Leverkusen. Der Gesundheitspark ist als offenes System konzipiert. Im kooperativen Netzwerk zum Klinikum Leverkusen und den weiteren Praxen im Ärztehaus MediLEV umfassen die medizinischen Leistungen des MVZ haus- und kinderärztliche wie auch fachärztlich anästhesiologische Leistungen.

Mitte 2009 wurde zudem als weiteres Tochterunternehmen der Klinikum Leverkusen gGmbH die **Physio-Centrum MEDILEV GmbH** gegründet. Die Aufgabe der Physio-Centrum MEDILEV GmbH ist die Erbringung von qualitativ hochwertigen physiotherapeutischen Leistungen durch qualifiziertes Personal und mit modernen Geräten. Es wird ein breites Leistungsspektrum von der Prävention, der Physiotherapie bis hin zum medizinischen Aufbautraining angeboten. Die Gesellschaft stellt die Versorgung der stationären Patienten des Klinikum Leverkusen mit hochwertigen physiotherapeutischen Leistungen sicher.

1.2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2011

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der deutschen Krankenhäuser haben sich im Jahr 2011 nicht verbessert. Wesentlich hierfür ist die geringe Preissteigerung für Krankenhausleistungen, die durch die sogenannte Veränderungsrate vorgegeben wird. Für 2011 wurde ein Steigerungswert von 1,15 Prozent festgelegt, der aber durch das GKV-Finanzierungsgesetz um 0,25 Prozentpunkte reduziert wurde. Für die Krankenhäuser in NRW hat sich in 2011 ein Basisfallwert von 2.913 Euro gegenüber 2.895 Euro für 2010 ergeben.

Im Verhältnis zur Kostenentwicklung ist die Veränderungsrate zu niedrig und führt zu einer Unterfinanzierung der stationären Gesundheitsversorgung.

Die 2012 vereinbarten Tarifsteigerungen (Ärztlicher Dienst – rd. 6 % für 2012, TVÖD-K rd. 3,5 % für 2012) führen zu einer deutlichen Steigerung der Personalkosten. Gleichzeitig ist die Veränderungsrate 2012 von 1,98 Prozent um 0,5 Prozentpunkte auf 1,48 % kraft Gesetzes wiederum abgesenkt worden. In Diskussion befinden sich nunmehr ein Tarifausgleich und zusätzliche Maßnahmen zur Mengengrenzung.

Weitere Veränderungen soll es in den nächsten Jahren geben. Der Mechanismus der Veränderungsrate soll durch einen Orientierungswert ersetzt werden, der die tatsächliche Kostenentwicklung im Krankenhaus widerspiegeln soll. Eine abschließende Festlegung soll jeweils durch die Bundesregierung erfolgen.

Hinzu kommt die auch in Nordrhein-Westfalen unzureichende Investitionsförderung. Nur ein Teil der notwendigen Baumaßnahmen lässt sich durch die Baupauschale finanzieren. Auch die Förderung für Investitionen in kurzfristige Anlagegüter, vor allem in Medizintechnik, ist viel zu gering.

Im Berichtsjahr wurde das Versorgungstrukturgesetz verabschiedet. Das Gesetz enthält für den Krankenhaussektor relevante Neuregelungen zu den Themen

Medizinische Versorgungszentren (u.a. zur medizinischen Leitung), ambulante spezialfachärztliche Versorgung (auch für die Niedergelassenen Zugang zum § 116 b SGB V) und zur Überleitung aus der stationären in die ambulante Versorgung.

1.2. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2011

Die Herausforderungen durch die veränderten Marktverhältnisse sowie die hieraus resultierenden Anforderungen an das Management erfordern eine Neuausrichtung der Unternehmenssteuerung und -führung, die die Unternehmensberatung Kienbaum für das Klinikum Leverkusen in 2011 untersucht hat. Die Ergebnisse der Studie bildeten dann die Basis für eine Neuorganisation der Pflege. So wurde unter der Moderation von Kienbaum gemeinsam mit dem Geschäftsführer, den Klinikdirektoren, Vertretern der Pflege, des Betriebsrates und der Personalabteilung, eine Neuausrichtung der Pflege entwickelt. Die neue Aufbauorganisation stellt den Pflegedienst unter die Leitung der Klinikdirektoren mit einem zentralen Stab Pflege, der direkt an den Geschäftsführer angebunden ist. Grundlegendes Ziel der neuen Aufbauorganisation ist es, das operative Geschäft neu auszurichten und die medizinischen Disziplinen auf eine künftige Profit-Center-Struktur vorzubereiten. Mit dem Neurozentrum wurde in 2011 ein Pilotprojekt gestartet, das alle neu entwickelten Komponenten vereint und in 2012 in den Echtbetrieb gehen soll. Die Neuausrichtung der übrigen Fachabteilungen wird dann sukzessive fortgeführt.

Nach der erfolgreichen Erstzertifizierung der Klinikum Leverkusen gGmbH und der Tochtergesellschaft Klinikum Leverkusen Service GmbH im Vorjahr, stand die Absicherung und Weiterentwicklung der QM-Prozesse auch im Jahr 2011 im Vordergrund der Aktivitäten. So wurden die vorhandenen QM-Instrumente, wie Auditberichte, Befragungsergebnisse, Beschwerden und Fehlermeldungen gezielt genutzt, Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten. Um allen Verantwortlichen die Umsetzung und Überwachung zu erleichtern wurde eine zentrale Maßnahmenübersicht geschaffen, die in monatlichen Berichten fortgeschrieben wird und Klinikdirektoren und Bereichsleitern jeweils den aktuellen Status der geplanten Maßnahmen aufzeigt. Ein wesentliches Element dieser Prozessweiterentwicklung war die erstmalig durchgeführte Ideenbörse. Insgesamt 84 Ideen und Vorschläge aus allen Abteilungen und Personalgruppen konnte das Qualitätsmanagement verzeichnen. Ein Teil der Vorschläge ließ sich unmittelbar umsetzen, wie etwa die Zusammenführung von Patientenmanagement und Bettenkoordination. Für 2012 ist vorgesehen, das Fehlermanagement weiter auszubauen und zu fördern.

Mit einem seit Jahresbeginn 2011 gültigen Kooperationsvertrag haben das Herz- und Diabeteszentrum NRW (HDZ NRW) in Bad Oeynhausen und das Klinikum Leverkusen eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Mit diesem Vertragswerk streben beide Verbundpartner eine Kooperation zum Nutzen ihrer fachlichen, technischen und apparativen Synergien an. Vordergründige Ziele sind hierbei die hochwertige Versorgung der Patienten im Sinne einer ganzheitlichen, medizinischen Behandlung. Beide Häuser fühlen sich hier dem Wirtschaftlichkeitsgebot verpflichtet und halten sich durch die Vereinbarung weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit im medizinisch-technischen Bereich und im Personalsektor offen. Mit der Vereinbarung möchten beide Kliniken unter Beweis stellen, dass man durchaus auch überregional effizient agieren und kurze Wege für die Patienten sicherstellen kann. Gleichzeitig ist es ebenso Zweck des Vertrages, im Sinne der Budgetsicherung, neue Wirtschaftlichkeitspotentiale zu eröffnen.

Mit der Inbetriebnahme der Kinderklinik zum Jahresende 2011 ist ein wesentlicher Schwerpunkt der 2009 gestarteten baulichen Großoffensive des Klinikums verwirklicht worden. Mit der Fertigstellung des Vorzeigeobjektes wurden die Strukturen für das Mutter-Kind-Zentrum geschaffen, die für eine optimale Versorgung von Hochrisikopatienten sowie Früh- und Neugeborenen erforderlich sind. Durch die direkte Anbindung der Kinderklinik an die Frauenklinik können nun die Ärzte- und Pflegeteams beider Kliniken Tür an Tür arbeiten, so dass weite Wege für die Mütter entfallen. In der Kinderklinik werden Patienten von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr behandelt. Analog der Neugestaltung der Kinderintensivstation und des Kreißsaals hat das Klinikum die Belange der Mütter und Familien in den Vordergrund der baulichen Aktivitäten gestellt. Medizinisches Know-how, Funktionalität und zeitgemäße räumliche Ausstattung lassen mit der Fertigstellung keine Wünsche mehr offen

Gesunden, Wohlfühlen und Genießen lautet das Leitmotiv, unter der das Klinikum die neuen Standards geprägt und die vier Komfortstationen im Juli 2011 in Betrieb genommen hat. Durch das Zusammenspiel von medizinischer Qualität, Komfort, Ambiente und Service wurde eine Atmosphäre auf den neuen Stationen geschaffen, die den Klinikaufenthalt unserer Patienten so angenehm wie möglich gestaltet. Mit der Inbetriebnahme stehen in der Erwachsenenmedizin seit Sommer 2011 - 124 neue Betten ausschließlich in Ein- und Zweibettzimmern zur Verfügung. Neben den stilvoll eingerichteten Zimmern mit Sitzecke, geräumigen Duschbad und Infotainment-System, trägt der individuelle Service durch die Serviceassistentinnen zur neu geschaffenen Wohlfühlatmosphäre bei. Die abgeschlossene Komfort-Offensive im Klinikum trägt dazu bei, dass grundsätzlich allen Patienten im Klinikum ein Zwei-Bett-Zimmer bzw. Drei-Bett-Zimmer gewährleistet werden kann, so dass das Zeitalter der Vier-Bett-Zimmer endgültig der Vergangenheit angehört.

Mit der Inbetriebnahme der Palliativstation wird eine langjährige Versorgungslücke in der Region geschlossen. Seit der Grundsteinlegung im Oktober 2010 hat das Klinikum gemeinsam mit dem Förderverein „Palliativmedizin“ den Bau der Palliativstation vorangetrieben, um den Patienten in Leverkusen eine ganzheitliche Behandlung und Betreuung zu gewährleisten.

Aber gerade das Klinikum ist hier ein Garant für eine enge Zusammenarbeit zwischen Patienten und Angehörigen, zumal die Medizinische Klinik 3 (Hämatologie/Onkologie/Palliativmedizin/Spezielle Schmerztherapie) unter der Leitung von Prof. Dr. Niederle, schon seit Jahren alle fachlichen, personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine umfassende Versorgung bietet. Nicht zuletzt war dies der Grund, die bestehende, langjährige Versorgungslücke in der Region Leverkusen auf dem Klinikumgelände zu schließen. Für die Betreuung schwerstkranker Menschen stehen mit Inbetriebnahme der Station im Januar 2012 - 10 Patientenzimmer mit jeweils 25 Quadratmetern in direkter Anbindung an die onkologische Fachabteilung - zur Verfügung. Ein Zimmer hiervon ist grundsätzlich für krebskranke Kinder reserviert und so großzügig ausgestattet, damit auch die Eltern im Zimmer übernachten können. Mit der Eröffnung der Palliativstation erfährt der Umgang mit Leben, Sterben und Tod in Leverkusen und den angrenzenden Regionen eine neue Dimension und Qualität.

Einsatz von Spitzentechnologie bei der Beatmung von Kindern mit Tumorerkrankungen. Die Therapie von Tumorerkrankungen im Kindesalter wird heute in wenigen spezialisierten Zentren durchgeführt. Die Erstdiagnose und unmittelbare Therapie erfolgt in den meisten Fällen in Kinderkliniken ohne ein

entsprechendes Kinderkrebszentrum. So muss auch die Klinik für Kinder und Jugendliche am Klinikum, die über keine kideronkologische Abteilung verfügt, in der Lage sein, solche Tumorerkrankungen früh zu diagnostizieren und notfallmäßig zu behandeln. Mit Hilfe von Spenden hat das Klinikum im Frühjahr 2011 das medizinische Know-how an die aktuelle Notfallversorgung angepasst und ein Hochfrequenz-Beatmungsgerät für die Kinderklinik beschafft. Mit dem neuen Gerät können die Ärzte lungenschonend eine Beatmung bei krebserkrankten Kindern durchführen. Nach Stabilisierung im Rahmen der Ersttherapie, kann dann der kleine Patient gut vorbereitet in ein spezialisiertes Zentrum transportiert werden, das dann die Weiterbehandlung übernimmt. Das neue innovative Beatmungssystem und deren breites Einsatzspektrum in der Kinderklinik bedeutet eine enorme Verbesserung der krebserkrankten Kinder in der Region Leverkusen.

Die Umsatzentwicklung kann trotz der widrigen Umstände in allen Konzernbereichen als positiv bezeichnet werden.

2. Finanzielle- und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.1. Finanzielle Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2011

Die wesentlichen Umsätze des Konzerns Klinikum Leverkusen sind Krankenhausumsätze.

Die Leistungsentwicklung für das **Krankenhaus** ist 2011 positiv verlaufen. Die Anzahl der stationär behandelten Patienten (DRG-Fallzahl ohne Überlieger) hat sich von 30.049 (2010) um 1.241 Fälle (4,2 %) auf 31.290 (2011) gesteigert.

Die Umsatzerlöse aus Krankenhausleistungen sind um 2,6 Mio. € (2,4 %) gestiegen. Die durchschnittliche Verweildauer ist von 7,0 Tagen (2010) auf 6,8 Tage 2011 gesunken. Die Summe der vollstationären DRG-Behandlungstage wurde von 201.157 (2010) auf 212.381 (2011) gesteigert.

Das Erlösbudget (Summe der vereinbarten DRG-Leistungen bewertet zum LBFW) wurde mit den Krankenkassen für das Jahr 2012 im Dezember 2011 ausgehandelt. Das Budget wurde von 98,7 Mio. € (2010) um rund 4,1 Mio. € (ca. 4,1 %) auf 102,8 Mio. € (2011) weiter entwickelt. Hierfür waren insbesondere die geplanten Mehrleistungen maßgeblich. Entsprechend dem GKV-Finanzierungsgesetz wurde für die mit den Krankenkassen vereinbarten Mehrerlöse (im Vergleich zur Vereinbarung des Vorjahrs) ein Abschlag von 30% vereinbart. Dieser „Mehrleistungsabschlag“ besteht ein Jahr und beträgt EUR 873.795. Für 2011 bereits vereinbarte Mehrleistungen tragen zur Ertragsteigerung bei, da sie im Jahr 2012 zu 100% vergütet werden.

Es besteht nach wie vor Potenzial zum Ausbau des Marktanteils, weitere Fallzahlsteigerungen sind möglich und für 2012 konkret geplant. Eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft begleitet nach wie vor in dreimonatigen Abständen das Berichtswesen für den Aufsichtsrat und die Kreditinstitute.

Der Personalaufwand für den Konzern in Höhe von 77,9 Mio. € ist um 3,7 Mio. € höher als im Vorjahr. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der sukzessiven Inbetriebnahme der Komfortstationen und der neuen Kinderklinik. Die Versorgung der Patienten erfordert eine Aufstockung des Personals in den Bereichen Medizin

und Pflege. Im Konzern Klinikum Leverkusen waren im Durchschnitt 1.956 Mitarbeiter beschäftigt.

Der Materialaufwand für den Konzern sank um 5,1 Mio. € auf 33,1 Mio. € (2011). Auf Grund der neuen Konzernstruktur liegt eine Verschiebung zwischen den GuV-Positionen sonstiger betrieblicher Aufwand und Materialaufwand vor.

Die Umsatzerlöse der KLS in der Konzernrechnungslegung bestehen im Wesentlichen aus der Immobilienverwaltung und der Parkraumbewirtschaftung. Das Gebäude MediLEV ist im Jahr 2011 voll vermietet. Die Umsätze der Parkhäuser steigen auf Grund von Erweiterung der Parkplatzkapazitäten. Der Abschluss der Bauprojekte führt zu steigenden externen Vermietungsumsätzen.

Die Leistungsentwicklung vom Klinikum wird durch das **MVZ** positiv beeinflusst.

Die **Physio-Centrum MEDILEV GmbH** hat im Geschäftsjahr Physiotherapeutische Leistungen erbracht. Einen wesentlichen Umsatzanteil (rd. 60 %) macht die Versorgung der stationären Patienten im Klinikum Leverkusen aus

Das Konzernergebnis weist einen Jahresüberschuss von 296.787,43 € aus (im Vorjahr 384.379,52 €). Die Konzernbilanzsumme zum 31.12.2011 beträgt 173.302.477,48 €. Das bilanzielle Konzerneigenkapital beläuft sich auf 11.832.822,40 €.

Kennzahlen zur Konzernertragslage

		<u>2 0 1 1</u>	<u>2 0 1 0</u>	<u>2 0 0 9</u>
Konzernjahresergebnis	T€	221,8	373,5	620,2
Konzernumsatzerlöse	T€	119.626,3	115.923,0	111.000,4
Umsatzentwicklung	%	3,2	4,4	7,0
Umsatzrentabilität	%	0,2	0,3	0,6

2.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2011

Nach der erfolgreichen Erstzertifizierung der Klinikum Leverkusen gGmbH und der Tochtergesellschaft Klinikum Leverkusen Service GmbH im Vorjahr stand die Konsolidierung des QM-Prozesses im Vordergrund. Für 2012 ist vorgesehen, das Fehlermanagement weiter zu fördern und eine weitere Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Aus vielen QM-Instrumenten wie z. B. den Auditberichten, Befragungsergebnissen, Beschwerden und Fehlermeldungen werden zentral und dezentral Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet. Um allen Verantwortlichen die Überwachung der Umsetzung zu erleichtern wurde eine zentrale Maßnahmenübersicht erstellt, die in monatlichen Berichten den Bereichsleitern und Klinikdirektoren den Status der geplanten Maßnahmen widerspiegelt.

Ein Element der Konsolidierung war die erstmalig durchgeführte Ideenbörse. Mit ihr wurde die Kreativität der gesamten Belegschaft einbezogen. 84 Ideen waren schließlich eingegangen. Ein Teil davon wurde noch im selben Jahr umgesetzt, wie

die Zusammenführung von Patientenmanagement und Bettenkoordination. Andere Vorschläge werden bei künftigen Projekten wie der KIS-Einführung berücksichtigt.

Die Aufkündigung des bestehenden Krankenhaus-Informationen-Systems (KIS) der Firma Siemens Healthcare war Anlass, im Berichtsjahr ein Nachfolgesystem auszuschreiben. Dabei strebt das Klinikum Leverkusen mit der Migration auf ein neues System an, innovative Funktionen wie eine verknüpfte Termin- und Ressourcenplanung als auch Patientenpfade mit dem so genannten „Workflow-Management“ elektronisch zu unterstützen. Mittelfristig will sich das Klinikum mit dem neuen KIS auch von der papiernen „Fieberkurve“ verabschieden.

Mit der Freigabe der interdisziplinären und mit Unterstützung der Polizeidirektion Köln sowie der Stadt Leverkusen erstellten Hausordnung wurde ein neues Konzept zur Verbesserung von Sicherheit und Ordnung im Klinikum verabschiedet. Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen wurden im Umgang mit Konflikten geschult und bekommen mehr Rechte bei Störungen.

Nach seiner Einführung im Jahr 2006 wurde das finanzielle Risikomanagement grundlegend überarbeitet. Neben der konkreteren Definition von Risiken ist vor allem die Basis der Meldenden deutlich verbreitert worden. Jeder Mitarbeiter soll nun beobachtete Risiken umgehend melden. Maßnahmen werden zum Zeitpunkt der Meldung eingeleitet. Die Risikobewertung wird vereinheitlicht. Dadurch wird eine Konzentration auf die Bearbeitung wirtschaftlich relevanter Risiken erreicht und die Risikobegrenzung beschleunigt.

3. Finanzlage

Kennzahlen zur Finanzlage (Liquidität)

Der Finanzmittelbestand liegt mit T€ 1.971 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Nach BilMog ist die Sicherung der Altersteilzeit durch DEKA-Fonds bei der Rückstellung für Altersteilzeit ab 2010 abzusetzen. Der Finanzmittelfond verringert sich ab 2010 entsprechend.

Trotz großen Bauaktivitäten ist die Liquidität noch ausreichend. Die Investitionen werden durch Darlehen finanziert, die durch zukünftige Erträge aus Zimmerzuschlägen und Mietverträgen finanziert werden. Auch das Zahlungsverhalten der Kostenträger wirkt sich auf die Liquidität aus.

		<u>2 0 1 1</u>	<u>2 0 1 0</u>	<u>2 0 0 9</u>
Finanzmittelbestand	T€	1.971,8	4.725,4	7.543,7
durchschnittlicher Finanzbedarf je Monat	T€	10.017,0	9.857,4	9.430,1
Cashflow (Betriebsmittelbereich)				
aus laufender Geschäftstätigkeit	T€	14.838,0	6.837,0	9.695,0
aus Investitionstätigkeit	T€	-28.970,0	-25.523,0	-10.239,0
aus Finanzierungstätigkeit	T€	11.378	16.945,0	5.836,0
Verschuldungsgrad (Vermögenslage)	%	91,5	90,6	89,7

4. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögenslage

Der Konzern Klinikum Leverkusen konnte durch das knapp positive Jahresergebnisses 2011 die Konzerneigenkapitalquote nicht stärken, da die Konzernbilanzsumme gestiegen ist. Der Anstieg der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen den Zugängen im Anlagevermögen und der Zunahme der langfristigen Verbindlichkeiten.

		<u>2 0 1 1</u>	<u>2 0 1 0</u>	<u>2 0 0 9</u>
Konzernanlagevermögen der Vermögenslage	T€	112.466,9	92.762,7	76.100,4
Konzern-Vermögenslage	T€	138.545,6	124.633,0	106,909,6
Konzerneigenkapital	T€	11.832,8	11.677,0	10.975,7
Rückstellungen	T€	18.238,3	15.875,8	16.043,5
davon Wahrrückstellungen	T€	0,0	0,0	570,0
langfristige Darlehensverbindlichkeiten	T€	96.033,8	84.588,9	67.461,3
Deckungsgrad des Anlagevermögens zweiten Grades	%	10,5	12,0	14,5
dritten Grades	%	95,9	105,2	103,1
Eigenkapitalquote	%	8,7	9,3	10,3
Eigenkapitalrentabilität (in %)	%	1,9	3,4	6,7

Unter Berücksichtigung der eliminierten stillen Reserven von T€ 6.586 durch den Übertrag von Wirtschaftsgütern auf die Klinikum Leverkusen Service GmbH würde die Eigenkapitalquote 13,3 % (im Vorjahr 13,9 %) betragen.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag sind nicht eingetreten.

6. Risikobericht und Chancen

Die Geschäftsführung hat bei der Aufstellung des vorliegenden Jahresabschlusses sämtliche erkennbaren Risiken berücksichtigt und in den Jahresabschluss einfließen lassen. Darüber hinaus sind folgende wesentlichen Risiken von Bedeutung:

Eine besondere Herausforderung stellt der Fachkräftemangel insbesondere auch im Bereich der Pflege dar. Offene Stellen können häufig nur mit großem Aufwand und zeitverzögert neu besetzt werden. Als Zwischenlösung muss oftmals auf teure Leiharbeiter zurückgegriffen werden.

Ein Risiko für den Konzern besteht in langfristig steigenden Zinsen. Die Darlehen haben zwar eine Zinsbindung von mindestens zehn Jahren, ab dem Jahr 2013 laufen aber die ersten Zinsbindungen aus.

Um das für 2012 prognostizierte Jahresergebnis erzielen zu können, muss die Dynamik zur Umsatzsteigerung der Vorjahre bei einer moderaten Kostenstruktur unbedingt erhalten bleiben.

Die Bauprojekte im Konzern Klinikum Leverkusen stärken die Ausrichtung auf einen Kooperativen Gesundheitspark und bringen dem Klinikum zusätzliche Patienten und somit auch Erträge. Insbesondere durch den Bau von Komfortzimmern wird ein wichtiger Wettbewerbsfaktor gestärkt.

Die Zertifizierung des Klinikums Leverkusen verbessert das positive Image in der Bevölkerung. Die Verbesserung der Qualität der erbrachten Leistungen trägt so zu einer Umsatzsteigerung bei.

7. Prognosebericht

Trotz des dargestellten wirtschaftlichen Drucks resultierend aus den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat der Konzern der Klinikum Leverkusen gGmbH ausreichend Substanz, um sich bei konsequenter Ausschöpfung von Rationalisierungsprozessen zu konsolidieren und damit zukunftsfähig auszurichten. Der Konsolidierungsweg ist alternativlos und betrifft alle Mitarbeiterebenen und alle Gesellschaften im Konzern. Als wichtigstes Unterstützungsprojekt ist ein Projekt mit einer Laufzeit von über einem Jahr hervorzuheben. Gemeinsam mit einer Unternehmensberatung erarbeitet jede einzelne Klinik eine medizinische Zielplanung, insbesondere auch unter den Gesichtspunkten Wirtschaftlichkeit und Marktpotentiale. Dem Aufsichtsrat wird hierüber kontinuierlich berichtet; so wird Mitte 2012 eine ganztägige Sondersitzung zu diesem Thema stattfinden.

Die Aufgabenverteilungen im Konzern ermöglichen einen jeweils optimistischen Ausblick der einzelnen Gesellschaften. Dies betrifft zum einen die jeweilige Kostenseite, aber auch zum anderen das Potential zur Erlössteigerung aufgrund der vorhandenen Qualitäten und Nachfrage.

Die Zukunftsfähigkeit des Gesamtkonzerns hängt entscheidend davon ab, wie sich das Klinikum Leverkusen zukünftig mit den anderen Leistungserbringern - ambulant bis rehabilitativ- verzahnen wird. Darüber hinaus muss es gelingen die noch bestehende alte Bettenstruktur im Gebäude 2 und im B-Teil des Hauptgebäudes zeitgemäß zu sanieren. Zur Verzahnung mit anderen Leistungserbringern strebt das Klinikum u.a. eine Beteiligung an der RNR Fachärztezentrum MVZ an. Darüber hinaus ist das ambulante Operationszentrum auszubauen und Verbundlösungen mit anderen Krankenhäusern werden zu diskutieren sein.

Zu den noch notwendigen Baumaßnahmen ist zu berücksichtigen, dass die selbstgesteckte Obergrenze von 100 Mio. € für die langfristige Kreditaufnahme nicht überschritten wird.

Mit dem Stand der langfristigen Verbindlichkeiten zum 31.12.2011 von 96,0 Mio. und dem Darlehensaufnahmeverzicht 2012 haben wir uns Möglichkeiten erarbeitet, auf dem zur Zeit historisch niedrigen Kreditmarkt erneut langfristige Darlehen zu sichern, um den letzten baulichen Notwendigkeiten auf dem Campus zu begegnen. Voraussetzung für Bauaktivitäten im Gesundheitspark ist allerdings die zügige Fertigstellung eines Bebauungsplanes durch die Stadt Leverkusen.

Die Liquiditätsentwicklung und -planung ist Bestandteil der monatlichen Berichterstattung im Konzern und ist von wesentlicher Bedeutung. Das EBITDA, als Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung ist ein wesentlicher Indikator für die Nachhaltigkeit, den Verpflichtungen gegenüber den Banken nach zu kommen.

Auf Grund der aktuellen Entwicklung in der Muttergesellschaft, wird in Folge der Gesetzeslage für das Jahr 2012 mit einem ausgeglichenen Ergebnis im Konzern gerechnet.

Leverkusen, den 31. Mai 2012

gez. Hans-Peter Zimmermann
Geschäftsführer

Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG

Bilanz zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

Lagebericht

Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL), Leverkusen
Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVSEITE

	31.12.2012		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte		828.098,46	1.062.747,46
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.701.402,65		15.635.254,24
2. technische Anlagen und Maschinen	68.422.601,90		66.675.040,90
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.406.259,00		3.655.997,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.018.069,04		2.102.867,64
		90.548.332,59	88.069.159,78
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	7.699.344,14		7.699.344,14
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	26.302.657,13		21.887.087,70
3. sonstige Ausleihungen	1.032.145,68		1.076.892,24
		35.034.146,95	30.663.324,08
		126.410.578,00	119.795.231,32
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	973.300,49		1.305.747,10
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	477.088,32		337.190,74
3. Emissionsberechtigung	94.436,86		93.543,30
		1.544.825,67	1.736.481,14
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	28.106.134,75		29.539.588,73
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	239.288,74		800.011,54
3. Forderungen gegen Gesellschafter	6.548.447,79		6.210.341,04
4. sonstige Vermögensgegenstände	17.633.683,79		15.829.780,66
		52.527.555,07	52.379.721,97
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.662.155,52	762.002,92
		55.734.536,26	54.878.206,03
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		227.992,99	144.790,13
		182.373.107,25	174.818.227,48

PASSIVSEITE

	31.12.2012		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. KAPITALANTEILE			
I. Kapitalanteile Kommanditisten		22.000.000,00	22.000.000,00
II. Rücklage		34.969.347,92	31.403.884,43
III. Jahresüberschuss		<u>9.499.014,41</u>	<u>13.565.463,49</u>
		<u>66.468.362,33</u>	<u>66.969.347,92</u>
B. SONDERPOSTEN		94.436,86	93.543,30
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.298.090,00		6.111.648,00
2. Steuerrückstellungen	519.516,00		0,00
3. sonstige Rückstellungen	<u>39.328.927,68</u>		<u>38.067.351,95</u>
		<u>46.146.533,68</u>	<u>44.178.999,95</u>
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42.376.217,39		34.168.320,38
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	236.347,60		210.316,90
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.082.730,66		9.693.932,40
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.133,46		269,02
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.118.999,57		3.132.347,16
6. sonstige Verbindlichkeiten	<u>4.633.584,57</u>		<u>5.623.251,10</u>
		<u>59.449.013,25</u>	<u>52.828.436,96</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
1. empfangene Ertragszuschüsse	5.301.474,00		6.197.949,00
2. erhaltene Pachtvorauszahlungen	4.882.140,00		4.549.912,00
3. sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	31.147,13		38,35
		<u>10.214.761,13</u>	<u>10.747.899,35</u>
		<u>182.373.107,25</u>	<u>174.818.227,48</u>

Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL), Leverkusen
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	EUR	2012 EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse				
a) Umsatzerlöse		220.494.276,35		216.374.602,23
b) Strom- und Energiesteuer		<u>(17.089.073,95)</u>		<u>(15.958.661,91)</u>
		203.405.202,40		200.415.940,32
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		139.897,58		(235.017,43)
3. andere aktivierte Eigenleistungen		2.522.720,86		2.768.996,92
4. sonstige betriebliche Erträge		<u>18.208.388,37</u>		<u>15.990.720,03</u>
			224.276.209,21	218.940.639,84
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	(143.622.502,12)			(141.223.987,99)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>(7.080.030,99)</u>			<u>(6.943.754,29)</u>
		(150.702.533,11)		(148.167.742,28)
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	(20.865.016,50)			(20.576.337,87)
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>(5.981.726,38)</u>			<u>(5.879.562,88)</u>
		(26.846.742,88)		(26.455.900,75)
7. Abschreibungen				
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		(8.038.094,00)		(6.800.935,91)
8. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Konzessionsabgaben		(9.800.931,46)		(10.076.072,79)
b) übrige betriebliche Aufwendungen		<u>(15.701.635,06)</u>		<u>(11.500.024,49)</u>
		<u>(25.502.566,52)</u>		<u>(21.576.097,28)</u>
			(211.089.936,51)	(203.000.676,22)
9. Erträge aus Beteiligungen		1.081.334,54	13.186.272,70	1.114.417,89
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.457.349,91		1.206.035,60
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		416.174,77		60.313,32
12. Aufwendungen aus Verlustübernahme		(1.465.905,56)		(854.050,15)
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>(2.722.645,58)</u>		<u>(1.711.580,75)</u>
			(1.233.691,92)	(184.864,09)
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			11.952.580,78	15.755.099,53
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		(2.322.021,40)		(2.059.439,60)
16. sonstige Steuern		<u>(131.544,97)</u>		<u>(130.196,44)</u>
			<u>(2.453.566,37)</u>	<u>(2.189.636,04)</u>
17. Jahresüberschuss			<u>9.499.014,41</u>	<u>13.565.463,49</u>

Lagebericht 2012

Die Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Berichtsjahr 2012 trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds weiter gewachsen. Mit einem Plus von 0,7 % stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nochmals an. Nach einem konjunkturellen Aufholprozess in den beiden vorangegangenen Jahren mit hohen Zuwächsen von 4,2 % und 3,0 % erwies sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2012 als widerstandsfähig. Besondere Stütze der ökonomischen Entwicklung war der Export von Waren und Dienstleistungen. Die Binnennachfrage entwickelte sich unterschiedlich: Während die Konsumausgaben um ca. 1 % stiegen, sanken die Investitionen erstmals seit der Wirtschaftskrise im Jahre 2009. Getragen von einem positiven Arbeitsmarkt waren im Jahr 2012 laut Statistischem Bundesamt 41,6 Mio. Menschen in Deutschland erwerbstätig. Erstmals seit dem Jahr 2007 erzielte der Staat mit einer Überschussquote von 0,1 % für das Jahr 2012 einen ausgeglichenen Haushalt.

Energietrends 2012

In Deutschland wurde im Jahr 2012 etwas mehr Energie benötigt als im Vorjahr. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen stieg der Verbrauch auf 461,1 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) und damit um 1,0 %. Wesentlicher Grund des Zuwachses war die relativ kalte Witterung in den ersten Monaten des Berichtsjahres. Verbrauchsmindernd wirkte sich hingegen die Zunahme der Energieeffizienz aus. Die Preise an den Brennstoffmärkten entwickelten sich unterschiedlich. Im Berichtsjahr lagen die Rohölpreise, bedingt durch politische Faktoren wie der Konflikt um das Atomprogramm im Iran oder die Syrienkrise, wieder über dem Niveau des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt 2012 kostete Rohöl beispielsweise 112 US-Dollar pro Barrel und war damit um 1 US-Dollar teurer als im Durchschnitt des Jahres 2011. Die massive Gewinnung von Schiefergas (Fracking) in den USA setzte den Steinkohlepreis unter Druck. Auf Euro-Basis war die Steinkohle 18 % billiger als im Jahr 2011. Der Strombezugspreis an den Großhandelsmärkten in Deutschland verbilligte sich durch die fallenden Preise der Steinkohle und der Emissionszertifikate sowie durch die zunehmende Einspeisung von Erneuerbaren Energien (Windkraft und Solaranlagen). Er lag damit ca. 8 €/MWh unter dem Vorjahrespreis. Die Stromverkaufspreise für Privatkunden entwickelten sich aber durch steigende staatliche Belastungen wie die EEG-Umlage nach oben und stiegen um durchschnittlich 3,7 %, die Preise für Industrieunternehmen lagen dagegen um 1,4 % unter dem Wert des Jahres 2011.

Die Entwicklung der Energieträger gegenüber dem Vorjahr war ebenfalls unterschiedlich: Mineralöl verlor 0,5 %, Kernenergie 8,3 % und sonstige Energieträger gingen um 20,0 % zurück. Gas stieg um 1,0 %, Steinkohle um 3,1 %, Braunkohle um 5,1 % und Erneuerbare Energien um 7,8 %. Besonders stark stieg erneut der Beitrag der Photovoltaik (50 %), wohingegen der Beitrag der Windkraft ein Minus von 8 % verzeichnen musste. Die Bruttostromerzeugung in Deutschland stieg um 1,4 % auf 617,6 Mrd. kWh. Zur Stromerzeugung wurden vor allem Braunkohle (25,7 %), Steinkohle (19,1 %), Kernenergie (16,1 %), Gas (11,3 %) und Erneuerbare Energien (22,1 %) eingesetzt. Übrige Energieträger (inkl. Mineralöl) trugen zur Bruttostromerzeugung mit 5,7 % bei.

Das politische Umfeld

Auch im Berichtsjahr 2012 hat die Politik verstärkt in die Energiewirtschaft eingegriffen. Besonders im Strombereich führten die Erhöhungen und die Neueinführung von staatlichen Umlagen zu hohen Belastungen für den privaten Stromkunden. So sind sowohl der EEG- als auch der KWK-Zuschlag wiederum erhöht worden. Zum 1. Januar 2012 neu hinzugekommen ist die §19 Umlage der Stromnetzentgeltverordnung zur Befreiung stromintensiver Unternehmen von den Netzentgelten. Zu Beginn des Jahres 2013 kam die Offshore-Umlage hinzu, die die Haftung bei verzögerter Netzanbindung von Offshore-Windparks regelt.

Nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima im März 2011 hält die Bundesregierung weiterhin an der heimischen Energiepolitik fest, die den Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2022 und den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorsieht. Außerdem sollen die deutschen Stromnetze flächendeckend auf den Transport der Erneuerbaren Energien ausgelegt werden und moderne Energiespeicher entwickelt werden. Weitere Ziele sind die Senkung des Primärenergieverbrauchs bis zum Jahr 2050 um 50 % sowie die Förderung von Elektroautos. Bis zum Jahr 2020 sollen mindestens eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland fahren, bis zum Jahr 2030 sechs Millionen.

Neue Konzessionsverträge für die EVL

Am 15. März 2012 wurden die Konzessionsverträge Strom, Gas sowie Trinkwasser mit der Stadt Leverkusen neu abgeschlossen. Die Verträge beginnen mit dem 1. Januar 2012 und enden mit dem 31. Dezember 2031. Damit konnte das im Jahr 2011 durchgeführte Angebotsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Netzregulierung

Die Rheinische NETZGesellschaft mbH nimmt die Netzbetreiberfunktion der Sparten Strom und Gas für die EVL wahr. Die EVL ist als Verpächter der Versorgungsnetze und als technischer Dienstleister (Netzservice) für die Rheinische NETZGesellschaft mbH nach wie vor unmittelbar von der Anreizregulierung, einem behördlichen Instrument zur Netzregulierung, betroffen.

Auf Basis der im Jahr 2011 erfolgten Kostenprüfung Gas wurden im Geschäftsjahr 2012 die Preise für die zweite Periode der Anreizregulierung ab dem Geschäftsjahr 2013 durch die Rheinische NETZGesellschaft mbH berechnet. Erstmals sind dabei einheitliche Netznutzungsentgelte für das gesamte Netzgebiet der Rheinische NETZGesellschaft mbH anzusetzen. Die im Bereich Technischer Netzservice nachgewiesenen Kosten wurden im Zuge des Kostenprüfungsverfahrens für das Netzgebiet Leverkusen vollständig anerkannt. Durch Kürzungen der kalkulatorischen Kostenelemente hingegen sind die Pachtzahlungen in der zweiten Regulierungsperiode rückläufig. Zudem wirken sich die regulatorischen Effizienz- und Produktivitätsfortschrittsvorgaben zunehmend negativ auf die Erlöse im Netzgeschäft aus.

Im Jahr 2012 erfolgte die Kostenprüfung Strom im Hinblick auf die zweite Periode der Anreizregulierung ab dem Geschäftsjahr 2014. Es ist damit zu rechnen, dass die Bundesnetzagentur auch hier die Erlösobergrenze reduziert und damit die Netzentgelte sinken werden.

Die Rheinische NETZGesellschaft mbH erarbeitet eine umfassende Asset-Strategie, die den Bau und Betrieb der Versorgungsnetze optimiert und noch effizienter gestaltet, um auch mit sinkenden Erlösen aus dem Netzbetrieb die Versorgungsqualität weiterhin auf hohem Niveau zu halten.

Vorschriften für Verteilernetzbetreiber und Transportnetzbetreiber (Rechnungslegung und Buchführung)

Gemäß § 6b Abs. 3 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) haben Unternehmen, die i.S.v. § 3 Nr. 38 EnWG zu einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, mit der Erstellung des Jahresabschlusses für jeden der in § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1-6 EnWG genannten Tätigkeitsbereiche jeweils eine den für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entsprechende Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen.

Bei der Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG sind folgende Tätigkeitsbereiche im Sinne von § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1-6 EnWG zu unterscheiden:

1. Elektrizitätsverteilung

Unter der Elektrizitätsverteilung werden im Geschäftsjahr 2012 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die Rheinische NETZGesellschaft mbH zum 1. Januar 2006 die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Elektrizitätsversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

2. Gasverteilung

Unter der Gasverteilung werden im Geschäftsjahr 2012 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die Rheinische NETZGesellschaft mbH zum 1. Januar 2006 die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Gasversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

Im Geschäftsjahr 2012 waren sowohl im Bereich der Elektrizitätsverteilung als auch im Bereich der Gasverteilung keine besonderen Investitionsvorgänge zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit der Kostenprüfung Strom wurden basierend auf den Buchungsdaten des Geschäftsjahres 2011 die seitens der Regulierungsbehörden vorgegebenen Erhebungsbögen nebst ergänzender Dokumentation erstellt und dem Netzbetreiber Rheinische NETZGesellschaft mbH zur Verfügung gestellt. Im Kostenprüfungsverfahren Gas wurden die Prüfungsfeststellungen der Bundesnetzagentur im Zuge eines Anhörungsverfahrens abschließend bearbeitet. Entsprechend der gegenwärtigen Regulierungspraxis wurden im Bereich der kalkulatorischen Kostenelemente zum Teil deutliche Kürzungen vorgenommen, die sich zukünftig in verminderten Pachtzahlungen niederschlagen.

Geschäftsverlauf

Absatz und Verkauf von Energie und Trinkwasser verliefen im Berichtsjahr insgesamt zufriedenstellend. Die Witterung im Jahr 2012 entsprach der eines Normaljahres, das sich auf dem Durchschnittsniveau der vorangegangenen 10 Jahren bewegte. Die sogenannte Heizgradzahl als Indikator für die Temperaturentwicklung eines Jahres lag jedoch höher als im Vorjahr. Die kühlere Witterung bewirkte dementsprechend Absatzsteigerungen bei der Gas- und Fernwärmeversorgung. Der Absatz von Trinkwasser erreichte bedingt durch die hinzugewonnene Belieferung des Verbandswasserwerks Langanfeld-Monheim ein Niveau knapp über dem Vorjahr.

Strom

Der Gesamt-Stromabsatz der EVL fiel um 113,4 Mio. kWh auf 589,6 Mio. kWh. Das entspricht einem Minus von 16 %. Der Absatz an Privat- und Gewerbekunden ging insgesamt um 1,2 Mio. kWh (-0,4 %) zurück. Der Absatz an Großkunden in Leverkusen inklusive Straßenbeleuchtung sank um 6,4 Mio. kWh oder 4,5 % auf 134,4 Mio. kWh. Die Innenlieferungen stiegen um 1,1 Mio. kWh (18,4 %) auf 7,2 Mio. kWh.

Außerhalb Leverkusens musste die EVL im Großkundenbereich insbesondere durch auslaufende Verträge zur Lieferung von Netzverlustmengen an verschiedene Netzbetreiber Absatzverluste von 106,9 Mio. kWh auf 149,1 Mio. kWh hinnehmen. Im Tarifkundenbereich konnte die EVL geringe Absatzmengen (+1,0 Mio. kWh) dazugewinnen. Insgesamt sank die Stromabsatzmenge im Netzgebiet Dritter um 105,9 Mio. kWh auf 154,7 Mio. kWh.

Bezugskosten- und Netzentgelterhöhungen führten zum 1. Januar 2012 zu einer Steigerung der Verkaufspreise. Der Brutto-Arbeitspreis für Haushalt und Gewerbe im EVL-*comfort*PRIVAT/BUSINESS erhöhte sich dadurch um 1,79 Cent je Kilowattstunde (Ct/kWh) auf 23,29 Ct/kWh, die Grundpreise blieben unverändert. Der Durchschnittspreis stieg bei einem Verbrauch von 3 500 Kilowattstunden pro Jahr (kWh/a) im *comfort*PRIVAT auf brutto 25,61 Ct/kWh.

Die EVL beschafft ihre Strommengen über die RheinEnergie Trading GmbH. Dabei wird durch die Verfolgung unterschiedlicher Beschaffungsstrategien den Erfordernissen der verschiedenen Kundengruppen entsprochen. Der weiterhin massive Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, sorgte für eine weitere Annäherung zwischen Base- und Peak-Preisen im Geschäftsjahr 2012. Zudem führt die Energiewende zu einem Preisverfall auf dem Spotmarkt. Das Benchmarkprodukt des langfristigen Terminmarktes, die Grundlastlieferung 2013, variierte zwischen 45,07 € je Megawattstunde (MWh) und 58,42 €/MWh. Die Peak-Produktpreise lagen zwischen 56,78 €/MWh und 71,40 €/MWh.

Gas

Der Gasabsatz stieg im Berichtsjahr aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr kühleren Witterung sowie der Akquisition von Neukunden um 66,4 Mio. kWh oder 7,0 % auf 1 017,5 Mio. kWh. Damit entsprach der Absatz einem durchschnittlichen Geschäftsjahr. Der Beitritt der EVL zur RheinEnergie Trading GmbH ermöglicht seit dem 4. Quartal 2011 die flexible Nutzung geänderter Marktbedingungen auch im Gasbeschaffungssektor.

Aufgrund gesunkener Bezugs- und Netzentgeltkosten konnte der Verkaufspreis zum 1. Oktober 2012 gesenkt werden. Die Verkaufspreise eines durchschnittlichen ERDGAS*comfort*-Kunden (20 000 kWh) fielen zu Beginn der Heizperiode um 0,64 Ct/kWh (brutto). Diese Preissenkung entlastete einen ERDGAS*comfort*-Kunden der EVL bei einem Jahresverbrauch von 20 000 kWh um 128 € gegenüber dem Vorjahrespreis.

Fernwärme

Der Fernwärmeverkauf stieg witterungsbedingt um 6,6 Mio. kWh oder 4,6 % auf 152,1 Mio. kWh. Damit entsprach auch der Fernwärmeabsatz einem witterungsbedingt „durchschnittlichen Jahr“. Zum Anfang des Berichtsjahres sind ca. 80 % der Fernwärmekunden auf den neuen Fernwärmelieferungsvertrag umgestellt worden. Die Höhe der Absatzpreise orientieren sich demnach an den Preisindizes „Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten“, „Elektrischer Strom“, „Erdgas“, „Zentralheizung“ und „Lohnindex“. Die Preisanpassung erfolgt jeweils zum 1. April und 1. Oktober eines jeden Jahres. Im Berichtsjahr 2012 wurde der Arbeitspreis im Frühjahr um 0,19 Ct/kWh (3,9 %) und im Herbst um weitere 0,19 Ct/kWh (3,7 %) entsprechend der Entwicklung der Preisindizes angehoben. Der Grundpreis stieg zum 1. April um 1 €/kW/a auf 32 €/kW/a und blieb dann konstant. Bei einem Haushaltsverbrauch von 15 000 Kilowattstunden im Jahr (kWh/a) und einer abgerechneten Leistung von 10 Kilowatt (kW) stieg der Durchschnittsbruttopreis insgesamt um 0,53 Ct/kWh auf 8,86 Ct/kWh (+6,4 %).

Trinkwasser

Der Trinkwasserabsatz stieg im Berichtsjahr mit 8,4 Mio. m³ geringfügig (+0,1 Mio. m³) durch die Belieferung des Verbandswasserwerks Langenfeld-Monheim. Der langjährige Trend der stagnierenden Absatzmengen konnte damit im Berichtsjahr weitgehend bestätigt werden. Der Bruttoarbeitspreis von 1,72 €/m³ blieb seit dem Jahr 2005 unverändert.

Veränderung der Absatzmengen in %	Strom	Gas	Fernwärme	Trinkwasser
2008	-4	+10	+3	+1
2009	-7	-2	-1	0
2010	+40	+10	+14	0
2011	-15	-20	-16	+1
2012	-16	+7	+5	+2

Vertrieb und Dienstleistungen

Im liberalisierten Energiemarkt bildet eine langfristige Kundenbindung verbunden mit einer hohen Kundenzufriedenheit einen entscheidenden Erfolgsfaktor für die EVL. In einem preisaggressiven Wettbewerbsumfeld hebt sich der Mix aus hochwertigen Angeboten und Mehrwert-Services der EVL im Vergleich etwa zu Billiganbietern von Strom oder Gas klar ab. Die Positionierung der EVL als kundenorientierter Dienstleister wird gestützt durch ein umfangreiches Paket an Zusatzleistungen verbunden mit einer hohen Servicequalität und lokaler Präsenz. Rund zwei Drittel der Kunden im Tarifkundensegment der Stromsparte vertrauten auch im Jahr 2012 dem Premiumangebot EVL-*comfort*PRIVAT/BUSINESS. Die EVL-*comfort*CARD als Kundenbindungsinstrument konnte im Berichtsjahr ihre positive Entwicklung fortsetzen; die Kunden schätzen insbesondere die vielen Rabattvorteile. Das service- und preisreduzierte Angebot EVL-*regio*PRIVAT/BUSINESS hält sich als Alternative mit einem geringen Marktanteil. Durch die fortschreitende Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte nimmt die Mitbewerberpräsenz in den Vertriebsgebieten der EVL jedoch deutlich zu und wird zu weiteren Kunden- und damit auch Absatzmengenverlusten führen.

Aufgrund des steigenden Energie- und Umweltbewusstseins entscheiden sich immer mehr Leverkusener bei der Modernisierung ihrer Heizung für eine Gasversorgung durch die EVL. Rund 90 Umstellungen ehemaliger Heizölkunden auf Gas akquirierte der Wärmeservice Leverkusen; darunter acht Großanlagen ab 81 kW. Dies entspricht einer Anschlussleistung von 2,4 Megawatt und einem Gesamtverbrauch von über 4 Mio. kWh pro Jahr. Aus dem EVL-Förderprogramm konnten die Errichtung von 22 Solaranlagen mit einer Kollektorfläche von insgesamt 205 Quadratmetern, der Erwerb von zwei Erdgasfahrzeugen sowie 80 Kunden für die Nutzung innovativer und energieeffizienter Erdgas-Technologien über den Erdgas-Umweltbonus gefördert werden.

Im Geschäftskunden-Segment hat sich der Wettbewerb spürbar verschärft. Ziel der EVL-Vertriebstätigkeiten war es, bestehende Liefervereinbarungen bei Strom und Gas zu verlängern sowie neue Kunden zu gewinnen. Im Bereich Strom führten im Wesentlichen auslaufende Verträge über die Lieferung von Netzverlustmengen an Netzbetreiber zu einer im Vergleich zum Vorjahr geringeren Absatzmenge. Im Bereich Gas konnte dank guter Erfolge bei der Neukundengewinnung der Absatz erhöht werden.

Mit dem Programm EVL-KlimaAktiv und einer breiten Palette von Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz sowie Umweltverträglichkeit stellt sich die EVL der Verantwortung, für ihre Kunden ein hohes Maß an Umwelt- und Klimaschutz mit gleichzeitig günstigen Energiekosten zu gewährleisten. Dies bildet ein Leistungsspektrum, das viele Wettbewerber nicht bieten. Daneben setzt die EVL selbst auf die Nutzung regenerativer und umweltschonender Energien in eigenen Projekten.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW)

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Trinkwasser, Wärme und in der Übernahme anderer versorgungswirtschaftlicher Betätigungen. Die Kunden der EVL wurden auch im Jahr 2012 wieder sicher und zu wettbewerbsgerechten Preisen beliefert.

Unsere Mitarbeiter

Die Beschäftigtenzahl der EVL sank im Berichtsjahr um sechs Mitarbeitern/-innen auf insgesamt 371, davon waren zum Jahresende 30 Mitarbeiter/-innen teilzeitbeschäftigt. Mit der Einstellung von zwei kaufmännischen und drei gewerblichen Auszubildenden waren bei der EVL am 31. Dezember 2012 insgesamt 18 Ausbildungsplätze vergeben. Das Alter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrug im Schnitt 43,8 Jahre, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 18,8 Jahre. Die EVL konnte im Berichtsjahr im Durchschnitt 28 Schwerbehinderten eine Beschäftigung bieten, das entspricht 7,9 % der jahresdurchschnittlichen Beschäftigung (ohne Auszubildende). Sechs Mitarbeiter/-innen erhielten Unterstützung bei der Finanzierung von Wohnungseigentum.

Personalstand	31.12.2012			gegen Vorjahr
	männlich	weiblich	gesamt	%
Geschäftsführung	2	0	2	0,0
Arbeitnehmer	270	81	351	-2,2
Auszubildende	14	4	18**	+5,6
Mitarbeiter insgesamt	286	85	371*	0,0
Mitarbeiter insgesamt in %	77,1	22,9	100	

* davon 30 Teilzeitbeschäftigte (2012).

** Ausbildungsquote 4,9 %.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter stiegen im Berichtsjahr um 0,3 Mio. € (+1,4 %), dagegen verringerten sich die Aufwendungen für soziale Abgaben um 0,1 Mio. € (-2,5 %). Die Versorgungsaufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. € (+5,3 %). Der gesamte Personalaufwand nahm somit um 0,3 Mio. € (+1,1 %) zu.

Personalkosten und Sozialleistungen	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Löhne und Gehälter	20,9	20,6
Soziale Abgaben	3,9	4,0
Versorgung	2,0	1,9
Gesamt	26,8	26,5

Die Ertragslage

Die Gesamterlöse der EVL, denen auch sonstige Erlöse aus der Verpachtung der Netze und deren Betriebsführung sowie Erlöse aus Installationsgeschäften und die Auflösung von passivierten Baukostenzuschüssen zugerechnet werden, stiegen im Jahr 2012 um 3,0 Mio. € auf 203,4 Mio. €. Das entspricht einer Steigerung von 1,5 %.

Die Stromversorgung bildete einen Anteil von 45,5 % an den Gesamterlösen. Es folgte die Gasversorgung mit einem Anteil von 23,2 %. Die Trinkwasserversorgung war mit 9,3 % und die Fernwärmeversorgung mit 5,3 % beteiligt. Der Sonstige Bereich steuerte 16,7 % zu den Umsatzerlösen bei.

Umsatzerlöse	2008	2009	2010	2011	2012
	Mio. €				
Strom	79,2	82,1	93,2	91,9	92,5
Gas	52,9	50,9	47,2	44,3	47,2
Trinkwasser	19,3	19,0	18,9	19,1	19,0
Fernwärme	10,3	10,6	10,5	9,7	10,7
Zwischensumme	161,7	162,6	169,8	165,0	169,4
Sonstige	36,8	36,9	35,8	35,4	34,0
Gesamterlöse	198,5	199,5	205,6	200,4	203,4

Die Gesamtleistung, zu der neben dem Gesamtumsatz (inkl. Energiesteuer) auch die Bestandsveränderungen und sonstige betriebliche Erträge sowie aktivierte Eigenleistungen zu rechnen sind, stieg im Jahr 2012 um 6,5 Mio. € auf 241,4 Mio. €. Der Materialaufwand stieg im Strombereich aufgrund deutlich höherer Netzentgelte. Im Gasbereich sorgten im Jahresvergleich durchschnittlich niedrigere Bezugs- und Netzentgeltpreise bei gleichzeitig höheren Mengen für insgesamt sinkende Kosten. Inklusive Fernwärme- und Trinkwasserbeschaffung stieg der gesamte Materialaufwand um 2,5 auf 150,7 Mio. €. Der Personalaufwand stieg leicht um 0,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Die Abschreibungen stiegen wegen einer außerplanmäßigen Teilabschreibung der Flüssiggasluftmischanlage um 1,2 Mio. € auf 8,0 Mio. €. Die übrigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 4,2 Mio. € (davon 3,3 Mio. € Drohverlustrückstellungen wegen GEKKO) auf 15,7 Mio. €. Die Konzessionsabgabe verringerte sich um 0,3 auf 9,8 Mio. €.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verringerte sich um 3,8 Mio. € auf 12,0 Mio. €. Der Jahresüberschuss sank um 4,1 auf 9,5 Mio. €.

Jahresüberschuss	2008	2009	2010	2011	2012
	Mio. €				
	-4,1	16,5	14,2	13,6	9,5

Die Finanz- und Vermögenslage

Bilanzstruktur	2008		2009		2010		2011		2012	
	Tsd. €	Anteil								
Vermögen										
Anlagevermögen										
Immaterielle und Sachanlagen	79.677	58%	81.185	58%	81.923	54%	89.132	51%	91.376	50%
Finanzanlagen	15.555	12%	24.388	17%	27.429	18%	30.663	18%	35.034	19%
	95.232	70%	105.573	75%	109.352	72%	119.795	69%	126.410	69%
Umlaufvermögen										
Vorräte	2.839	2%	2.079	2%	2.115	1%	1.736	1%	1.545	1%
Forderungen u. sonstige VG	35.975	26%	29.800	21%	38.640	25%	52.380	30%	52.528	29%
Flüssige Mittel	908	1%	1.818	1%	2.577	2%	762	0%	1.662	1%
	39.722	29%	33.697	24%	43.332	28%	54.878	31%	55.735	31%
Rechnungsabgrenzungsp.	1.689	1%	303	1%	87	0%	145	0%	228	0%
	136.643	100%	139.573	100%	152.771	100%	174.818	100%	182.373	100%
Kapital										
Eigenkapital										
Kapitalanteile	51.132	38%	61.241	44%	63.838	42%	66.969	38%	66.468	36%
Sonderposten	240	0%	240	0%	200	0%	94	0%	94	0%
	51.372	38%	61.481	44%	64.038	42%	67.063	38%	66.562	36%
Fremdkapital										
Rückstellungen	41.061	30%	39.046	28%	36.575	24%	44.179	25%	46.147	25%
Verbindlichkeiten	30.122	22%	27.381	20%	40.931	27%	52.828	30%	59.449	33%
Rechnungsabgrenzungsp.	14.088	10%	11.665	8%	11.227	7%	10.748	6%	10.215	6%
	85.271	62%	78.092	56%	88.733	58%	107.755	62%	115.811	64%
davon Restlaufz. über ein Jahr	-7.468	-5%	-7.468	-5%	-7.468	-5%	-25.373	-15%	-42.184	-23%
	136.643	100%	139.573	100%	152.771	100%	174.818	100%	182.373	100%

Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum 31. Dezember 2011 um 7 555 Tsd. € auf 182 373 Tsd. €. Grund hierfür waren auf der Aktivseite der Bilanz höhere Sach- und Finanzanlagen sowie höhere sonstige Vermögensgegenstände. Die Erhöhung der Sachanlagen resultiert aus Investitionen in technische Anlagen. Die Erhöhung der Finanzanlagen ergibt sich aus den planmäßig im Jahr 2012 gewährten Darlehensauszahlungen an die Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GSH), an der die EVL beteiligt ist.

Der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert und liegt weiterhin bei 31 %.

Die erhöhte Bilanzsumme auf der Passivseite ergibt sich im Wesentlichen aus gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Neben der fortgeführten Darlehensaufnahme zur Finanzierung des Gemeinschaftskraftwerkes Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GSH) wurden im Rahmen einer strukturierten Umfinanzierung kurzfristige Kreditforderungen in langfristige Verbindlichkeiten gewandelt. Die langfristigen Finanzierungsmittel wurden unmittelbar zur Finanzierung der Flüssiggasluftmischanlage (LPG-Anlage) und der Umspannanlage Küppersteg (UA Küppersteg) verwandt.

Die Rückstellungen erhöhen sich um 1 968 Tsd. € im Vergleich zum Vorjahr.

Das Eigenkapital entwickelt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Eigenkapital	2012	2011
	Tsd. €	Tsd. €
Kapitalanteile	22 000	22 000
Rücklagen	34 969	31 404
Jahresüberschuss	9 499	13 565
Gesamt	66 468	66 969

Die lang- und mittelfristigen Finanzmittel machen 60 % der Bilanzsumme aus. Große Teile des Anlagevermögens sind durch lang- und mittelfristiges Kapital gedeckt. Den kurzfristigen Verbindlichkeiten stehen ausreichend Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände gegenüber. Die finanzielle Flexibilität und Handlungsfähigkeit ist uneingeschränkt gegeben.

Finanzlage

Der Bestand an flüssigen Mitteln erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und weist per 31. Dezember 2012 1 662 Tsd. € aus. Im Jahr 2012 wurde das bestehende Langfristdarlehen für die Finanzierung der Ausleihungen an die Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GSH) planmäßig in Höhe von 6 300 Tsd. € in Anspruch genommen.

Geldbestände	2008	2009	2010	2011	2012
	Tsd. €				
Barkassen, Girokonten	908	1 818	2 577	762	1 662

Investitionen

Die Investitionen im Sachanlagevermögen betragen im Berichtsjahr 10 481 Tsd. €, in immaterielle Vermögensgegenstände wurden 8 Tsd. € investiert. Die Erneuerung und Verstärkung der Versorgungsnetze und Stationen war mit 7 219 Tsd. € im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Investitionsschwerpunkt.

Die Investitionsmaßnahmen im Stromnetz tragen auch dazu bei, die Erneuerbaren Energien in das Stromversorgungssystem zu integrieren. Für den Bau von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden (Verwaltungsgebäude Miselohestrasse, Bielerthalle, Landrat-Lucas-Gymnasium und Löwenzahnschule) wurden rund 630 Tsd. € investiert.

Für ein mit Biogas betriebenes Blockheizkraftwerk auf dem Gelände der „neuen bahnstadt opladen“ wurden 500 Tsd. € verwendet. Das Blockheizkraftwerk konnte Anfang 2013 in Betrieb genommen werden. Die „neue bahnstadt opladen“ ist das städtebauliche Schwerpunktprojekt der Leverkusener Stadtentwicklung, für dessen Areal die EVL eine moderne und komfortable Nahwärmeversorgung vorsieht. Gespeist von Energiezentralen direkt auf dem Gelände, trägt diese verbrauchsnahe erzeugte Nahwärme vor allem den heutigen strengen Vorgaben an eine nachhaltige Ressourcen schonende Energieversorgung Rechnung. Die gleichzeitige dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung erfolgt dabei mittels der effizienten und umweltschonenden Technik der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) über Blockheizkraftwerke (BHKW). Das erste im Herbst 2012 errichtete BHKW der EVL wird mit Biogas betrieben und versorgt im Bereich Ost über 100 Grundstücke mit insgesamt ca. 165 Wohn- und 24 Gewerbeeinheiten mit Nahwärme. Damit setzt sich die EVL aktiv für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien ein für einen nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz in Leverkusen. Bei der Erschließung des Areals der „neuen bahnstadt opladen“ stellt die EVL die Versorgungsleitungen und Anschlüsse für Strom, Wärme sowie Trinkwasser her und verlegt gleichzeitig ein hochleistungsfähiges Glasfaser-Telekommunikationsnetz. Die Nutzung der bereitgestellten Gebäudeinfrastruktur setzt eine intensive vertriebliche Begleitung voraus. Als Sonderprojekt bildet die „neue bahnstadt opladen“ einen Investitionsschwerpunkt für die EVL und erfordert zudem ein hohes Maß an personellem Engagement.

Außerdem investierte die EVL 1 218 Tsd. € in Kraftfahrzeuge, Einrichtungen, Maschinen und EDV-Geräte. Die Anlagezugänge wurden in großen Teilen durch Abschreibungen und Abgänge finanziert.

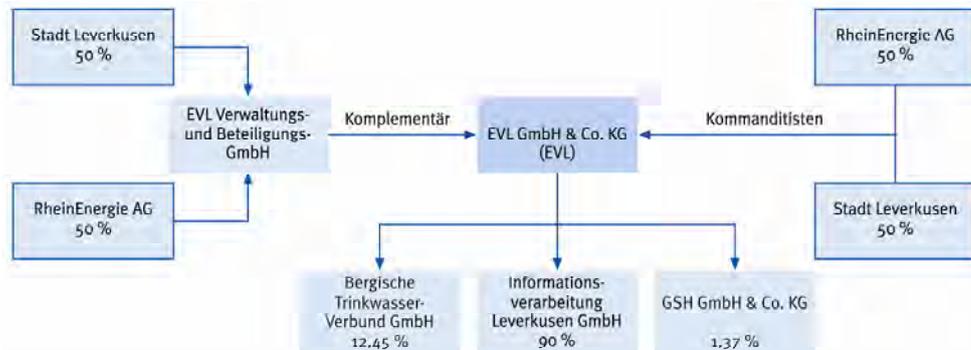
Investitionen	2012	2011
	Tsd. €	Tsd. €
Strom	3 311	7 825
Gas	2 204	2 345
Trinkwasser	1 830	1 186
Fernwärme	1 462	1 275
Gemeinsame Anlagen	1 681	1 523

Zusätzlich verweisen wir auf die nachfolgende Kapitalflussrechnung 2011/2012.

EVL-Kapitalflussrechnung	2012 Tsd. €	2011 Tsd. €
Jahresergebnis	9.499	13.565
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	8.038	6.801
Veränderung der Rückstellungen	1.968	7.604
Veränderung der Sonderposten	0	-106
Veränderung der empfangenen Ertragszuschüsse und Pachtvorauszahlungen	-565	-448
Ergebnis aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	179	127
Veränderung bei sonstigen Bilanzposten		
Vorräte, Forderungen und sonstige Aktiva	-40	-13.419
Verbindlichkeiten sowie andere Passiva	-1.556	-3.984
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	17.523	10.140
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	29	17
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-10.481	-14.146
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-8	-8
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	357	325
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.728	-3.559
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-14.831	-17.371
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-10.000	-10.434
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	16.300	18.800
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-8.092	-2.950
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.792	5.416
Veränderung des Finanzmittelfonds	900	-1.815
Finanzmittelfond am Anfang des Jahres	762	2.577
Finanzmittelfond am Ende des Jahres	1.662	762

Die Beteiligungen

Die Beteiligungsstruktur der EVL



Bergische Trinkwasser-Verbund GmbH

Die EVL hält 12,45 % an der Bergische Trinkwasser-Verbund GmbH (BTV). Geschäftszweck der BTV ist die partnerschaftliche Beteiligung und Mitwirkung bei Entnahme, Fortleitung und Aufbereitung des Wassers aus der Großen Dhünn-Talsperre sowie der Betrieb eines Wasserlabors. Weitere Gesellschafter sind die Wuppertaler Stadtwerke, Stadtwerke Solingen sowie die EWR in Remscheid. Die BTV wird als Kostengesellschaft geführt, eine Ausschüttung erfolgt demnach nicht.

Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH

Mit 90 % ist die EVL an der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH (ivl) beteiligt, den Rest der Anteile hält die Stadt Leverkusen. Ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren kann die ivl GmbH auch im Geschäftsjahr 2012 auf eine sehr positive Geschäftsentwicklung zurückschauen. Die Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr auf ca. 15,0 Mio. € gesteigert werden. Hieraus ergibt sich ein Geschäftsergebnis von ca. 2,8 Mio. € vor Steuern. Bei einer Steuerlast von über ca. 0,9 Mio. € beträgt der Jahresüberschuss nach Steuern ca. 1,9 Mio. € und liegt damit deutlich über dem Plan für das Jahr 2012. Im Geschäftsjahr 2012 beschloss die Gesellschafter, vom Jahresüberschuss 2011 eine Ausschüttung von 1,2 Mio. € vorzunehmen. Auch bei der mittelfristigen Planung zeigt sich weiterhin eine stetige erfolgreiche Geschäftsentwicklung für die Folgejahre mit nachhaltig positiven Ergebnissen.

Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG

Am 19. Februar 2008 beteiligte sich die EVL am Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm (GSH), das aus dem sogenannten GEKKO-Projekt entstand. Der Anteil beträgt 1,37 %, die Kommanditeinlage liegt bei 0,7 Mio. €. Bis zur Inbetriebnahme werden voraussichtlich 36,3 Mio. € für Gesellschafterdarlehen und den Ausgleich von Anlaufverlusten zur Verfügung gestellt. Zum Bilanzstichtag beträgt der gewährte Darlehensstand 26,3 Mio. €. Der zugewiesene Anlaufverlust für das Geschäftsjahr 2012 beläuft sich auf 1,5 Mio. €.

Das Gemeinschaftskraftwerk wird nach Fertigstellung aus den beiden Steinkohleblöcken D und E am Kraftwerksstandort Hamm/Westfalen der RWE Power bestehen. Die geplante elektrische Bruttoleistung beträgt $2 \times 800 \text{ MW}_{\text{el}}$. Der Beginn des kommerziellen Betriebs der beiden Steinkohleblöcke D und E hat sich insbesondere aufgrund von festgestellten Qualitätsmängeln beim Dampferzeuger Stahlbau sowie insgesamt unbefriedigender Leistungserbringung des Lieferanten des Dampferzeugers

erheblich verzögert und ist auf Basis des aktualisierten Rahmenterminplans nunmehr für Ende des Jahres 2013 für Block D sowie Anfang 2014 für Block E geplant.

Mit Datum vom 22. Dezember 2011 wurde eine Vergleichsvereinbarung zwischen den beteiligten Stadtwerkegesellschaften, der RWE Power AG und der GSH bezüglich des Gemeinschaftskraftwerks durch alle Parteien unterzeichnet. Die Vereinbarung ist mit Zustimmung der entsprechenden Gremien mit Datum vom 13. Januar 2012 wirksam geworden. Die Vergleichsvereinbarung betrifft die Mehrkosten durch den verspäteten Betriebsbeginn und führt zu wesentlichen Kostenentlastungen für die GSH und entsprechend auch für die EVL.

Insgesamt zeichnet es sich dennoch ab, dass die Strombezugskosten für die EVL aus dem Kohlekraftwerk GEKKO in den ersten Betriebsjahren deutlich über den Marktpreisen liegen werden. Durch die vorrangige Einspeisung Erneuerbarer Energien ins Stromnetz und den daraus resultierenden geringeren Betriebszeiten für konventionelle Kraftwerke sind neue Kohlekraftwerke ohne Wärmeauskopplung derzeit nicht rentabel. Dieser Entwicklung hat die EVL mit der Bildung einer Drohverlustrückstellung Rechnung getragen. Es besteht aber die Erwartungshaltung, dass mit Blick auf die längerfristigen Entwicklungen an den Commodity-Märkten die Errichtung und der spätere Betrieb des Gemeinschaftskraftwerks auf Steinkohlebasis am Standort Hamm/Westfalen grundsätzlich die Chance zur wirtschaftlichen Erzeugung von Strom bietet.

Der Risikobericht

Entsprechend den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) identifiziert die EVL marktwirtschaftliche, finanzielle, technische und organisatorische Risiken. Um möglichst frühzeitig Informationen über eventuelle Gefahren und ihre Auswirkungen zu gewinnen sowie mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können, betreibt die EVL ein Risikomanagement-System.

Mittels einer Risikomanagement-Software werden in systematischer und nachprüfbarer Form die identifizierten Risiken, deren Risikoklassifizierung, veranlasste Gegenmaßnahmen und deren Status beziehungsweise Erledigung dokumentiert. Das Risikoinventar wird quartalsweise sowie bei Bedarf aktualisiert. Zudem treffen sich Geschäftsführung und leitende Mitarbeiter regelmäßig, um Risikopotenziale zu analysieren und entsprechende Maßnahmen zur Beherrschung von Risiken einzuleiten. Der Aufsichtsrat der EVL erhält quartalsweise den TOP-10-Risikobericht zur Kenntnis. Darüber hinaus werden wesentliche Risiken in den Gremiensitzungen diskutiert und beraten.

Im Geschäftsjahr 2012 sind folgende Risiken hervorzuheben:

Die veränderten gesetzlichen und energiepolitischen Rahmenbedingungen wirken sich negativ auf den Betrieb neuer konventioneller Kraftwerke aus. Die Beteiligung der EVL an dem Kohlekraftwerk GEKKO wird zumindest in den ersten Betriebsjahren anteilig zu deutlich höheren Strombezugskosten für die EVL führen mit entsprechend negativer Ergebnisauswirkung.

Die Energieversorger sind in erheblichem Umfang Risiken aufgrund äußerer Eingriffe von Regulierungsbehörden, beispielsweise der Bundesnetzagentur, ausgesetzt. Hier ist insbesondere die Anreizregulierung im Rahmen der Netzentgeltregulierung zu nennen. Dort sind weitere jährliche Absenkungen der sogenannten Erlösobergrenzen abzusehen. Es sind erhebliche Anstrengungen notwendig, um die insgesamt negativen Auswirkungen auf die Ertragslage zu kompensieren.

Weitere Risiken können sich dadurch ergeben, dass Behörden in die Kalkulation von Entgelten eingreifen. Hier ist insbesondere nicht ausgeschlossen, dass es aufgrund entsprechender Verfügungen von Kartellbehörden zu einer Absenkung der Wasserpreise mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Ergebnissituation kommt. Im Geschäftsjahr 2012 wurde die EVL im Zusammenhang mit einem eingeleiteten Missbrauchsverfahren bei einem Stadtwerk in der Region zur ausführlichen Bereitstellung von Benchmarking-Ergebnissen und zur Offenlegung der Kalkulation im Rahmen eines Auskunftersuchens aufgefordert.

Ebenso ist die Thematik von Preisklauseln nicht abschließend rechtlich behandelt, so dass sich hieraus immer noch Risiken mit entsprechender wirtschaftlicher Relevanz ergeben können. Mit der im Jahr 2010 durchgeführten Vertragsrevision ist eine Grundlage dafür geschaffen worden, dass diese rechtlichen Risiken deutlich minimiert werden. Allerdings sind mittlerweile vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Verfahren anhängig, in denen zu entscheiden ist, ob die Preisanpassungsklauseln in den jeweiligen Grundversorgungsverordnungen möglicherweise gegen Europarecht verstoßen.

Auch werden die fortschreitende Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte sowie das Auftreten eines großen Kreises von Anbietern mit der einhergehenden Intensivierung des Wettbewerbs in den Vertriebsgebieten der EVL zu weiteren Kunden- und damit auch Mengen und Margenverlusten führen.

Abschließend bleibt festzustellen, dass aus dem bestehenden Risikomanagementsystem von der Geschäftsführung keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken gesehen werden.

Der Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht zu verzeichnen.

Geschäftsentwicklung und Erwartungen

In der Gas- und Fernwärmeversorgung gehen wir von einem witterungsbedingten „Normaljahr“ für das Geschäftsjahr 2013 aus. Beim Strom erwarten wir insgesamt einen nachlassenden Absatz. Grund dafür ist der zunehmende Wettbewerb im liberalisierten Energiemarkt. Insbesondere im Großkundengeschäft steigen die Anforderungen des Marktes an eine dauerhafte Kundenbindung sowie an eine erfolgreiche Neukundenakquisition. Im Haushalts- und Gewerbekundenbereich erwarten wir gegenüber dem Vorjahr einen sinkenden Absatz von etwa 3,0 %. Für das Gesamtjahr 2013 kalkulieren wir mit einer Gesamtstromabsatzmenge von rund 517 Mio. kWh.

In der Trinkwasserversorgung konnten wir im vergangenen Jahr mit dem Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim einen neuen Großkunden gewinnen, der im Jahr 2013 sein volles Kontingent beziehen will. Wir erwarten damit eine Absatzsteigerung um 0,2 Mio. m³. Insgesamt ist mit einem Trinkwasserabsatz in Höhe von 8,6 Mio. m³ zu rechnen.

Der beschlossene Investitionsplan beläuft sich auf 11,7 Mio. €. Er wird geprägt durch die üblichen Geschäftstätigkeiten sowie den Aufbau der Versorgung mit Strom, Trinkwasser und Fernwärme und der Einrichtung eines Datennetzes auf dem Areal der „neue bahnstadt opladen GmbH“ in Höhe von insgesamt ca. 3,7 Mio. €. Zusätzlich werden Investitionen fortgeführt, die Erzeugungsanlagen für regenerative Energien (2,0 Mio. €) sowie den Auf- und Ausbau eines Datennetzes (2,3 Mio. €) betreffen.

In seinem Urteil vom 21. März 2013 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass eine Preisanpassungsklausel, die der in einer Verordnung entspricht, aber in (Norm-)Sonderverträgen verwendet wird, abweichend von der bisherigen BGH-Rechtsprechung der Missbrauchskontrolle, insbesondere dem Transparenzgebot, unterliegt. Unabhängig davon folgt aus dem Urteil des EuGH, dass die Bewertung einer Preisanpassungsklausel als missbräuchlich wie bisher der nationalen Gerichtsbarkeit überlassen bleibt. Der EuGH selbst hat die Missbräuchlichkeit konkreter Klauseln nicht festgestellt. Es muss daher im Weiteren das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) abgewartet werden. Wie der BGH mit diesen europäischen Vorgaben umgeht, ist derzeit nicht absehbar.

Die Perspektiven für eine erfolgreiche Zukunft

Die Energiebranche verändert sich. Politische und wirtschaftliche Vorgaben, technische Entwicklungen und gesellschaftliche Trends stellen Versorgungsunternehmen wie kaum einen anderen Wirtschaftszweig vor immer größere Herausforderungen. Ein Blick auf das Jahr 2013 zeigt, wie die EVL diese Veränderungen erfolgreich meistern will.

Neue Produkte entwickeln

Mit der Entwicklung von neuen Produkten will die EVL dem sich verändernden Bedarf und Nutzungsverhalten ihrer Kunden Rechnung tragen. Wichtig ist deshalb nicht nur die Perspektive eines weiter optimierten Ökostrom-Angebots, sondern auch ein Festpreis-Modell für Privatkunden. Den Fortschritt des Smart Metering begleitet die EVL weiter intensiv mit dem Ausbau von Erprobungsgebieten für diese Technik, um so ihren Kunden intelligente Stromnutzung zu ermöglichen. Mit diesen und weiteren Produktangeboten wird die EVL flexibel auf die Gegebenheiten eines sich immer stärker verändernden Marktumfelds reagieren. Dazu beitragen soll auch ein neues Online-Portal, das es den Kunden künftig möglich macht, ihr Vertragskonto flexibel online zu führen.

Dienstleister für den Kunden

Energieversorger zu sein bedeutet mehr, als bloß Strom, Gas, Wärme und Trinkwasser zu liefern. Das ist die Überzeugung der EVL. Deshalb wird sie ihr Profil als regionaler Dienstleister, der sich für seine Kunden vor Ort Zeit nimmt und für sie jederzeit ansprechbar ist, weiter schärfen. Der Internetauftritt der EVL wird dabei gleichzeitig zum Kommunikationskanal mit dem Kunden weiterentwickelt. Der Service, etwa im Bereich Heizanlagenumstellung oder Energieberatung, soll verbessert und erweitert werden. Diese nach außen sichtbaren Entwicklungen werden im Jahr 2013 durch die Optimierung von innerbetrieblichen Prozessen begleitet. Dazu arbeiten Geschäftsführung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hand in Hand, etwa in der neuen Ideenbörse. Sie wurde Ende Januar 2013 eingeführt und soll aus dem Unternehmen heraus die EVL weiterentwickeln – durch Einfälle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vor Ort engagiert bleiben

Die EVL ist ein Teil von Leverkusen. So, wie der EVL-Wasserturm das Stadtbild prägt, so gehört die Unterstützung durch die EVL zum öffentlichen Leben in der Stadt. Das zeigt das Unternehmen durch sein großes soziales, gesellschaftliches und kulturelles Engagement. Die EVL wird auch 2013 ihrer besonderen Verantwortung als kommunales Versorgungsunternehmen nachkommen. Ein Beispiel: Die Aktion „Trikottausch“, bei der die EVL den Leverkusener Sportvereinen die Anschaffung von neuen Trikotsätzen mit einer Ersparnis von bis zu 70 % ermöglicht hat, war im Jahr 2012 überaus erfolgreich. Deshalb will sich die EVL auch 2013 im sportlichen Bereich weiter engagieren. Das soll über ein Projekt geschehen, das Leverkusener Schulkindern die Freude an Bewegung vermittelt.

Leverkusen zwischen Berlin und Brüssel

Das Jahr 2013 wird für die EVL mit Blick auf die politischen Entwicklungen ein besonders relevantes Jahr sein. Im September findet die Bundestagswahl statt – die auch Auswirkungen auf die Energiepolitik haben dürfte. Die Energiewende an sich wird zwar unabhängig vom Ausgang der Wahl nicht in Frage gestellt werden: Bereits rund ein Viertel der Energie in Deutschland stammt schon aus erneuerbaren Ressourcen. Offen ist jedoch, wie die politischen und wirtschaftlichen Instrumente für die Umsetzung dieses nicht mehr umkehrbaren Großprojekts künftig ausgestaltet werden. Auch aus Brüssel kommen Herausforderungen auf die EVL zu: Ende des Jahres 2012 zeichnete sich eine Initiative des EU-Binnenmarkt-Kommissars ab, die Wasserversorgung in Europa zu privatisieren. Die EVL sieht diese politische Einmischung in kommunale Versorgungsaufgaben mit großer Sorge und unterstützt 2013 deshalb die Initiative „Right2Water“, die auf Wasser als ein Menschenrecht hinweist.

Die Energiewende mitgestalten

Die EVL steht voll hinter der Energiewende. Diese Überzeugung hat das Unternehmen im Geschäftsjahr 2012 beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Sparkasse Leverkusen durch den Energiesparbrief „LevEverGreen“ gezeigt. Das von den Sparkassen-Kunden darin angelegte Geld wird von der EVL genutzt, um ökologische Projekte zur Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen in Leverkusen und der Region zu realisieren. Neben den bereits umgesetzten Projekten im Bereich Photovoltaik hat die EVL intensive Vorarbeit geleistet, um sich im Jahr 2013 weiter im Bereich der Erneuerbaren Energien zu positionieren. Dazu gehört etwa die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Bergwind“, die Windkraftanlagen im Bergischen Land umsetzen soll. Auch eine mögliche Beteiligung an bereits bestehenden Windparks ist für 2013 geplant.

Die EVL sichert mit diesen Maßnahmen eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung auch unter den härter werdenden Wettbewerbsbedingungen im deutschen Energiemarkt. Für das Geschäftsjahr 2013 und 2014 erwarten wir daher in einem immer schwieriger werdenden Marktumfeld ein solides Ergebnis.

Dieser Lagebericht enthält Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der EVL beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Eine verlässliche quantitative Prognose kann aus heutiger Sicht aufgrund von Ungewissheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, regulatorischen, technischen und wettbewerbsbezogenen Entwicklung jedoch nicht abgegeben werden.

Leverkusen, den 28. März 2013

Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL)
Geschäftsführung der geschäftsführenden
Energieversorgung Leverkusen Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Menzel

Dr. Dietzler

WGL - Wohnungsgesellschaft Leverkusen mbH

Bilanz zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

Lagebericht

Bilanz zum 31. Dezember 2012 der WGL Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH, Leverkusen

Aktivseite	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		361.811,46	390.184,03
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	225.393.658,11		227.296.585,68
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	11.243.684,79		7.045.970,27
3. Grundstücke ohne Bauten	86.401,38		86.401,38
4. Bauten auf fremden Grundstücken	3.288.998,82		3.435.484,82
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	617.586,70		527.511,46
6. Anlagen im Bau	2.160.876,99		2.121.943,65
7. Bauvorbereitungskosten	590.412,84	243.381.619,63	901.514,42
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	1,00		1,00
2. sonstige Ausleihungen	19.989.233,06	19.989.234,06	20.237.009,67
Anlagevermögen insgesamt		263.732.665,15	262.042.606,38
B. Umlaufvermögen			
I. Andere Vorräte			
1. unfertige Leistungen	12.116.028,94		11.877.319,92
2. andere Vorräte	17.219,14	12.133.248,08	21.614,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Vermietung	104.329,83		97.970,49
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	186.609,28		263.430,73
3. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	32.780,87		4.516,64
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	428,40		3.970,30
5. Forderungen gegen Gesellschafter	68.835,22		6.360,18
6. sonstige Vermögensgegenstände	780.764,67	1.173.748,27	686.863,01
III. Flüssige Mittel und Bausparguthaben			
1. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.135.751,87		7.573.667,82
2. Bausparguthaben	2.826.848,33	4.962.600,20	2.341.638,73
Umlaufvermögen insgesamt		18.269.596,55	22.877.352,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
1. Geldbeschaffungskosten	146.693,53		176.262,97
2. andere Rechnungsabgrenzungsposten	112.655,92	259.349,45	109.819,28
		282.261.611,15	285.206.040,96

Passivseite	Geschäftsjahr		Vorjahr EUR
	EUR	EUR	
A.Eigenkapital			
I.Gezeichnetes Kapital		17.621.600,00	17.621.600,00
II.Gewinnrücklagen			
1.gesellschaftsvertragliche Rücklagen	7.413.000,00		7.031.000,00
2.Bauerneuerungsrücklage	30.068.700,00		28.726.200,00
3.andere Gewinnrücklagen	30.383.144,34	67.864.844,34	29.040.644,34
III.Bilanzgewinn		3.429.601,65	2.685.255,95
Eigenkapital insgesamt		<u>88.916.045,99</u>	<u>85.104.700,29</u>
B.Rückstellungen			
1.Rückstellungen für Pensionen	1.989.838,00		2.014.495,00
2.sonstige Rückstellungen	282.537,94	2.272.375,94	340.356,91
C.Verbindlichkeiten			
1.Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125.467.991,42		134.791.099,45
2.Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	43.726.411,31		40.894.137,41
3.erhaltene Anzahlungen	13.176.434,84		12.952.767,02
4.Verbindlichkeiten aus Vermietung	210.644,45		218.193,69
5.Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.343.544,92		2.656.233,47
6.Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	6.125.441,07		6.229.710,62
7.sonstige Verbindlichkeiten	22.721,21		4.347,10
davon aus Steuern EUR 0,00			(8,00)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 0,00		191.073.189,22	(373,88)
		<u>282.261.611,15</u>	<u>285.206.040,96</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung der WGL Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH, Leverkusen
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1.Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	42.169.655,78		41.412.569,06
b) aus Betreuungstätigkeit	558.706,45		514.833,90
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	29.769,78	42.758.132,01	20.937,62
2.Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen		238.709,02	138.283,63
3.andere aktivierte Eigenleistungen		139.485,43	149.819,71
4.sonstige betriebliche Erträge		938.340,52	1.517.212,32
5.Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	22.348.921,00		22.996.340,32
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,00		2.161,11
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	25.946,13	22.374.867,13	35.935,24
6.Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.657.291,00		3.339.260,08
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.017.731,36	4.675.022,36	957.335,39
davon für Altersversorgung EUR 356.757,44			(332.340,76)
7.Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.337.476,25	5.222.767,28
8.sonstige betriebliche Aufwendungen		1.523.977,83	1.509.903,13
9.Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		701.772,29	642.926,14
10.sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		97.483,72	184.207,52
11.Zinsen und ähnliche Aufwendungen		5.683.486,04	6.064.037,27
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen EUR 99.442,58			(108.252,00)
12.Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		5.279.093,38	4.453.050,08
13.Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	232,00
14.sonstige Steuern		1.467.747,68	1.468.650,81
15.Jahresüberschuss		3.811.345,70	2.984.167,27
16.Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		255,95	88,68
17.Einstellungen in Gewinnrücklagen			
in gesellschaftsvertragliche Rücklagen		382.000,00	299.000,00
18.Bilanzgewinn		3.429.601,65	2.685.255,95

Lagebericht 2012 der WGL Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH, Leverkusen

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Rahmenbedingungen

Auf den Finanzmärkten hat sich die Stimmung in der Folge erst einmal verbessert. Dass es der Geldpolitik dadurch gelingt, die Konjunktur zu beleben, ist allerdings fraglich. Ob etwa die EZB die Finanzierungsbedingungen für öffentliche und private Schuldner in den Krisenländern nachhaltig verbessern kann, wird wohl wesentlich davon abhängen, ob die Wirtschaftspolitik es schafft, dass Finanzinvestoren, Unternehmen und Haushalte Vertrauen in die Reform- und Konsolidierungsanstrengungen im Euroraum fassen. Die Rezession im Euroraum hat sich im Verlauf des Jahres 2012 fortgesetzt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ging seit dem Herbst 2011 zurück; im zweiten Quartal 2012 sank sie um 0,2 %. Vergleichsweise günstig verlief die Entwicklung in Deutschland und Österreich, wo die wirtschaftliche Aktivität bis zuletzt aufwärts gerichtet war, sowie in Belgien und der Slowakei. Geradezu dramatisch sind demgegenüber die Produktionsrückgänge in den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern.

Die deutsche Wirtschaft erwies sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig und trotzte der europäischen Rezession. Allerdings hat sich die deutsche Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte deutlich abgekühlt.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts erwies sich der Außenhandel angesichts eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds als sehr robust: Deutschland exportierte im Jahr 2012 preisbereinigt insgesamt 4,1 % mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die Importe lediglich um 2,3 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – steuerte 1,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum 2012 bei und war damit einmal mehr wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2012 davon aus, dass sich im Laufe des Jahres 2013 die deutsche Konjunktur belebt, da sich die Lage im Euroraum allmählich entspannen und die übrige Weltwirtschaft stärker Fahrt aufnehmen dürfte. In einem so verbesserten Umfeld dürften die günstigen Finanzierungsbedingungen stärker zum Tragen kommen. Für den Jahresdurchschnitt 2013 erwarten die Institute einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 %. Die Binnennachfrage entwickelte sich unterschiedlich: Zwar wurde im Inland mehr konsumiert (+ 0,8 % bei den privaten und + 1,0 % bei den staatlichen Konsumausgaben). Die Investitionen konnten aber erstmals seit der Wirtschaftskrise 2009 keinen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum liefern. Sie gingen zum Teil deutlich zurück: Die Bauinvestitionen um 1,1 % und die Ausrüstungsinvestitionen sogar um 4,4 %.

Für 2013 gehen die Prognosen auf dem Arbeitsmarkt von einer leicht geringeren Zahl der Erwerbstätigen (41.775.000) und einer annähernd konstanten Arbeitslosenquote (6,8%) aus. Von einer weiteren deutlichen Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt sprechen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten nicht.

Die Zinsentwicklung zwischen Anfang und Ende 2012 war für Kreditnehmer positiv. Unabhängig von Fristigkeit und Darlehensvolumen gingen die Effektivzinssätze deutlich zurück.

Immobilienaktien konnten 2012 deutlich zulegen. Der DIMAX stieg bis Jahresende 2012 um rd. 32,0 % gegenüber dem Endstand 2011.

Von Januar bis November 2012 wurde in Deutschland der Bau von 218.650 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt.

Das waren 6,80 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2012 genehmigten Wohnungen waren 196.494 Neubauwohnungen. Das waren 6,9% mehr als im Vorjahreszeitraum.

In Leverkusen ist die Bautätigkeit leicht angestiegen. Es entstanden mehr Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern als in Mehrfamilienhäusern. Die Zahl der Einwohner ist wiederum gestiegen. Die Leverkusener Bevölkerung wird jedoch älter. Die Zahl der Haushalte nimmt Jahr für Jahr zu, dabei teilen sich immer weniger Menschen eine Wohnung. Das führt zu einem anhaltenden Wohnungsbedarf. Hinsichtlich der Kauf-, Miet-sowie Bodenpreise gehört Leverkusen zu den teureren Standorten in Nordrhein-Westfalen. Innerhalb der hochpreisigen Region Rheinland aber ist die Stadt nach wie vor ein günstiger Wohnstandort. Für die nächsten Jahre wird mit einer erhöhten Nachfrage für Mietwohnungen in mittlerer Preislage gerechnet. Für preiswerte und preisgebundene Mietwohnungen wird von einer erhöhten Nachfrage ausgegangen. Laut IT.NRW wächst Leverkusen bis 2030 auf 163.000 Einwohner an. Das hat zur Folge, dass jährlich ca. 410 Wohnungen errichtet werden müssen und der Wohnungsbestand durch Modernisierung so aufgewertet wird, dass er für eine sich ändernde Gesellschaft attraktiv und bewohnbar bleibt.

2. Umsatz- und Bestandsentwicklung/Immobilienbewirtschaftung

Die WGL, als größter Anbieter von Wohnraum in Leverkusen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2012 marktkonform verhalten. Schwerpunkte bildeten die Verwaltung, Erhaltung und Modernisierung des eigenen Immobilienbestandes. Von Bedeutung ist außerdem die Verwaltungs- und Betreuungstätigkeit.

Am 31.12.2012 verfügte das Unternehmen über:

- 1.104 Häuser mit
- 6.860 Wohnungen,
- 96 gewerbliche Einheiten und
- 1.761 Garagen bzw. Tiefgaragenstellplätze.

Die gesamte Wohn- und Nutzfläche beträgt 458.794 m² (2011: 455.567 m²). Von den 6.860 Wohnungen sind noch 1.564 preisgebunden (2011: 1.669 Wohnungen).

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Sollmieten um TEUR 616 auf TEUR 30.021 erhöht. Die Erhöhungen resultieren im Wesentlichen aufgrund von Erstvermietungen, Mietänderungen infolge von Modernisierungen und Änderungen nach § 558 BGB und der Erhöhung der Instandhaltungssätze gem. II.BV § 28 zum 01.01.2012.

Die Fluktuationsrate (Mieterwechsel) im Wohnungsbestand betrug 2012: 8,7 % (2011: 9,8 %). Für das laufende Jahr wird von einer ähnlichen Größenordnung ausgegangen. Die Erlösschmälerungen aufgrund von Leerständen in Relation zur Sollmiete betragen 0,98 % (2011: 1,05 %).

Durch die im Geschäftsjahr 2012 und in den vorausgegangenen Geschäftsjahren regelmäßig und im großen Umfang durchgeführten Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen verfügt der überwiegende Teil des Immobilienbestandes über eine zeitgemäße Ausstattung. Damit sind auch für die Zukunft die Voraussetzungen für eine dauerhafte Vermietung gegeben.

3. Verwaltungstätigkeit für Dritte

Die Verwaltung für Dritte (WEG- und Treuhandverwaltung) konnte im Berichtsjahr quantitativ ausgebaut werden. Zum 31.12.2012 wurden 1.325 Wohnungen, 272 Gewerbeeinheiten und 801 Garagen bzw. Tiefgaragenstellplätze in Leverkusen und Umgebung verwaltet. 2012 wurden ebenso Erlöse von TEUR 559 erzielt (2011: TEUR 509). Intensives Marketing hat zu einer Ergebnisverbesserung beigetragen.

4. Laufende Investitionen

4.1 Neubau

In 2012 wurde mit dem Bau von 4 Kindertagesstätten begonnen. Im Berichtsjahr wurden 3 Kindertagesstätten fertiggestellt und an die Betreiber übergeben. Durch Verzögerungen im Genehmigungsverfahren wird die Vierte in 2013 fertiggestellt. Für 6 weitere wurde im Dezember 2012 der Lebenszyklusvertrag (Planen, Bauen, Bewirtschaften) unterzeichnet. Die Fertigstellung und Übergabe an den Betreiber ist für Ende 2013 geplant.

12 Wohnungen eines Mehrfamilienhauses (Passivhaus) wurden im Januar 2012 von den Mietern bezogen. 14 freifinanzierten Mietwohnungen im Stadtteil Bürrig sind im Berichtsjahr errichtet worden. Die Übergabe an die Mieter erfolgt im Februar 2013.

4.2 Modernisierungstätigkeit/Instandsetzung

Im Rahmen eines langjährigen Programms modernisierte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 186 Wohnungen (im Wesentlichen durch Einbau und Erneuerung von Zentralheizungen, Wärmedämmmaßnahmen, Verbesserungen der Sanitär- und Elektroinstallation, Fassadensanierungen sowie Wohnumfeldverbesserungen). Besonderer Wert wird auf behindertenfreundliche und barrierefreie Ausstattung des Gebäudes und des Wohnumfeldes gelegt. Im Berichtsjahr wurde im Rahmen des Mieterwechsels 154 Wohnungen im Standard angepasst.

Die Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen betragen insgesamt TEUR 11.436 (EUR 24,93/m²). Für die nächsten Jahre wird von Aufwendungen in Höhe von TEUR 12.200 (zuzüglich Teuerungsrate) ausgegangen.

Aktiviert wurden Modernisierungsaufwendungen (Herstellungskosten) von TEUR 1.271.

5. Grundstücksbewirtschaftung

Der Grundbesitz der Gesellschaft teilt sich flächenmäßig wie folgt auf:

	31.12.2012 m ²	31.12.2011 m ²
Anlagevermögen		
bebaute Grundstücke	951.390	943.240
In Bebauung befindliche Grundstücke	4.346	2.158
unbebaute Grundstücke	780	780
	956.516	946.178

6. Verkaufstätigkeit

6.1 Neubau (Bauträgergeschäft)

Im Geschäftsjahr 2012 erfolgte kein Bauträgergeschäft.

6.2 Bestand

Der seit 1990 praktizierte Verkauf von Gebäuden aus dem Bestand (überwiegend modernisierungsbedürftige Ein- bis Dreifamilienhäuser) wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. 2012 wurden insgesamt 8 Wohnungen zu einem Preis von TEUR 844 veräußert.

9. Umweltschutz

Bei der Modernisierung und Instandsetzung des Immobilienbestands werden ökologische Gesichtspunkte ständig geprüft und nach Möglichkeit realisiert. Ein besonderer Schwerpunkt dient der Energieeinsparung durch umfassende Wärmedämmmaßnahmen, Einbau von moderner Heizungstechnik einschließlich zentraler Warmwasserversorgung sowie nach Möglichkeit Verwendung von Solarenergie bei Neubauten und im Bestand.

Nach Abschluss der Kanalsanierung aller Gebäude in der Wasserschutzzone I - III werden alle übrigen Hausanschlusskanäle untersucht bzw. repariert. Ebenso werden - nach Möglichkeit - Flächen entsiegelt.

10. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind im Schwerpunkt die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Dabei ist eine sichere und sozialverantwortliche Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung von besonderer Bedeutung.

Diese Aufgabe wurde insbesondere durch die Vermietung von 570 freigewordenen Wohnungen aus dem Bestand erfüllt, bei der bevorzugt Familien und Personen berücksichtigt wurden, die auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt teilweise nur schwierig eine Wohnung finden.

Die WGL stellt der Stadt Leverkusen jährlich die relevanten Unternehmensdaten für den Beteiligungsbericht der Stadt Leverkusen zur Verfügung - hierin enthalten sind auch Betriebsvergleichsdaten mit Wohnungsunternehmen vergleichbarer Größenordnung.

11. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren werden anhand folgender Kennzahlen dargestellt:

		<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
Bilanzsumme	Mio. EUR	282,3	285,2	282,5
Eigenkapitalquote	%	31,5	29,8	29,1
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	Mio. EUR	42,2	41,4	41,3
Sollmieten	Mio. EUR	30,0	29,4	28,9
Durchschnittliche Wohnungssollmieten	EUR/m ² /p.m.	5,25	5,16	5,05
Durchschnittliche Nebenkosten inkl. Heizkosten (Wohnungen)	EUR/m ² /p.m.	2,49	2,45	2,40
Allgemeine Instandhaltungskosten	Mio. EUR	11,4	12,3	10,4

Hinsichtlich der nicht finanziellen Leistungsindikatoren verweisen wir auf I/8 und I/9.

II. Risikomanagement

Die WGL hat ein umfassendes Risikomanagement entwickelt, das erstmals 1998 zur Anwendung gekommen ist und ständig weiterentwickelt wird.

Die wesentlichen Elemente des Risikomanagements sind:

- Risikokennzahlen mit Prognose für das laufende Jahr,
- Cash-Management,
- Darlehens-Management,
- Grundbuch-Management,
- Portfolio-Management,
- monatliche Risiko-Management-Runde mit Risikobericht,
- mehrjährige Wirtschafts- und Finanzpläne,
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat und den Gesellschafter,
- Verhaltenskodex der WGL (Fraud).

Durch das bestehende System (Frühwarnsystem und Controlling) werden Risiken sowie jede Abweichung von Planzielen frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen. Durch das aktive Darlehensportfoliomanagement werden Risiken aus Zinsänderungen minimiert. Außerdem werden durch ein Grundbuchmanagement die Beleihungsmöglichkeiten ausgeschöpft.

Die aktuelle sowie kurz- und langfristige Einschätzung von Risiken wird durch die aktive Mitarbeit und den Informationsaustausch in der Arbeitsgemeinschaft Leverkusener Wohnungsunternehmen sowie der Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen (und Umgebung) verbessert. Darüber hinaus arbeitete die WGL an der Erstellung der Wohnungsmarktbeobachtung der Wohnungsbauförderungsanstalt Düsseldorf und des Wohnungsmarktberichtes der Stadt Leverkusen mit. Weiterhin werden Planungen und Baumaßnahmen im relevanten Umfeld der WGL-Immobilien laufend beobachtet, ausgewertet und in die Unternehmenssteuerung aufgenommen.

III. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 3.811 erzielt. Die Erhöhung zum Vorjahr ist durch geringere Instandhaltungskosten zu erklären. Höhere Mieteinnahmen verbesserten ebenfalls das Ergebnis. Das Ergebnis der neutralen Rechnung wurde im Wesentlichen durch Buchgewinne aus Grundstücksverkäufen beeinflusst. In 2012 sind außerplanmäßige Abschreibungen von rund TEUR 97 enthalten.

	2012	2011	Veränderung	
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	%
A. Ordentliche Rechnung				
I. Deckungsbeitrag aus				
1. der Hausbewirtschaftung	7.623	5.988	1.635	27,3
2. der Bautätigkeit des Umlaufvermögens	0	0	0	0,0
3. der Verwalterbetreuung	534	485	49	10,1
4. Sonstigem	168	164	4	2,4
= Summe der Deckungsbeiträge	8.325	6.637	1.688	25,4
II. Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	<u>5.175</u>	<u>4.567</u>	<u>608</u>	13,3
= Betriebliches Leistungsergebnis (I. abzüglich II.)	<u>3.150</u>	<u>2.070</u>	<u>1.080</u>	52,2
III. Ergebnis der Finanzrechnung	<u>402</u>	<u>487</u>	<u>-85</u>	-17,5
= Ergebnis der ordentlichen Rechnung	<u>3.552</u>	<u>2.557</u>	<u>995</u>	38,9
B. Neutrale Rechnung	<u>259</u>	<u>427</u>	<u>-168</u>	-39,3
C. Jahresergebnis vor Steuern v. Einkommen u. Ertrag	<u>3.811</u>	<u>2.984</u>	<u>827</u>	
D. Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
E. Jahresüberschuss	<u>3.811</u>	<u>2.984</u>	<u>827</u>	

IV. Finanzlage

Die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Die Liquidität war über das ganze Jahr 2012 gegeben. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Einbeziehung der Finanzierung auch für 2013 gesichert.

Die folgende Kapitalflussrechnung gibt eine transparente Übersicht:

	2012 <u>TEUR</u>	2011 <u>TEUR</u>
Jahresergebnis	3.811	2.984
Abschreibungen/Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen	5.338	5.223
Aktivierete Eigenleistungen	-139	-150
Zunahme/Abnahme (-) langfristiger Rückstellungen	-25	-35
Abschreibungen auf Forderungen	237	218
Abschreibungen auf Geldbeschaffungskosten	30	30
Erhöhung der Pauschalwertberichtigung auf Mietforderungen	0	0
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	-2	-1
Sonstige zahlungswirksame Erträge/Aufwendungen	<u>-70</u>	<u>-125</u>
Cashflow nach DVFA/SG	<u>9.180</u>	<u>8.144</u>
Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen	-58	-77
Gewinn aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-359	-800
Zunahme (-) / Abnahme sonstige Aktiva	-585	-486
Zunahme / Abnahme (-) sonstige Passiva	<u>-88</u>	<u>618</u>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	<u>8.090</u>	<u>7.399</u>
Planmäßige Tilgungen	<u>-6.913</u>	<u>-6.599</u>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nach planmäßigen Tilgungen	<u>1.177</u>	<u>800</u>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	879	1.180
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und in immaterielle Anlagen	-9.399	-3.977
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	3.316	311
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	<u>-3.069</u>	<u>-7.806</u>
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-8.273</u>	<u>-10.292</u>
Einzahlungen aus der Valutierung von Darlehen	5.461	12.820
Außerplanmäßige Tilgungen und Rückzahlungen	-5.132	-7.035
Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen	<u>1.744</u>	<u>40</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>2.073</u>	<u>5.825</u>
Cashflow aus außerordentlichen Posten	<u>70</u>	<u>125</u>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-4.953	-3.542
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>9.915</u>	<u>13.457</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>4.962</u>	<u>9.915</u>

	31.12.2012	31.12.2011
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	2.135	7.574
Bausparguthaben	<u>2.827</u>	<u>2.341</u>
	<u>4.962</u>	<u>9.915</u>

V. Vermögenslage

Die langfristigen Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag fristengerecht mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital finanziert. Die Höhe der Eigenkapitalquote liegt 2012 mit 31,5 % (2011: 29,8 %) im Branchendurchschnitt vergleichbarer Unternehmen.

	31.12.2012		31.12.2011	
	gesamt		gesamt	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
Vermögen				
Immaterielle Anlagen	362	0,1	390	0,1
Grundstücke mit Bauten	239.926	85,0	237.778	83,4
Restliche Sachanlagen	3.456	1,2	3.638	1,3
Finanzanlagen	<u>19.989</u>	<u>7,1</u>	<u>20.237</u>	<u>7,1</u>
Anlagevermögen	<u>263.733</u>	<u>93,4</u>	<u>262.043</u>	<u>91,9</u>
Vorräte	12.133	4,3	11.899	4,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.174	0,4	1.063	0,4
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	4.963	1,8	9.915	3,5
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	<u>259</u>	<u>0,1</u>	<u>286</u>	<u>0,0</u>
Umlaufvermögen/RAP	<u>18.529</u>	<u>6,6</u>	<u>23.163</u>	<u>8,1</u>
	<u>282.262</u>	<u>100,0</u>	<u>285.206</u>	<u>100,0</u>
Kapital				
Gezeichnetes Kapital	17.622	6,3	17.622	6,2
Gewinnrücklagen	67.865	24,0	64.798	22,7
Bilanzgewinn	<u>3.429</u>	<u>1,2</u>	<u>2.685</u>	<u>0,9</u>
Eigenkapital	<u>88.916</u>	<u>31,5</u>	<u>85.105</u>	<u>29,8</u>
Rückstellungen	2.272	0,8	2.355	0,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern	169.195	59,9	175.685	61,6
Erhaltene Anzahlungen	13.176	4,7	12.953	4,5
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	6.125	2,2	6.230	2,2
Übrige Verbindlichkeiten	<u>2.578</u>	<u>0,9</u>	<u>2.878</u>	<u>1,1</u>
Fremdkapital	<u>193.346</u>	<u>68,5</u>	<u>200.101</u>	<u>70,2</u>
	<u>282.262</u>	<u>100,0</u>	<u>285.206</u>	<u>100,0</u>

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage stimmen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts mit der dargestellten Lage überein.

VI. Risiken in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Preisänderungsrisiken unterliegt die Gesellschaft bei Verbindlichkeiten, während diese bei den Finanzanlagen und den Forderungen nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Darlehen sind mit einem Zinsfestschreibungszeitraum von 10 - 15 Jahren ausgestattet und einem maximalen zeitlichen Auslauf bis 2028 (Forward-Darlehen). Damit werden Risiken minimiert.

Dem bei den Forderungen bestehenden Ausfallrisiko wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen.

Liquiditätsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Die Liquidität 1. und 2. Grades ist jeweils positiv. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gegeben. Die zugesagte Kreditlinie stand am Bilanzstichtag vollständig zur Verfügung. Bei den Objekten des Anlagevermögens bestehen Beleihungsspielräume.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen unterliegt die Gesellschaft durch kontinuierliche monatliche Mietzahlungen nicht.

VII. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

In der Bestandsverwaltung werden grundsätzlich Risiken in steigenden Mietrückständen, einer zunehmenden Fluktuationsrate, Mietverzichten, Mietausfällen und Wertberichtigungen bei Mietforderungen gesehen. Die erforderlichen Maßnahmen sind getroffen worden, um auf diese mögliche Entwicklung reagieren zu können. Die Chancen weiterer Mieterhöhungen werden in der laufenden Modernisierung gesehen.

Die jeweiligen Standorte für die Durchführung von Neubauprojekten und potentiellen Bauträgermaßnahmen werden durch die Gesellschaft sorgfältig unter Berücksichtigung der Marktverhältnisse geprüft. Bei einem positiven Ergebnis der Prüfung werden Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt. Größere Risiken sind nicht zu erwarten, da aufgrund eines erhöhten regionalen Wohnungsbedarfes zukünftig mit weiterem Entwicklungspotenzial zu rechnen ist.

Die verwaltungsmäßige Betreuung für Dritte und die WEG- Verwaltung führt die WGL in steigendem Umfang durch. Die Risiken aus der Verwaltungsbetreuung und der WEG-Verwaltung sind überschaubar.

Aus den genannten Risiken resultiert keine Bestandsgefährdung für die Gesellschaft.

VIII. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

IX. Voraussichtliche Entwicklung

Das Hauptziel bleibt, den vorhandenen Wohnungsbestand weiterhin marktgerecht instand zu halten und zu modernisieren. Daneben wird die Betreuung von Immobilien anderer Eigentümer weiter ausgebaut. Nachverdichtungen werden auch weiterhin in den nächsten Jahren durchgeführt. In 2013 werden 7 von insgesamt 10 Kindertagesstätten auf dem Stadtgebiet von Leverkusen errichtet.

Die günstigen Zinsen bei der Prolongation und Umschuldung bewirken eine nicht unerhebliche Ergebnisverbesserung.

Positiv auf das Ergebnis wirkt sich ebenfalls die sinkende Fluktuationsrate aus.

Das wirtschaftliche Ergebnis wird sich in den kommenden 5 Jahren, bei vorsichtiger Betrachtungsweise, zwischen 2,8 und 2,9 Mio. EUR bewegen. Voraussetzung hierfür ist die Geschäftstätigkeit im bisherigen Umfang.

Leverkusen, 04.März 2013

Geschäftsführung

Wolfgang Mues

AVEA

Konzernbilanz zum 31.12.2012

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

Konzernlagebericht

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012
der Firma AVEA GmbH & Co. KG, Leverkusen

Aktiva :

	€	€	€	Vorjahr T€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Firmenwert	9.450,00			11,3
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>454.869,00</u>	464.319,00		612,7
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	45.986.439,01			48.307,6
2. Technische Anlagen und Maschinen	39.742.824,00			41.337,0
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.443.332,00			3.835,1
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>4.453.205,11</u>	94.625.800,12		2.729,9
III. Finanzanlagen				
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	77.070,90			66,0
2. Sonstige Ausleihungen	<u>1.963.931,43</u>	<u>2.041.002,33</u>	97.131.121,45	2.075,0
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		4.183.473,65		3.765,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.371.146,15			3.127,2
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.609.017,54</u>	5.980.163,69		3.027,6
III. Kassenbestand, Postgiro Guthaben Guthaben bei Kreditinstituten		<u>13.247.846,23</u>	23.411.483,57	16.778,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten			87.555,77	44,0
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			<u>13.873,45</u>	<u>272,0</u>
		<u><u>120.644.034,24</u></u>		<u><u>125.988,6</u></u>

Passiva :

	€	€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	11.000.000,00		11.000,0
II. Kapitalrücklagen Kommanditisten	26.770.050,01		26.770,1
III. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	486,16		0,5
IV. Bilanzgewinn Kommanditisten	<u>11.518.672,98</u>	49.289.209,15	10.881,6
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	535.785,00		717,6
2. Sonstige Rückstellungen	<u>14.323.985,04</u>	14.859.770,04	14.187,6
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39.401.169,84		44.718,9
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.747.849,31		6.216,2
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	11.577.325,94		10.435,0
4. Sonstige Verbindlichkeiten			
-davon aus Steuern € 513.739,09			
-davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00			
	<u>768.709,96</u>	56.495.055,05	1.061,1
		<u><u>120.644.034,24</u></u>	<u><u>125.988,6</u></u>

Konzern AVEA GmbH & Co. KG
Leverkusen

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	€	€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse		68.532.653,39	76.374,1
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Vorjahr: Erhöhung)		0,00	499,3
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>3.103.737,73</u>	<u>2.422,9</u>
		71.636.391,12	79.296,3
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.089.895,11		8.021,2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>16.296.400,31</u>	23.386.295,42	16.336,2
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	16.048.437,44		17.977,4
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung 1.080.549,70 € (Vorjahr: 1.158 T€)	<u>4.109.684,56</u>	20.158.122,00	4.689,6
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		10.044.791,68	10.677,3
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>10.905.638,68</u>	<u>13.662,3</u>
8. Betriebsergebnis		7.141.543,34	7.932,3
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	128.772,77		12,2
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33.981,02		463,4
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>2.115.806,93</u>	<u>-1.953.053,14</u>	<u>2.236,3</u>
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		5.188.490,20	6.171,6
13. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	2.799,9
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.005.577,99	740,8
15. Sonstige Steuern		<u>195.831,61</u>	<u>215,9</u>
16. Jahresüberschuss		3.987.080,60	2.415,0
17. Gewinnvortrag		10.881.592,38	11.924,9
18. Gewinnentnahme		-3.350.000,00	-3.347,9
19. Anteil fremder Gesellschafter am Jahresfehlbetrag (Vorjahr: Jahresüberschuß)		<u>0,00</u>	<u>-110,4</u>
20. Bilanzgewinn Kommanditisten		<u>11.518.672,98</u>	<u>10.881,6</u>

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012 der AVEA GmbH & Co. KG, Leverkusen

1. Rahmenbedingungen, Organisation und Geschäftsverlauf

1.1 Rahmenbedingungen

Der AVEA Konzern steht unter der einheitlichen Leitung der AVEA GmbH & Co. KG. Die AVEA GmbH & Co. KG (Muttersgesellschaft) ist ein in der Abfallwirtschaft tätiges Unternehmen, das in der Stadt Leverkusen, im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Oberbergischen Kreis operativ tätig ist. Es hat seinen Hauptsitz in Leverkusen und unterhält eine Zweigniederlassung in Engelskirchen. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Köln unter HRA 20829 eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens sind die Aufgaben der Abfallwirtschaft. Die Gesellschaft ist insbesondere zuständig für den Betrieb von Abfallverwertungs- und Abfallentsorgungsanlagen, die Sammlung und den Transport von Abfällen und Wertstoffen sowie die Entwicklung und Beratung auf den Gebieten der Abfallvermeidung, Abfallverwertung und der Abfallbeseitigung.

Alleinige Kommanditisten der AVEA GmbH & Co. KG und Gesellschafter ihrer Komplementär-GmbH (AVEA Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH) sind zu je 50 % die Stadt Leverkusen und der Bergische Abfallwirtschaftsverband (BAV). Mitglieder des BAV sind der Rheinisch-Bergische Kreis und der Oberbergische Kreis.

Die AVEA GmbH & Co. KG ist eine Managementholding. Auf dieser Grundlage werden in der Regel alle externen Umsatzerlöse durch die AVEA GmbH & Co. KG realisiert.

Die Leistungen der Tochterunternehmen werden überwiegend an die Muttersgesellschaft abgerechnet, die diese dann ihrerseits an die externen Leistungsempfänger weiterberechnet. Die Tochterunternehmen ihrerseits erhielten im Jahr 2012 von der AVEA GmbH & Co. KG eine an dem Leistungsanteil des jeweiligen Tochterunternehmens und dem Marktpreis orientierte Vergütung.

Der Konzern hat im Jahr 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 3.987 (Vorjahr T€ 2.415) erwirtschaftet.

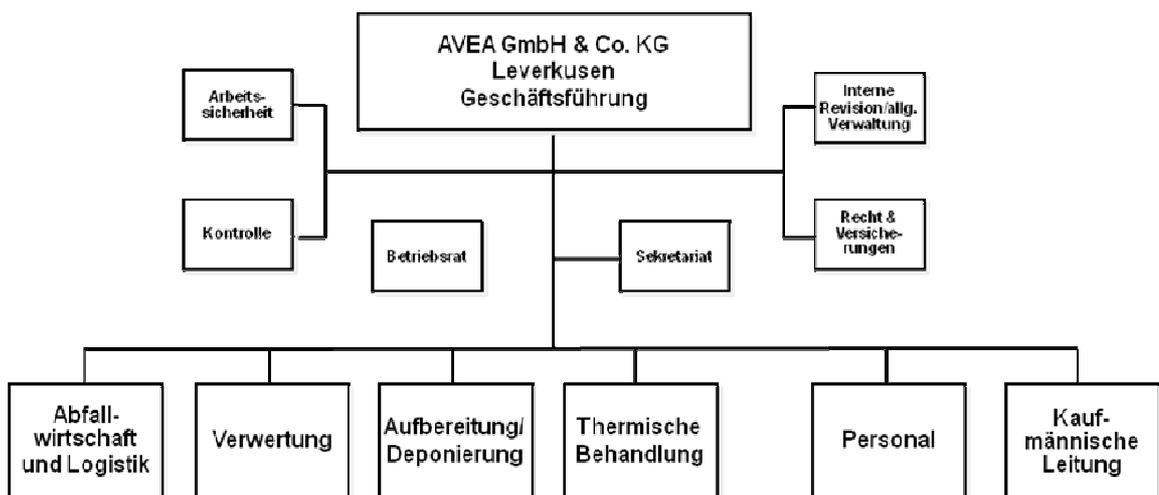
Mit Notarvertrag vom 16.07.2012 wurden die Unternehmen AVEA MHKW Leverkusen GmbH & Co. KG und die AVEA MHKW Verwaltungsgesellschaft mbH auf die AVEA Recycling und Logistik GmbH & Co. KG – im Innenverhältnis mit Wirkung zum 01.01.2012 - verschmolzen. Zudem wurde die Gesellschaft in AVEA Entsorgungsbetriebe GmbH & Co. KG (kurz: AEB) umfirmiert. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 30.07.2012.

Seitdem bedient sich die AVEA zur Durchführung des operativen Geschäftes folgender Tochtergesellschaften:

- AVEA Entsorgungsbetriebe GmbH & Co. KG
- AVEA Entsorgungsbetriebe Verwaltungsgesellschaft mbH (Komplementärin)
- AVEA Aufbereitungs- und Deponierungsgesellschaft mbH & Co. KG
- ADG Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Komplementärin)

1.2 Organisation

Die Aufbauorganisation der AVEA-Unternehmensgruppe ist folgendermaßen gegliedert:



Im Rahmen der Aufbauorganisation sind die entsprechenden Betriebsabläufe klar gegliedert und Aufgabenbereiche mit entsprechenden Entscheidungsbe-fugnissen ausgestattet. Zentrale Aufgaben werden aufgrund des Subunter-nehmerkonzeptes für die Tochterunternehmen durchgeführt.

Die Geschäftsführung obliegt der AVEA Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit dem Geschäftsführer Herrn Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Spro-kamp.

Die Bereiche Kaufmännische Leitung, Personal, Abfallwirtschaft (Bereich Abfallwirtschaft und Logistik) sowie die Planungsabteilung (Bereich Verwertung) sind der AVEA GmbH & Co. KG (Holding) organisatorisch zugeordnet und übernehmen dort zentrale Aufgaben für die operativen Unternehmensbereiche.

1.3 AVEA Unternehmensbereiche

Logistik	Verwertung	Thermische Behandlung	Aufbereitung/ Deponierung
AVEA Entsorgungsbetriebe GmbH & Co. KG			AVEA Aufberei- tungs- und Depo- nierungs GmbH & Co. KG

Die Unternehmensbereiche Logistik, Verwertung, Thermische Behandlung sowie Aufbereitung/Deponierung nehmen dabei operative Aufgaben wahr.

Der Unternehmensbereich Logistik besteht aus dem Unternehmen AVEA Entsorgungsbetriebe GmbH & Co. KG Bereich Logistik. Der Unternehmensbereich Logistik ist zuständig für das Einsammeln und den Transport von Abfällen/Wertstoffen, dem Betrieb des Wertstoffzentrums und der stationären Schadstoffannahmestelle in Leverkusen sowie der mobilen Schadstoffsammlung.

Der Bereich Verwertung innerhalb der AVEA Entsorgungsbetriebe GmbH & Co. KG übernimmt den Betrieb einer Abfallsortieranlage, den Betrieb einer Vergärungsanlage und den Betrieb von Grünabfallkompostierungsanlagen.

Weiterhin sind die Erfassung, der Transport und die Demontage von Elektroaltgeräten aus kommunaler und gewerblicher Sammlung einschließlich ihrer ordnungsgemäßen Verwertung/Entsorgung in diesem Bereich zugeordnet. Die sich ergebenden Wertstoffe werden vermarktet.

Der Bereich Thermische Behandlung ist nach der Verschmelzung der AVEA Entsorgungsbetriebe GmbH & Co. KG zugeordnet.

Zum Unternehmensbereich Aufbereitung/Deponierung gehört das Unternehmen AVEA Aufbereitungs- und Deponierungs GmbH & Co. KG. Gegenstand dieses Unternehmens ist der Ausbau und Betrieb von Deponien, die Sammlung und Entsorgung von Sonderabfällen sowie die Beseitigung und Verwertung von Abfällen und Reststoffen.

1.4 Geschäftsverlauf der Unternehmensbereiche in 2012

1.4.1 Logistik

Das Kerngeschäft des Geschäftsbereiches Logistik ist auch im Berichtsjahr die Einsammlung und der Transport von Abfällen/Wertstoffen im Stadtgebiet Leverkusen, der Betrieb des Wertstoffzentrums sowie der Betrieb der Schadstoffannahmestelle. Hierbei handelt es sich um kommunale Aufträge.

Im November / Dezember wurde über mehrere Wochen die Laubsammlung im Stadtgebiet Leverkusen im Auftrag der Technischen Betriebe Leverkusen reibungslos durchgeführt. Die Anzahl der Meldungen zum Wilden Müll im Stadtgebiet Leverkusen hat leicht zugenommen, während die entsorgte Abfallmenge rückläufig war.

Auf Grund saisonal erhöhten Sperrmüllaufkommens wurden im Dezember zusätzliche Fahrzeug- und Personalkapazitäten in der Sperrmüllsammlung eingesetzt.

1.4.2 Verwertung

In 2012 wurden von dem Unternehmen im Bereich Bioabfallvergärung und Grünabfallkompostierung insgesamt 89.046 t Bio- und Grünabfall angenommen. Von der Gesamttonnage entfielen 57.742 t auf den Bioabfall.

Die Arbeiten im Rahmen der Erweiterung der Vergärungs- und Kompostierungsanlage Leppe (VKL) gingen zügig weiter und wurden zu 90 % fertig gestellt. Die neue Auffangwanne, die Hygienisierung, zusätzliche Lagertanks und die Presswasserspeicher sind komplett fertig gestellt. Bedingt durch den frühen Wintereinbruch werden die abschließenden Asphaltarbeiten erst Anfang 2013 durchgeführt.

Im Juni 2012 wurden zwei alte Blockheizkraftwerke gegen Neuaggregate getauscht. Durch die weiterentwickelte Technik stieg der elektrische Wirkungsgrad der Anlage um ca. 20%. Zudem kann nun mit der Abwärme der Motoren der Standort des Entsorgungszentrums Leppe mit Wärme versorgt werden. Die überschüssige Menge wird für den Betrieb einer Holz Trocknung eingesetzt.

Auf den drei Biomassezentren macht die Produktion von Holzbrennstoffen aus Grünabfällen für Biomassekraftwerke weiterhin gute Fortschritte. Das Planziel 2012 konnte leicht überschritten werden.

Für den Standort des Rohstoffrückgewinnungszentrums Bockenberg in Bergisch Gladbach wurde 2012 mit der Erweiterungsplanung begonnen. Im We-

sentlichen soll die Infrastruktur angepasst und zwei Hallen für abfallwirtschaftliche Tätigkeiten errichtet werden. Der Betrieb der Gesamtanlage läuft entsprechend der Planung.

1.4.3 Aufbereitung/Deponierung

Im Entsorgungszentrum Leppe wurde im 4. Quartal auf dem Rostascheplatz mit Siebanlage ein Austausch der alten Siebmaschine und die Installation weiterer Klassierstufen realisiert. Im Hinblick auf die durchgeführten Maßnahmen mussten am Standort keine baulichen Veränderungen durchgeführt werden, da auch die erneute Anlagentechnik semimobil ist und auf der vorhandenen Schwarzdecke aufgestellt wurde.

Das neue optimierte Zusammenspiel der Klassierstufen ermöglicht nun eine Kornvereinzelnung auf den beiden Wirbelstromabscheidern, so dass das Wertstoffausbringen der NE-Metalle erheblich gesteigert werden konnte.

Auf der Mineralikdeponie Leppe inkl. des Projektes Metabolon wurden im Geschäftsjahr 2012 ca. 124.000 Tonnen (im Vorjahr: 149.000 Tonnen) Abfälle abgelagert. Auf der Erddeponie Lüderich wurde ein Volumen von rd. 135.000 m³ (im Vorjahr 83.000 m³) deponiert. In der Müllumschlagsanlage Leppe wurden rd. 69.000 Tonnen (im Vorjahr: 77.000 Tonnen) zu größeren Transporteinheiten verladen.

1.4.4 Thermische Behandlung

Im Jahr 2012 konnten die Verbrennungslinien weiterhin mit hoher Verfügbarkeit betrieben werden.

Die planmäßigen Anlieferungen in Höhe von 216.000 t wurden mit 231.927 t weit überschritten.

Der negative Trend bei der Fernwärmeauskopplung hat sich auf Grund der insgesamt sehr milden Witterung fortgesetzt. Der Planansatz wurde auf Grund der negativen Erfahrungen aus den Vorjahren von 138.000 MWh auf 132.000 MWh reduziert. Dieser Wert wurde mit annähernd 130.500 MWh nur noch geringfügig unterschritten. Die Preise für die Fernwärme lagen jedoch über dem Planansatz.

Der Turbogenerator befindet sich im stabilen Dauerbetrieb. In 2012 konnten insgesamt ca. 36.000 MWh elektrische Energie in das öffentliche Netz eingespeist werden. Damit wurden bei der Stromauskopplung die mengenmäßigen Planansätze annähernd erreicht, hier ist jedoch die Preisentwicklung extrem negativ und deutlich unter dem Planansatz.

Für die Ersatzinvestition der Kesselanlage wurde entschieden, zunächst nur die Müllbunkererweiterung weiter zu verfolgen. Die Investitionen für eine neue Kesselanlage wurden auf Grund der unsicheren Entwicklung auf dem Müllsektor zunächst zurückgestellt. Die Unterlagen für den Scoping-Termin wurden entsprechend angepasst.

2. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

2.1 Ertragslage

Für den Konzern stellt sich die Ertragslage gegenüber dem Jahr 2012 wie folgt dar:

	2012 in T€	2011 in T€	Veränderung in %
Erträge	71.799	79.772	-10
Aufwendungen	67.812	77.357	-12
Jahresüberschuss	3.987	2.415	65

Das Jahresergebnis des Vorjahres war insbesondere durch Veräußerungsverluste aufgrund der Übertragung der Anteile der RELOGA Holding GmbH & Co. KG sowie deren Komplementärin auf die Gesellschafter belastet. Aus diesem Sondervorgang resultierte insbesondere der niedrigere Jahresüberschuss des Vorjahres gegenüber dem Berichtsjahr.

Im Einzelnen setzen sich die Erträge wie folgt zusammen:

	2012 in T€	2011 in T€	Veränderung in %
Umsatzerlöse	68.533	76.374	-10
Bestandserhöhungen	0	499	-100
sonstige Zinserträge	162	476	-66
sonstige Erträge	3.104	2.423	28
Gesamt	71.799	79.772	-10

Die Erträge sind gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich durch geringere Umsatzerlöse, wegen der Übertragung von Leistungen auf Unternehmen der RELOGA-Gruppe, gesunken.

Bei den Aufwendungen ergeben sich folgende Ansätze:

	2012 in T€	2011 in T€	<u>Veränderung</u> in %
Materialaufwand	23.386	24.357	-4
Personalaufwand	20.158	22.667	-11
Kapitalaufwand (AfA und Zinsen)	12.160	12.914	-6
übrige Aufwendungen	10.906	13.662	-20
Außerordentliche Aufwendungen	0	2.800	-100
Ertragsteuern	1.006	741	36
sonstige Steuern	196	216	-9
Gesamt	67.812	77.357	-12

Korrespondierend zu der Übertragung von Leistungen sind die damit in Zusammenhang stehenden entsprechenden Aufwendungen im AVEA-Konzern weggefallen. Aus diesem Grund sind die Aufwandspositionen gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich verringert.

In den außerordentlichen Aufwendungen des Vorjahres sind die Veräußerungsverluste aus der Entkonsolidierung dargestellt.

Die Abweichung bei den Ertragsteuern zum Vorjahr resultiert insbesondere aus der erfolgten ertragswirksamen Auflösung einer Steuerrückstellung im Jahr 2011.

Im Konzern waren im Geschäftsjahr 2012 einschließlich der Geschäftsführer durchschnittlich 371 Mitarbeiter/innen (Vorjahr: 451) beschäftigt.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2012 in T€	2011 in T€
Löhne und Gehälter	16.048	17.977
soziale Abgaben	4.110	4.690
Gesamt	20.158	22.667

Trotz geringerer Mitarbeiterzahl sind die Personalaufwendungen wegen der Betriebsvereinbarung - ATZ vom 10.02.2011 nicht im proportionalen Verhältnis zurückgegangen.

2.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2012 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von T€ 125.989 um T€ 5.345 auf T€ 120.644 verringert.

Anlagenzugängen in Höhe von T€ 8.879 standen Anlagenabgänge im Buchwert von T€ 401 (im Wert von ursprünglichen Anschaffungskosten von T€ 2.272), Umgliederungen in Höhe von T€ 277 sowie Abschreibungen in Höhe von T€ 10.045 gegenüber. Dadurch verringerte sich das Anlagevermögen im Vergleich zum Vorjahr um T€ 1.844 auf T€ 97.131.

Das Umlaufvermögen ist im Wesentlichen durch die Abnahme der liquiden Mittel von T€ 26.698 um T€ 3.287 auf T€ 23.411 gesunken.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital von T€ 48.652 auf T€ 49.289 erhöht und zwar durch den Jahresüberschuss in Höhe von T€ 3.987 bei gleichzeitiger Gewinnentnahme in Höhe von T€ 3.350.

Das Eigenkapital setzt sich folgendermaßen zusammen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränderung in</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>in T€</u>	<u>in T€</u>	<u>T€</u>	<u>in %</u>
Kapitalanteile der Kommanditisten	11.000	11.000	0	0
Rücklagen Kommanditisten	26.770	26.770	0	0
Bilanzgewinn	<u>11.519</u>	<u>10.882</u>	<u>637</u>	<u>6</u>
Gesamt	<u>49.289</u>	<u>48.652</u>	<u>637</u>	<u>1</u>

Die Rückstellungen in Höhe von T€ 14.860 setzen sich aus den Steuerrückstellungen mit T€ 536 und den sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 14.324 zusammen.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten von T€ 62.431 auf T€ 56.495 ist im Wesentlichen auf Tilgungen von Darlehen in Höhe von T€ 5.361 zurückzuführen.

2.3 Finanzlage

Zur Darstellung der Finanzlage der Gesellschaft werden nachfolgende betriebswirtschaftliche Kennzahlen aufgeführt:

2.3.1 Wirtschaftliches Eigenkapital und Eigenkapitalquote

Nach der bisherigen Stellungnahme des Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) PH 9.720.1 in der Fassung vom 27.02.2007 ist im Regelfall eine Eigenkapitalausstattung zwischen 30 % und 40 % als angemessen anzusehen.

Berechnung der Eigenkapitalquote:

	<u>31.12.2012</u> in T€	<u>31.12.2011</u> in T€
Eigenkapital	49.289	48.652
Bilanzsumme	<u>120.644</u>	<u>125.989</u>
Eigenkapitalquote in %	<u>40,9</u>	<u>38,6</u>

Die Eigenkapitalquote des Konzerns liegt zum 31.12.2012 bei rd. 41 %.

Die Eigenkapitalausstattung des Konzerns ist daher als angemessen anzusehen.

2.3.2 Wirtschaftliche Kennzahlen

Die Eigenkapitalrentabilität zum 31.12.2012 bezogen auf das Eigenkapital ohne Jahresüberschuss 2012 beträgt 8,8 % (Vorjahr 5,2 %).

Die Umsatzrentabilität beträgt 5,8 % (Vorjahr 3,2 %).

2.3.3 Liquidität 2. Grades

Die Gegenüberstellung des kurzfristig rückzahlbaren Fremdkapitals (T€ 26.472) und der kurzfristig zur Finanzierung dieser Fremdkapitalmittel zur Verfügung stehenden Vermögenswerte (liquide Mittel, Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und Vorräte (T€ 23.411)) weist zum Bilanzstichtag ein Verhältnis von rd. 88 % auf. Somit ist zum Bilanzstichtag das kurzfristige Fremdkapital durch kurzfristige Finanzmittel zu rd. 88 % gedeckt.

2.3.4 Anlagendeckungsgrad II

Die Kennzahlen zum Anlagendeckungsgrad vermitteln spezielle Relationen zwischen langfristigen Vermögens- und Kapitalpositionen. Grundsätzlich sollte die Kapitalüberlassungsdauer der Kapitalbindungsdauer entsprechen. Kapitalstrukturrisiken können entstehen, wenn Kapital in größerem Umfang länger gebunden ist, als es seitens der Kapitalgeber zur Verfügung gestellt worden ist.

	31.12.2012	31.12.2011
	in T€	in T€
Eigenkapital	49.289	48.652
mittel- und langfristiges Fremdkapital	44.883	47.332
Summe	94.172	95.984
Anlagevermögen	97.131	98.975
Anlagendeckungsgrad in %	97,0	97,0

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist aus unserer Sicht zufriedenstellend.

3. Risikobericht

Die Geschäftsfelder der AVEA sind im Rahmen ihrer Aktivitäten und aufgrund der schnellen Veränderungen innerhalb der Branche sowie bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen einer Vielzahl von Unternehmensrisiken ausgesetzt.

Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben sind wirksame Steuerungs- und Kontrollinstrumente eingesetzt, die zu einem einheitlichen Risikomanagementsystem zusammengefasst sind und permanent überprüft und weiterentwickelt werden.

Dieses Risikomanagementsystem ermöglicht es der Geschäftsführung, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen und gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten.

Daneben wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung das Risikomanagementsystem durch die Wirtschaftsprüfer dahingehend auf seine grundsätzliche Eignung geprüft, ob die dem Fortbestand des Unternehmens gefährdeten und dokumentierten Risiken vollständig dargestellt wurden.

Das Risikomanagement ist wesentlicher Bestandteil der quartalsweisen Berichterstattung an die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat und zielt auf regelmäßige systematische Identifikation, Kontrolle, Beurteilung und Dokumentation von Risiken ab.

Hierzu wurde als Hilfsmittel zur Risikoerkennung im ersten Schritt unter Anwendung des durch das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) entwickelten Fragenkatalogs eine Risikoinventur durchgeführt. Dabei wurden die aus den Fachbereichen einzeln benannten Risiken in die Risikoarten

- Strategie-/Umfeldrisiken
- Finanzwirtschaftliche Risiken
- Leistungswirtschaftliche Risiken
- Personelle Risiken
- Technische Risiken

unterteilt und nach Schadenshöhe sowie der voraussichtlichen Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Durch die Marktentwicklung sind Risiken durch steigende Energie- und Rohstoffpreise bzw. sinkende Stromerlöse denkbar, die als Kalkulationsbestandteile in die Berechnung der Selbstkosten einfließen und somit die Entgeltentwicklung negativ beeinflussen könnten.

Weiterhin bleibt der Hinweis auf das Risiko „Änderung der für das Unternehmen relevanten Rechtslage“ bestehen. Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz ist am 01.06.2012 in Kraft getreten. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass alle Versuche mittels der „gewerblichen Sammlung“ eine Liberalisierung der Hausmüllentsorgung durchzusetzen, gescheitert sind.

Derzeit bearbeiten die beiden Kreise sowie die Stadt Leverkusen eine Vielzahl von Anzeigen gewerblicher und gemeinnütziger Sammler. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sammlung von Altkleidern und Schrott. Das VG Köln hat mittlerweile eine Untersagungsverfügung der Stadt Leverkusen bestätigt. Gegen den Beschluss des VG Köln wurde jedoch Beschwerde beim OVG in Münster eingelegt.

Nach Einschätzung der Bereichsleiter und Stabsstellenleiter sind die beschriebenen Risiken beherrschbar. Es existieren zum 31.12.2012 wissentlich keinerlei Risiken, die den Fortbestand der AVEA bedrohen oder ernsthaft gefährden. Die sich aus den dargestellten Einzelrisiken ergebende Gesamtrisikolage hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Aufgrund der Umstrukturierung innerhalb des AVEA-Konzerns wird das Risikomanagementsystem neu gestaltet. Bei dem neuen EDV-unterstützten System „Riskcity“ ist die Einführungs- und Testphase abgeschlossen, so dass in 2013 der Risikobericht mit Hilfe dieses Systems dargestellt wird.

4. Prognose- und Nachtragsbericht

4.1 Logistik

Durch die neuen Entsorgungsverträge (Laufzeit 01.01.2012 bis 31.12.2032) werden auch in den folgenden Jahren kommunale Sammel- und Transportdienstleistungen für die Stadt Leverkusen durchgeführt.

Mit der langfristigen Anmietung eines zentral gelegenen und bereits abfallrechtlich genehmigten Standortes in der Fixheide wird in 2013 angestrebt, die Transporte von kommunalen Abfällen vom Standort „Im Eisholz“ zu verlagern. Anlaß sind zunehmende Engpässe auf dem Gelände des MHKWs durch die geplanten Standortentwicklungsmaßnahmen. Weiterhin soll eine Verbesserung der Lärm- und Geruchsbelästigungen für die Nachbarschaft herbeigeführt werden, die in den Sommermonaten gelegentlich durch die Grünschnittumladung auftritt. Der neue Standort „Fixheide“ soll anschließend mit der bestehenden Aufbereitungsanlage sukzessive entsprechend den abfallwirtschaftlichen Notwendigkeiten ausgebaut werden. Entsprechende Investitionen sind im Wirtschaftsplan 2013 vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2013 und darüber hinaus gehen wir deshalb von einem weiterhin positiven Geschäftsverlauf aus. Die Auftragslage wird sich aufgrund der Rahmenbedingungen weiterhin auf die kommunalen Geschäftsbereiche konzentrieren.

4.2 Verwertung

Im folgenden Jahr sind für diesen Bereich im Wesentlichen Investitionen für die Vergärungsanlage sowie für mobile Anlagegüter eingeplant. Auf der Vergärungsanlage werden vorwiegend Ersatzinvestitionen für die seit 1998 in Betrieb befindliche Maschinenteknik getätigt. Neben baulichen Ertüchtigungen wird die Kompostaufbereitung erneuert und die Gärrestentwässerung optimiert. Wenn die ersten Betriebserfahrungen der Holztrocknung vorliegen soll dieser Bereich ausgebaut werden.

Das wesentliche Geschäft der Sortieranlage am Standort Bockenberg ist auch in 2012 die Sortierung und Verwertung von kommunalem Sperrmüll aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Oberbergischen Kreis, der Stadt Leverkusen sowie von externen Anbietern.

In den folgenden Geschäftsjahren werden ebenso wie im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 die Materialien, die keiner stofflichen Verwertung zugeführt

werden können, in den Verbrennungsanlagen Bonn und Leverkusen thermisch verwertet.

Im Bereich der Papierverwertung wird die nahezu gleiche Menge wie im Vorjahr erwartet.

Im Bereich Bioabfallvergärung und Grünkompostierung wird aufgrund der bestehenden Entsorgungsverträge im Geschäftsjahr 2013 und den kommenden Jahren mit einem ähnlichen Geschäftsverlauf wie in 2012 gerechnet. Wesentliche Einmaleffekte sind im Jahresabschluss 2012 nicht aufgetreten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach dem Bilanzstichtag nicht vor.

4.3 Aufbereitung/Deponierung

Die genutzten Anlagen werden vom Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) gepachtet. Die Verpflichtungen zur Rekultivierung der Deponien liegen beim BAV.

Nach der Schließung der Zentraldeponie Leppe für unvorbehandelte organische Abfälle steht die Deponie nur noch für nicht organische Abfallstoffe zur Verfügung.

Es ist vorgesehen, die Ablagerung und Behandlung von mineralischen Stoffen bis Ende 2020 fortzuführen. Für den Deponieabschnitt 6.1 der Deponie Leppe in Lindlar ist der Antrag hierzu genehmigt worden.

Weiterhin werden auch das Sonderabfallzwischenlager und die E-Schrott-Übergabestelle, die Bauschutttaufbereitung, die Siebanlage für Rostaschen, die Sortieranlage für Gewerbeabfälle, das Wertstoffzentrum sowie die Müllumschlagsanlage betrieben. Die Genehmigungen des Sonderabfallzwischenlagers und der Sortieranlage auf dem Gelände des Standortes Zentraldeponie Leppe unterliegen keiner zeitlichen Beschränkung.

Die Siebanlage mit nachgeschalteter Separationstechnik dient der Ausschleusung von NE-Metallen. Die damit verbundene Vermarktung der aussortierten Wertstoffe wird auch in 2013 zur positiven Entwicklung der Ertragslage beitragen.

Aufgrund der erwarteten entsorgungswirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist auch in den Jahren 2013 und 2014 von einem positiven Verlauf auszugehen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

4.4 Thermische Behandlung

Im 1. Quartal 2013 wurden alle drei Verbrennungslinien planmäßig betrieben. Als Besonderheit ist lediglich der Ausfall eines Fernwärmetauscher der EVL auf Grund einer Leckage zu verzeichnen. Dadurch wurde die Fernwärmeauskopplung teilweise eingeschränkt.

Zum Projekt Bunkererweiterung wurden bei der Bezirksregierung Köln die Unterlagen zum Scoping-Termin eingereicht. Hier wird in Kürze der Termin zur weiteren Abstimmung stattfinden. Bei einem reibungslosen Verlauf des Verfahrens könnte die Genehmigung für die Erweiterung des bestehenden Bunkers im 3. Quartal 2013 erteilt werden.

Im Rahmen der erwarteten gesamtwirtschaftlichen positiven Entwicklung in Deutschland ist auch in den Jahren 2013 und 2014 in der Entsorgungswirtschaft von einem positiven Verlauf auszugehen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

4.6 Sonstiges

Die Entwicklung des Marktes werden wir entsprechend beobachten und auf eventuelle Preissteigerungen bzw. Erlösminderungen mit Kostenoptimierungsmaßnahmen reagieren. Im Bereich der Energie- und Rohstoffpreise werden wir die Lagerbestände je nach Preisentwicklung entsprechend anpassen.

Chancen sehen wir in dem bevorstehenden Wandel der Energiegewinnung.

Insgesamt sehen wir gute Chancen für die AVEA-Gruppe, sich im regionalen Entsorgungsmarkt weiter zu etablieren.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

Leverkusen, den 26. April 2013

AVEA GmbH & Co. KG
AVEA Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Hans-Jürgen Sprokamp
- Geschäftsführer -

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG Leverkusen

Konzernbilanz zum 31.12.2012

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

Konzernlagebericht

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, LeverkusenAKTIVA

	<u>31.12.2012</u> EUR	<u>31.12.2011</u> EUR
A. Anlagevermögen		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	84.743,71	113.090,37
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	637.192,20	668.242,74
2. Fahrzeuge für den Personenverkehr	13.962.502,51	13.309.513,72
3. Technische Anlagen und Maschinen	112.096,51	105.393,19
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.476.816,34	2.881.342,94
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	129.275,21	114.743,75
	<u>17.317.882,77</u>	<u>17.079.236,34</u>
III. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Beteiligungen	27.834,73	27.834,73
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	33.468.542,00	33.468.542,00
3. Sonstige Ausleihungen	12.326,60	12.613,04
	<u>33.508.703,33</u>	<u>33.508.989,77</u>
	<u>50.911.329,81</u>	<u>50.701.316,48</u>
B. Umlaufvermögen		
I. <u>Vorräte</u>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	574.369,52	435.953,82
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	11.688,58	12.837,76
	<u>586.058,10</u>	<u>448.791,58</u>
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	524.075,46	521.480,21
2. Sonstige Vermögensgegenstände	4.942.576,48	5.426.364,08
	<u>5.466.651,94</u>	<u>5.947.844,29</u>
III. <u>Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</u>	986.605,42	123.948,34
	<u>7.039.315,46</u>	<u>6.520.584,21</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32.080,45	29.429,49
	<u>57.982.725,72</u>	<u>57.251.330,18</u>

PASSIVA

	<u>31.12.2012</u> EUR	<u>31.12.2011</u> EUR
A. Eigenkapital		
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	5.524.200,00	5.524.200,00
II. <u>Kapitalrücklage</u>	20.084.401,76	20.084.401,76
III. <u>Gewinnrücklagen</u>	103.280,96	103.280,96
IV. <u>Bilanzgewinn</u>	<u>13.020.284,66</u>	<u>14.346.889,03</u>
	<u>38.732.167,38</u>	<u>40.058.771,75</u>
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.637.606,00	1.663.223,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>9.225.425,40</u>	<u>8.199.004,91</u>
	<u>10.863.031,40</u>	<u>9.862.227,91</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.945.444,07	5.085.785,98
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.406.665,81	1.092.357,51
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.017.917,06</u>	<u>1.134.687,03</u>
	<u>8.370.026,94</u>	<u>7.312.830,52</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	17.500,00	17.500,00
	<u>57.982.725,72</u>	<u>57.251.330,18</u>

**Konzern Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2012**
Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, Leverkusen

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
1. Umsatzerlöse	29.913.338,48	29.299.491,35
2. Sonstige betriebliche Erträge	7.629.528,48	8.945.780,82
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.688.437,55	5.543.170,38
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>6.814.855,67</u>	<u>6.699.942,60</u>
	----- 12.503.293,22	----- 12.243.112,98
4. Rohergebnis	25.039.573,74	26.002.159,19
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	12.602.783,52	12.483.365,48
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.587.640,08	3.564.554,68
- davon für Altersversorgung:		
2012: EUR 769.981,35		
2011: EUR 853.735,25		
	<u>16.190.423,60</u>	<u>16.047.920,16</u>
6. Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.472.904,04	2.334.262,06
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>5.292.937,34</u>	<u>4.409.447,67</u>
8. Betriebsergebnis	1.083.308,76	3.210.529,30
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.665.398,45	4.679.553,45
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25.164,91	13.882,04
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	90.053,27
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>346.917,14</u>	<u>268.431,55</u>
13. Finanzergebnis	2.343.646,22	4.334.950,67
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.426.954,98	7.545.479,97
15. Außerordentliche Aufwendungen	<u>27.349,00</u>	<u>27.349,00</u>
16. Außerordentliches Ergebnis	-27.349,00	-27.349,00
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.332,40	-7.351,39
18. Sonstige Steuern	<u>33.542,75</u>	<u>33.486,17</u>
19. Summe Steuern	<u>26.210,35</u>	<u>26.134,78</u>
20. Jahresüberschuss	3.373.395,63	7.491.996,19
21. Gewinnvortrag	14.346.889,03	11.554.892,84
22. Ausschüttung an die Gesellschafter	<u>-4.700.000,00</u>	<u>-4.700.000,00</u>
23. Bilanzgewinn	----- 13.020.284,66	----- 14.346.889,03

Lagebericht/Konzernlagebericht
für das Geschäftsjahr 2012

der

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, Leverkusen



Zusammengefasster Lagebericht und Konzern-Lagebericht

Der Lagebericht der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG (KWS AG) und der Konzernlagebericht werden im Folgenden zusammengefasst. Soweit nicht besonders vermerkt, gelten die Aussagen für die KWS AG und den KWS-Konzern gleichermaßen.

1. Geschäftstätigkeit und Öffentliche Zwecksetzung

Die KWS AG befindet sich zu 100 % in kommunalem Eigentum. Anteilseigner sind die Stadt Leverkusen und der Rheinisch-Bergische Kreis zu jeweils 50 %. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Satzung der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Die KWS AG nimmt als integriertes Verkehrsunternehmen die Aufgaben der Verkehrsplanung, des Marketings und der Erstellung der Verkehrsleistung umfassend wahr. Sie ist Kooperationspartner im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS).

ÖPNV ist entsprechend § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG NRW) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Die Gesellschaft wird gemäß ihrer Satzung in der Hauptsache für ihre Anteilseigner und in den Gebieten der Anteilseigner tätig. Den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW, insbesondere zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden nach § 107 Abs. 1, wird insoweit Rechnung getragen.

An dem zum Konzern gehörenden Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB) hält die KWS AG 100 % der Gesellschaftsanteile. Kerngeschäft der HBB ist die Subunternehmerleistung für die KWS AG im Linienverkehr. Darüber hinaus werden Leistungen im Gelegenheitsverkehr sowie im freigestellten Schülerverkehr an Kunden außerhalb des Konzerns erbracht.

2. Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2012 weiter gewachsen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 0,7 % gestiegen, insbesondere durch eine positive Entwicklung der Konsumausgaben und der Exporte. Die Wachstumsdynamik hat sich allerdings im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt, so dass die Aussichten für das Jahr 2013 eher verhalten einzuschätzen sind.

Der Arbeitsmarkt konnte von der wirtschaftlichen Entwicklung überdurchschnittlich profitieren. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in 2012 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % auf insgesamt ca. 41,6 Mio. Personen. Korrespondierend zur wirtschaftlichen Entwicklung war jedoch auch auf dem Arbeitsmarkt im Jahresverlauf eine Abschwächung der Dynamik zu verzeichnen.

2.2 Entwicklung der Branche

Vor dem Hintergrund der positiven konjunkturellen Impulse aus dem privaten Sektor und der dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt konnten die Fahrgastzahlen im ÖPNV im Jahr 2012 bundesweit leicht gesteigert werden. Der Zuwachs lag gemäß den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bei 0,6 %.



Allerdings zeigt sich zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln und Siedlungs-räumen eine differenzierte Entwicklung. Während im Eisenbahnverkehr (+2,1%) und im Straßenbahnverkehr (+0,7%), die insbesondere die Ballungsgebiete bedienen, auch weiterhin Zuwächse zu verzeichnen sind, konnten die Fahrgastzahlen im Busverkehr, der insbesondere den ländlichen Raum abdeckt, nur auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Dort wirken sich insbesondere sinkende Zahlen bei der Hauptkundengruppe der Schüler auf die Fahrgastentwicklung aus.

Entsprechend der Lage im Ballungsraum Köln/Bonn konnten die Unternehmen im VRS einen im Vergleich zum Bundestrend überdurchschnittlichen Fahrgastzuwachs von 1,9 % erzielen.

2.3 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Fahrgastzahlen im Linienverkehr der KWS AG sind gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % gestiegen. Analog zur allgemeinen Entwicklung waren bei den Schülern und Auszubildenden leicht rückläufige Fahrgastzahlen festzustellen. Diese konnten jedoch durch Zuwächse in anderen Fahrausweisgruppen mehr als kompensiert werden. Insbesondere das JobTicket und das für die wachsende Zielgruppe der Senioren angebotene Aktiv60Ticket haben hierzu beigetragen.

Die Umsatzerlöse aus Verbundverkehren stiegen um 2,8 %. Während für das Jahr 2012 im Wesentlichen bedingt durch die im VRS beschlossene Tarifierhöhung Mehrerlöse in Höhe von 3,5 % erzielt werden konnten, lagen die periodenfremden Verbunderlöse um 154 T€ niedriger als im Vorjahr. Die ausgewiesenen Erlöse basieren weiterhin auf der Verkehrserhebung 2004/2005. Im Hinblick auf mögliche Rückzahlungsverpflichtungen aus der Anwendung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 wurden wie schon für die Vorjahre auch für das Jahr 2012 Rückstellungen unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gebildet.

Die Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schwerbehinderten und Auszubildenden im Linienverkehr liegen mit einem Zuwachs von 2,0 % leicht über dem Vorjahreswert. Der Wegfall des im Vorjahr enthaltenen einmaligen Effektes aus der letztmaligen Abrechnung von Fördermitteln nach § 45a PBefG konnte durch höhere Mittel aus der Ausbildungsverkehrs-pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW kompensiert werden.

Die Erlöse aus sonstigen Verkehren haben sich im Konzern um 9,1 % verringert. Während sich der freigestellte Schülerverkehr auf dem Vorjahresniveau stabilisiert hat, zeigte sich der Gelegenheitsverkehr rückläufig. Diese Entwicklung erklärt sich zum einen durch die Reduzierung des Reisebus-Fuhrparks bei der HBB und zum anderen durch eine konjunkturell bedingte Abschwächung der Nachfrage im Jahresverlauf. Bezogen auf die KWS AG sind die Erlöse aus sonstigen Verkehren geringfügig um 0,3 % gestiegen.

2.4 Investitionen

Der Fuhrpark wurde im Jahr 2012 durch die Beschaffung von neun Gelenk-Linienbussen bei der KWS AG und einem Reisebus bei der HBB modernisiert. Die Investitionen erfolgten mit dem Ziel, die Qualität für die Kunden zu steigern und die Instandhaltungskosten zu senken. Darüber hinaus wird mit der laufenden Modernisierung des Fuhrparks auch den strenger werdenden Anforderungen in Bezug auf Umweltzonen Rechnung getragen.



Die verbesserte Steuerung des Verkehrsablaufs und die Qualitätssteigerung der Kundeninformation durch dynamische Fahrgastinformation (DFI) sind wesentliche Ziele des auch im Jahr 2012 fortgesetzten Investitionsprojektes zur Erneuerung des ITCS (Intermodal Transport Control System). Mittlerweile wurden die ersten Haltestellen mit DFI-Anzeigern ausgerüstet und die Beschaffung zusätzlicher Anzeiger für weitere Standorte europaweit ausgeschrieben.

2.5 Vergabe- und beihilferechtliche Entwicklungen im ÖPNV-Markt

Mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01.01.2013 wurden die Regelungen der EU-Verordnung 1370/2007 zu Vergaben im ÖPNV auch im nationalen Recht verankert. Die auf europäischer Ebene eingeräumte Möglichkeit einer vergabe- und beihilferechtskonformen Direktvergabe an einen internen Betreiber wurde dabei in die nationalen Regelungen übernommen. Damit kann seitens der KWS AG und ihrer Gesellschafter nun auch die Abstimmung einer Anschlussregelung zur bestehenden Inhouse-Vereinbarung fortgeführt werden.

Das in Bezug auf ein Ausschreibungsverfahren für Busverkehrsleistungen im Raum Leichlingen angestrebte Nachprüfungsverfahren eines unterlegenen Bieters gegen den Rheinisch-Bergischen Kreis, in dem die KWS AG als erfolgreicher Bieter beigeladen war, wurde im Laufe des Jahres 2012 in zwei Instanzen rechtsverbindlich abgewiesen. Die Rechtmäßigkeit der Zuschlagserteilung an die KWS AG wurde somit bestätigt.

3. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

3.1 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich bei der KWS AG um 838 T€ auf 60.541 T€ und im Konzern um 732 T€ auf 57.983 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen ist insbesondere aufgrund der Investitionen in Fahrzeuge um 117 T€ bei der KWS AG sowie um 210 T€ im Konzern gestiegen. Das Umlaufvermögen ist insbesondere aufgrund eines höheren Guthabenstandes bei Kreditinstituten gestiegen, bei der KWS AG um 718 T€ und im Konzern um 518 T€. Dieser stichtagsbezogene Effekt resultiert im Wesentlichen aus zeitlich verschobenen Abrechnungs- und Zahlungsterminen im Zusammenhang mit der Inhouse-Vereinbarung und der Ausbildungsverkehrspauschale.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital bedingt durch die Ausschüttung an die Anteilseigner bei der KWS AG und im Konzern um 1.327 T€ verringert. Die Rückstellungen haben sich dagegen im Wesentlichen aufgrund der noch ausstehenden Einigung im VRS zur Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 erhöht, bei der KWS AG um 1.087 T€ und im Konzern um 1.001 T€. Ebenfalls erhöht haben sich die Verbindlichkeiten, bei der KWS AG um 1.077 T€ und im Konzern um 1.057 T€. Dies resultiert insbesondere aus stichtagsbezogenen Effekten im Zusammenhang mit der Abrechnung der Inhouse-Vereinbarung. Die Eigenkapitalquote beläuft sich bei der KWS AG auf 68,5 % und im Konzern auf 66,8 %.



3.2 Finanzlage

Der Finanzmittelfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf 0,9 Mio. € bei der KWS AG und auf 1,0 Mio. € im Konzern. Zur fristenkongruenten Finanzierung von Investitionen wurde von der KWS AG im Jahr 2012 ein langfristiges Darlehen aufgenommen. Hierdurch und durch den Wegfall von im Vorjahreswert enthaltenen stichtagsbezogenen Sondereffekten im Zusammenhang mit der Ausbildungsverkehrspauschale konnten die Kontokorrentverbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag vollständig zurückgeführt werden.

3.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind bei der KWS AG um 3,0 % und im Konzern um 2,1 % gestiegen. Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Entwicklung des Linienverkehrs, der von höheren Fahrgeldeinnahmen und von höheren Ausgleichleistungen für Auszubildende und Schwerbehinderte gekennzeichnet war.

Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Erträge um 1,3 Mio. € bei der KWS AG und im Konzern resultiert im Wesentlichen aus geringeren Einlagen der Gesellschafter zur Verlustabdeckung im Rahmen der Inhouse-Vereinbarung.

Die Entwicklung der Aufwendungen ist differenziert zu betrachten.

Der Materialaufwand ist um 3,4 % bei der KWS AG bzw. um 2,1 % im Konzern gestiegen. Dabei konnte die überdurchschnittliche Entwicklung des Dieselpreises durch geringere Ersatzteilkosten teilweise kompensiert werden.

Der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes von linear 3,5 % zum 1. März 2012 spiegelt sich im Personalaufwand, der bei der KWS AG um 0,1 % bzw. im Konzern um 0,9 % gestiegen ist, nur unterproportional wieder. Hier wirkten sich die aufwandssenkenden Restrukturierungseffekte insbesondere im Rahmen der Altersteilzeit positiv aus.

Die Entwicklung der Abschreibungen zeigte sich mit einem Anstieg von 7,6 % bei der KWS AG bzw. 5,9 % im Konzern deutlich überdurchschnittlich. Ursächlich hierfür sind die durchgeführten Investitionen und der Wegfall der Fahrzeugförderung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei der KWS AG und im Konzern um rd. 0,9 Mio. € höher als im Vorjahr. Darüber hinaus ist diese Position durch Zuführungen zu den Rückstellungen für die VRS-Einnahmenaufteilung gekennzeichnet.

Das Finanzergebnis des Konzerns wird wesentlich durch die Dividendenerträge aus den RWE-Beteiligungen geprägt, die aufgrund der rückläufigen Ergebnisentwicklung der RWE AG deutlich niedriger ausfielen als im Vorjahr. Das Finanzergebnis des Konzerns hat sich dadurch insgesamt um 45,9 % verringert. Bei der KWS AG ist zusätzlich die Gewinnabführung der HBB im Finanzergebnis enthalten. Diese bewegte sich auf Vorjahresniveau, so dass der Rückgang des Finanzergebnisses bei der KWS AG mit 38,5 % geringer ausfiel als im Konzern. Hinsichtlich der Dividendenerträge aus den RWE-Aktien ist zu berücksichtigen, dass diese Beträge im Rahmen der Ergebnisverwendung an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, so dass sie dem Konzern nicht dauerhaft zur Verfügung stehen.



Der Jahresüberschuss des Konzerns und der KWS AG, der im Wesentlichen durch die vergleichsweise hohen Erträge aus Finanzanlagen (2.665 T€, Vorjahr 4.680 T€) geprägt ist und ebenso die Zahlungen der Gesellschafter im Rahmen der Inhouse-Vereinbarung beinhaltet, betrug 3.373 T€ (Vorjahr: 7.492 T€).

Der von den Gesellschaftern abzudeckende Zuschussbedarf hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. € verringert.

3.4 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nicht zu verzeichnen.

4. Prognosebericht

Im Linienverkehr wird die Nachfrageseite zunehmend von demografischen Entwicklungen beeinflusst. Die Hauptkundengruppe der Schüler wird in den kommenden Jahren rückläufig sein. Um das Fahrgast- und Erlösniveau dennoch zumindest halten zu können, müssen vermehrt wahlfreie Kunden gewonnen werden, beispielsweise in der wachsenden Bevölkerungsgruppe der Senioren.

Im Gelegenheitsverkehr sind aufgrund der sich abzeichnenden schwächeren konjunkturellen Entwicklung und vor dem Hintergrund eines hohen Wettbewerbsdrucks keine nennenswerten Nachfrageimpulse zu erwarten.

Aufwandsseitig ist mit weiteren Erhöhungen insbesondere des Materialaufwandes sowie des Zins- und Abschreibungsaufwandes zu rechnen. Ursachen liegen im Dieselpreis, der weiterhin konjunkturellen und spekulativen Entwicklungen ausgesetzt ist, sowie in der stufenweisen weiteren Auswirkung des Wegfalls der Fahrzeugförderung. Der Personalaufwand der Konzernunternehmen wird sich im Jahr 2013 aufgrund des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst erhöhen. Der Anstieg wird jedoch durch weitere Entlastungen im Zuge von Altersteilzeitmaßnahmen begrenzt.

Gemäß der mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzplanung wird sich der Zuschussbedarf aufgrund der demografischen Entwicklungen auf der Nachfrageseite und der zu erwartenden Belastungen auf der Aufwandsseite tendenziell erhöhen.

Die Dividendenerträge aus den RWE-Beteiligungen werden sich im Jahr 2013 auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. Dies gilt entsprechend auch für die voraussichtliche Ausschüttung der KWS AG an die Gesellschafter.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Um zukünftige Entwicklungen, die den Fortbestand der Konzerngesellschaften gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen, hat die KWS AG ein Risikomanagementsystem im Konzern implementiert. Kern dieses Risikomanagementsystems ist das konzerneinheitliche Risikohandbuch, welches regelmäßig aktualisiert wird. Es dient als Leitfaden für alle wesentlichen Aufgaben und stellt die dauerhafte, personenunabhängige Funktionsfähigkeit der getroffenen Maßnahmen sicher. Die Steuerung und Kontrolle des Risikomanagementprozesses erfolgt durch das Controlling der KWS AG.



Wesentliche Risiken, die den Fortbestand der Konzernunternehmen unmittelbar gefährden, sind gegenwärtig nicht bekannt.

Die konjunkturellen und demografischen Rahmenbedingungen lassen für die Zukunft ein eher schwieriges Marktumfeld erwarten. Insbesondere der Rückgang der Schülerzahlen ist mit Erlösrisiken verbunden. Vor dem Hintergrund wachsender Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung einerseits und allgemein gestiegener Mobilitätskosten andererseits besteht jedoch auch die Chance, neue Kunden für den ÖPNV zu gewinnen. Voraussetzung hierfür ist, die Kunden von der Qualität des Angebotes und der relativen Kostengünstigkeit des ÖPNV im Vergleich zu anderen Mobilitätsarten zu überzeugen.

Neben Maßnahmen zur Stabilisierung oder Steigerung der Nachfrage sind aus wirtschaftlicher Sicht gleichzeitig auch Schritte zur Erhöhung der Erlösergiebigkeit erforderlich. Diese beziehen sich sowohl auf den Tarif als auch auf die Einnahmenaufteilung im VRS. Hier zeigen sich mitunter gegenläufige Interessen zwischen Unternehmen in Ballungsgebieten und im Umland. Darüber hinaus wird seitens einiger privater Unternehmen die Verbundkonstruktion im Ganzen juristisch hinterfragt. Entsprechende Beschwerden wurden sowohl beim Bundeskartellamt als auch bei der EU-Kommission eingereicht. Längerfristige rechtliche Auseinandersetzungen bergen das Risiko, dass in der Zwischenzeit die erforderlichen Maßnahmen bezüglich Tarif und Einnahmenaufteilung nicht auf den Weg gebracht werden.

Hinsichtlich der wettbewerbs- und beihilferechtlichen Risiken im ÖPNV sieht sich der Rheinisch-Bergische Kreis weiterhin dem Vorwurf eines Verstoßes gegen das Verbot staatlicher Beihilfen ausgesetzt durch den Abschluss der Inhouse-Vereinbarung mit der KWS AG und durch die Einlage der RWE-Aktien in das Unternehmen. Die KWS AG ist in dem anhängigen Klageverfahren beigeladen. Die Erfolgsaussichten der Klage und die damit verbundenen Risiken von Rückzahlungsverpflichtungen für die KWS AG werden durch die KWS AG und den Rheinisch-Bergischen Kreis jedoch gering eingeschätzt.

Durch die Novellierung des PBefG zum 01.01.2013 konkretisieren sich nunmehr die erforderlichen Schritte im Hinblick auf eine Anschlussregelung für die bestehende Inhouse-Vereinbarung der KWS AG. Der Zeitraum der vertraglichen Absicherung der Verkehrsleistungen kann daher vermutlich nunmehr über das Jahr 2016 hinaus verlängert werden. In diesem Zusammenhang ist nach derzeitiger juristischer Einschätzung voraussichtlich auch eine effektivere Absicherung der Liniengenehmigungen möglich.

Ein erhebliches Kostenrisiko könnte aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW erwachsen. Mit Wirkung zum 01.02.2013 wurde im Bereich des straßengebundenen ÖPNV einzig der Spartentarifvertrag NRW zum einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrag erklärt. Der Anwendungsbereich und die rechtliche Zulässigkeit dieser Regelung sind umstritten. Sollten die Tarifverträge der HBB und des privaten Omnibusgewerbes bei künftigen Vergaben nicht mehr angewendet werden können, würde dies für die KWS AG Mehrkosten für Subunternehmerleistungen in Höhe von bis zu 1,5 Mio. € pro Jahr bedeuten. Bestehende Verträge sind von dieser Regelung nicht betroffen.



Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die demografische Entwicklung auf der Nachfrageseite werden die künftige Unternehmensentwicklung wesentlich beeinflussen. Vor diesem Hintergrund stehen die Erarbeitung einer Anschlussregelung zur Inhouse-Vereinbarung sowie die ständige Optimierung des Leistungsangebotes im Hinblick auf Kundenwünsche zu Fahrplan, Tarif und Information auch künftig im Fokus der unternehmerischen Aktivitäten. Für beide Bereiche bildet die im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich gute Kostenstruktur des Konzerns eine hervorragende Ausgangssituation.

Leverkusen, den 17. Mai 2013

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

gez. Marc Kretkowski
Vorstand

Sportpark Leverkusen

Bilanz zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht

Erfolgsplan 2013

Investitionsplan 2013

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Sportpark Leverkusen
Leverkusen

AKTIVA	31.12.2011	31.12.2010	PASSIVA	31.12.2011	31.12.2010
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Stammkapital	10.225.837,62	10.225.837,62
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.685,00	3.485,00	II. Rücklagen	28.053.765,14	28.053.765,14
2. Geleistete Anzahlungen	2.208,00	0,00	III. Verlust	/. 2.186.226,19	/. 232.067,79
	4.873,00	3.485,00		36.093.376,57	38.047.534,97
II. Sachanlagen			B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	24.940.347,85	25.729.349,72	I. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen der öffentlichen Hand	4.205.860,06	3.435.512,63
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	2.327.681,97	2.327.681,97	II. Sonderposten aus Zuweisungen Dritter	480.119,36	498.274,38
3. Maschinen und maschinelle Anlagen	6.267.075,05	6.731.723,78		4.685.979,42	3.931.787,01
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	392.492,56	395.519,09			
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	220.416,82	403.396,15	C. Rückstellungen		
	34.148.014,25	35.587.670,71	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.599.932,00	1.522.168,00
III. Finanzanlagen			2. Sonstige Rückstellungen	1.031.769,23	1.728.091,15
1. Beteiligungen	13.278.267,85	13.278.267,85		2.631.701,23	3.250.259,15
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	11.821.725,15	11.821.725,15			
	25.099.993,00	25.099.993,00	D. Verbindlichkeiten		
	59.252.880,25	60.691.148,71	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	203,94	9.268.295,62
B. Umlaufvermögen			– davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (im Vorjahr)	203,94	494.895,60
I. Vorräte			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	539.318,09	535.683,22
– Fertige Erzeugnisse und Waren	7.459,90	5.960,02	– davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (im Vorjahr)	539.318,09	535.683,22
	7.459,90	5.960,02	3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	17.809.168,27	8.480.157,64
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			– davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (im Vorjahr)	2.218.283,48	1.125.527,57
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	129.795,39	150.014,11	4. Sonstige Verbindlichkeiten	236.183,89	70.299,31
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	21.284,77	17.930,54	– davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (im Vorjahr)	122.796,39	64.432,14
3. Forderungen an die Stadt	1.092.088,54	1.061.251,66	– davon aus Steuern (im Vorjahr)	128.277,40	26.633,32
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.329.486,72	1.473.848,44		18.584.874,19	18.334.435,78
	2.572.655,42	2.703.144,75		0,00	4.559,70
III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	17.733,76	18.053,71	E. Rechnungsabgrenzungsposten		
	2.597.849,08	2.727.158,48		0,00	4.559,70
C. Rechnungsabgrenzungsposten	145.202,08	150.269,43			
	81.995.931,41	83.568.576,62		81.995.931,41	83.568.576,62

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Sportpark Leverkusen

Leverkusen

	€	€	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse			2.730.530,29	2.755.578,73
2. Sonstige betriebliche Erträge			1.033.182,31	1.281.034,92
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		./ 2.641.764,22		./ 2.634.102,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		./ 351.549,72	./ 2.993.313,94	./ 426.646,64
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		./ 2.776.810,26		./ 2.817.637,01
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		./ 659.664,17	./ 3.436.474,43	./ 710.713,01
– davon für Altersversorgung (im Vorjahr	181.284,90 221.592,31)			
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände			./ 1.494.987,95	./ 1.158.892,29
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			./ 3.154.328,87	./ 2.138.826,06
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen			370.097,93	249.289,82
8. Erträge aus Beteiligungen			5.563.994,50	6.539.760,61
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			1.822.835,00	1.822.835,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			19.539,62	12.077,05
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			./ 523.815,15	./ 533.865,51
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			./ 62.740,69	2.239.893,29
13. Außerordentlicher Ertrag			0,00	255.721,00
14. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	./ 438.271,21
Außerordentliches Ergebnis			0,00	./ 182.550,21
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			./ 183.747,24	463.241,39
16. Sonstige Steuern			./ 7.670,47	./ 6.022,56
17. Jahresverlust / Jahresgewinn			./ 254.158,40	2.514.561,91

LAGEBERICHT

für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

1.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1.1.

Allgemeine Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und des Geschäftsverlaufes im Wirtschaftsjahr 2011

Der Sportpark Leverkusen (SPL) hat die Aufgabe, eine dem heutigen Lebensstil und Sportverständnis entsprechende Grundversorgung für die Stadt Leverkusen an Sportstätten und sportlichen Freizeitangeboten unter der Beachtung kaufmännischer Grundsätze sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

Die Sportstätten werden zu nicht kostendeckenden Preisen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Zudem werden aus dem Budget des SPL Fördermittel an die Leverkusener Sportvereine, entsprechend den Sportförderrichtlinien der Stadt Leverkusen vom 01.01.2008, ausgeschüttet.

Dies bedingt einen Liquiditätszuschuss der Stadt Leverkusen zum Betrieb und zur Unterhaltung der Sport- und Freizeitanlagen und der sonstigen Aufgaben des SPL. Dieses Budget fließt dem SPL durch direkten Zuschuss oder Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren zu.

Zur Abdeckung des operativen Verlustes des SPL tragen die Ausschüttungen der EVL GmbH & Co. KG (EVL) sowie die Ausschüttung der IVL, die Dividendenerträge aus den Aktien der RWE AG sowie die Ausschüttung der RW Holding AG samt Steuergutschriften für das laufende Wirtschaftsjahr 2011 bei.

1.2.

Das Jahresergebnis 2011

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem von **Verlust 254.158,40 €** nach Gewinn- und Verlustrechnung ab (Vorjahr: Gewinn von 2.514.561,91 €). Dieses gegenüber dem Vorjahr erheblich schlechtere Ergebnis ist in erster Linie auf die geringeren Beteiligungserträge zurückzuführen (2011: 5.563.994,50 €, 2010: 6.539.760,61 €).

Investitionen hat der SPL nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes 2011 (Vermögensplan) getätigt.

Die größten und wichtigsten Investitionen des Wirtschaftsjahres waren die Maßnahmen, die über das Konjunkturpaket II finanziert wurden: der Abschluss der energetischen Sanierungsmaßnahmen in der Smidt-Arena und im Hallenbad Bergisch Neukirchen.

Eine weitere, für den wirtschaftlichen Erfolg des Freizeitbades CaLevornia wichtige Investition, konnte kurz vor Jahresende abgeschlossen werden: die Inbetriebnahme der neuen Rutschenanlage.

Zur Beurteilung des wirtschaftlichen Erfolges des Betriebes soll die Betrachtung eines bereinigten Ergebnisses zum Kapitalbedarf für den SPL 2011 dienen. Hierzu werden die Beteiligungserträge und die Erträge aus Wertpapieren, Abschreibungen, außerordentlicher Ertrag, außerordentlicher Aufwand und Steuern (außer Grundsteuer) sowie der Verlust aus Anlagenabgang (634.723 €) aus der GuV eliminiert.

Das daraus resultierende Ergebnis wird mit dem Kapitalbedarf, der im Wirtschaftsplan 2011 ausgewiesen ist (5.508.000 €) verglichen:

Kapitalbedarf Sportpark Leverkusen 2011	
	€
Umsatzerlöse	2.730.530
sonstige betriebliche Erträge	1.032.582
Summe Erträge	3.763.112
Materialaufwand	-2.993.314
Personalaufwand	-3.436.474
sonstiger betrieblicher Aufwand	-2.519.005
Summe betrieblicher Aufwand (ohne Abschreibungen)	-8.948.793
Operatives Ergebnis [Summe Erträge - Summe Aufwand]	-5.185.681
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	370.098
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-523.815
Tilgung Kommunalkredit	-494.709
Sonstige Steuern	-7.670
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.540
Kapitalbedarf Sportpark Leverkusen	-5.822.237
Kapitalbedarf Wirtschaftsplan Sportpark Leverkusen	-5.508.000

Der SPL überschreitet den Kapitalbedarf, der für das Wirtschaftsjahr im Wirtschaftsplan 2011 prognostiziert worden war, um 314.237 €.

Neben dem Einfluss des unterhalb der Prognose liegenden Ergebnisses des Sommergeschäftes in den Bädern wurde das Ergebnis des Wirtschaftsplanes maßgeblich durch zwei weitere Tatbestände beeinflusst:

1.

Der Weiterbetrieb des Freibades Auermühle

Der im Dezember 2010 eingebrachte Wirtschaftsplan 2011 wurde vom Rat noch einmal angepasst, um den Weiterbetrieb des Freibades Auermühle zu ermöglichen.

Beschlossen wurde, dass als kommunale Unterstützung eines mit Hilfe von privaten Dritten ermöglichten Weiterbetriebes des Freibades Auermühle im Jahr 2011 eine Liquidität von maximal 100.000 € über den Wirtschaftsplan des SPL bereitgestellt wird.

Die Ansätze im Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) veränderten sich in diesem Fall entsprechend.

Als Ergebnis des katastrophal schlechten Geschäftsverlaufs im Freibad Auermühle (Besucher 2010: 108.336, Besucher 2011: 15.132) wurde der im Ratsbeschluss genehmigte Zuschuss um mehr als 100.000 €, trotz erheblicher Reduzierung der Kosten, überschritten und belastet in dieser Summe das Ergebnis des SPL. Die prognostizierten Ansätze im Aufwand wurden eingehalten.

2.

Die Durchführung der Frauen Fußball WM 2011.

Konnte im Wirtschaftsjahr 2010 noch durch Zuschüsse vom Land NRW und Einzahlungen von Sponsoren ein Überschuss bei der Durchführung der Maßnahmen der Stadt Leverkusen, die u.a. aus den Verpflichtungen des „**Host City Vertrages FIFA Frauen-WM 2011**“ resultierten, erwirtschaftet werden, so konnte im Jahr der Weltmeisterschaft jedoch auch wegen geringerer Drittmittel (regionale und lokale Sponsoren konnten aufgrund der gegebenen Branchenexklusivität der FIFA-Sponsoren nicht ausreichend mobilisiert werden) und nicht vorhersehbarer Anforderungen der FIFA und des DFB an die Organisation ein solches Ergebnis nicht erzielt werden.

Für alle Aufwendungen im Rahmen der Frauen FIFA Fußball WM 2011 ergab sich ein Finanzergebnis von ca. - 315.000 €.

1.3. Erträge des Wirtschaftsjahres 2011

Eine Übersicht über die Erträge liefert folgende Tabelle:

	2011	2010
	(T€)	(T€)
Umsatzerlöse		
Bäderbetriebe	2.504	2.502
Smidt-Arena	134	154
Sport- und Turnhallen, Sportplätze	1	2
Eigene Veranstaltungen	92	98
Summe Umsatzerlöse	2.731	2.756
Sonstige betriebliche Erträge		
Mieten, Pachten	248	242
Erträge aus Sponsoring-Leistungen	322	256
Erlöse aus Anlagenverkäufen	1	310
Versicherungsentschädigungen	43	33
Erträge aus Warenverkauf	51	75
Erträge aus Weiterbelastung	46	18
Zuschuss FIFA Frauen-WM	185	190
Sonstige Erträge	137	157
Summe sonstige betriebliche Erträge	1.033	1.281
Summe	3.764	4.037

2. Geschäftsverlauf in den Betrieben

2.1. Freizeitbad CaLevornia

Das **Freizeitbad CaLevornia (FZB)** ist nach wie vor eine der besucherstärksten Sport- und Freizeitanlagen in der Region.

Die Sport- und Freizeitanlage bewegt sich in einem schwierigen Marktumfeld, wo stark subventionierte kommunale Freizeitbäder und Saunaanlagen mit gleichem Preisniveau und Angebot auf regionalem Raum konkurrieren.

Das im Wirtschaftsjahr 2011 erreichte Ergebnis liegt bei leicht gesunkenen Besucherzahlen gegenüber dem Vorjahr auf dem Niveau der letzten Wirtschaftsjahre. Die Umsätze der letzten 5 Wirtschaftsjahre im Überblick:

Umsatz Freizeitbad CaLevornia				
2011	2010	2009	2008	2007
€	€	€	€	€
1.968.485	1.935.389	2.009.214	1.969.940	1.982.440

Ausblick

Das Bad hat in den letzten Wirtschaftsjahren vor allem bei Familien mit Kindern und jungem Publikum an Attraktivität etwas verloren. Aus diesem Grund muss in Zukunft weiterhin in eine wirtschaftlich sinnvolle Attraktivierung der Anlage investiert werden, um die Besucher aller Zielgruppen an das FZB zu binden.

Die neue Rutschenanlage wird die Besucherzahlen im Bereich Kinder/Jugendliche deutlich verbessern.

2.2.

Hallen- und Freibad Wiembachtal

Das Stammpublikum des alten Hallenbades Opladen aus sportlich motivierten und gesundheitsbewussten Schwimmerinnen und Schwimmern sowie Schulen und Vereine nutzt seit dem 06.09.2010 das neue **Hallenbad Wiembachtal**.

Das parallel zum Bau des Hallenbades komplett sanierte Freibad Wiembachtal wurde in der Saison 2011 erstmals wieder eröffnet.

Das neue Badgebäude entspricht einem modernen ökologischen und ökonomischen Standard im Bäderbau mit Energiekosteneinsparungen bis zu 70 % gegenüber dem alten Hallenbad Opladen.

Das neue Hallenbad Wiembachtal mit Sanierung der Freibadaußenbecken wurde als zentrales Bad für den sport- und gesundheitsbewussten Schwimmer, für den Schul- und Vereinssport sowie als Freizeitanlage insbesondere für den Stadtbezirk II erstellt.

Die Zeiten für die Öffentlichkeit, den Schulsport und den Vereinssport wurden an denen des Hallenbades Opladen orientiert, wobei der Parallelbetrieb von Schulen und Öffentlichkeit gestrichen wurde.

Die Besucherzahlen im öffentlichen Bereich lagen im Wirtschaftsjahr 2011 noch etwas unter denen des alten Hallenbades Opladen.

Ausblick

Das Ergebnis des Hallen- und Freibades Wiembachtal wird sich gegenüber den Altbädern (Hallenbad Opladen/Freibad Wiembachtal) durch deutlich reduzierten Energieaufwand und Ressourceneinsatz erheblich verbessern.

2.3.**Hallenbad Bergisch Neukirchen**

Das **Hallenbad Bergisch Neukirchen** ist ein klassisches, funktionales Hallenbad für Schulen und Vereine mit 25 Meter Becken, Sprungturm und Lehrschwimmbecken. Es finden dort auch eine Vielzahl von Kursen der Schwimmschule des SPL statt.

Das Angebot und der Umsatz haben sich gegenüber den vergangenen Wirtschaftsjahren nicht wesentlich verändert.

Das bisherige Frühschwimmen im Bad von 06.30 – 08.00 Uhr konnte ohne Probleme in das neu fertig gestellte Hallenbad Wiembachtal verlegt werden.

Aus baulicher und technischer Sicht befindet sich das Hallenbad Bergisch Neukirchen nach umfangreichen Sanierungen in den zurückliegenden Wirtschaftsjahren in einem guten Zustand und durch die Investition in moderne Techniken konnte die Wirtschaftlichkeit der Anlage erhöht werden.

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2011 wurde die Anlage weiter modernisiert und energetisch optimiert (Erneuerung der Fensteranlagen), finanziert durch Mittel des Konjunkturpaketes II.

Ausblick

Das Hallenbad Bergisch Neukirchen ist für die Versorgung von Schulen und Vereinen weiterhin erforderlich. Eine Umgestaltung des Umkleidebereiches und die Optimierung der Badewassertechnik sind mittelfristig erforderlich.

2.4.**Schwimmhalle Robert-Blum-Straße**

Die **Schwimmhalle Robert-Blum-Straße** stand Schulen, Sonderschulen, Sonderkindergärten, Sondergruppen und Vereinen zur Verfügung sowie an Wochenenden den Kursen der Schwimmschule SPL.

Die Schwimmhalle wurde im Wirtschaftsjahr 2011 aufgegeben. Zur Beibehaltung eines Angebotes, insbesondere für die Nutzer mit Behinderungen, hat der SPL die neue Schwimmhalle im MediLEV komplett angemietet.

2.5. Freibäder Auermühle und Wiembachtal

Die beiden **Freibäder Auermühle und Wiembachtal** sind klassische Freibäder mit 50 Meter Becken und Sprunganlagen, Nichtschwimmer- und Kleinkindbecken sowie einem großen Außengelände, geöffnet von Ende Mai/Anfang Juni bis Ende August/Anfang September für die öffentliche Nutzung, sporadisch auch für Schulen und Vereine.

Zur Freibadsaison 2007 wurde das **Freibad Wiembachtal** im Rahmen der Maßnahmen des „**SPL-Konzeptes**“ geschlossen. Es wurde nach umfangreichen Sanierungsarbeiten im Wirtschaftsjahr 2011 wieder in Betrieb genommen.

Als **zentrale Maßnahme** enthält das „**SPL-Konzept**“ die **Aufgabe des kommunalen Betriebs** durch den SPL nach Wiedereröffnung des Freibades Wiembachtal und die **Vermarktung des Freibades Auermühle**, dass im Durchschnitt der letzten Wirtschaftsjahre einen Zuschussbedarf von ca. 400.000 € für 3 Monate Öffnungszeit benötigte und in dem zur dauerhaften Aufrechterhaltung des Badebetriebes Sanierungsaufwendungen von ca. 1.900.000 € getätigt werden müssten.

Um den Schwimmstandort Auermühle aber nicht dauerhaft zu beschädigen und einem zukünftigen Betreiber ein nach wie vor betriebsbereites Bad zur Verfügung stellen zu können, hat der Rat der Stadt Leverkusen in seiner Sitzung am 21.02.2011 beschlossen, im Jahr 2011 den Weiterbetrieb des Freibades Auermühle mit einem reduzierten Angebot (z.B. Öffnungszeiten erst ab 10.00 Uhr), sicherzustellen.

Über den Wirtschaftsplan des SPL wurden 100.000 € bereitgestellt, um dem SPL den Weiterbetrieb des Freibades Auermühle mit Unterstützung von privaten Dritten (z.B. Bürgerverein, etc.) im Jahr 2011 zu ermöglichen.

Als Ergebnis des katastrophal schlechten Geschäftsverlaufs im Freibad Auermühle (Besucher 2010: 108.336, Besucher 2011: 15.132) wurde der im Ratsbeschluss genehmigte Zuschuss um ca. 100.000 € trotz erheblicher Reduzierung der Kosten überschritten.

Ausblick

Nach aktueller Beschlusslage (Ratsentscheidung vom 02.03.2012) wird der kommunale Betrieb des Freibades Auermühle durch den Sportpark Leverkusen bis auf weiteres ausgesetzt.

2.6. Schwimmschule SPL

Die Kursangebote der **Schwimmschule SPL** wurden im Wirtschaftsjahr 2011 wie in den vorhergehenden Wirtschaftsjahren durchgeführt und weiterentwickelt.

In der Schwimmhalle Robert-Blum-Straße, in der Schwimmhalle im MediLEV, im Hallenbad Bergisch Neukirchen und im Freizeitbad CaLevornia finden die Veranstaltungen unter fachkundiger Leitung statt.

Die Erlöse der Schwimmschule SPL konnten wiederum gesteigert werden und liegen jetzt bei ca. 140.000 €.

Ausblick

Die Chancen zur Erweiterung des Programms der Schwimmschule insbesondere im neuen Hallenbad Wiembachtal werden in den nächsten Wirtschaftsjahren konsequent genutzt.

Gewinn- und Verlustrechnung Bäderbetriebe

	2011	2010
Besucher	602.295	690.483
		€
Umsatzerlöse	2.503.548	2.501.999
Sonstige betriebliche Erträge	281.482	764.829
Summe betriebliche Erträge	2.785.031	3.266.828
Summe Materialaufwand	2.273.402	2.382.260
Personalaufwand	2.220.895	2.311.265
Abschreibungen	775.096	524.637
Sonstige betriebliche Aufwendungen(*)	834.036	599.738
Summe betrieblicher Aufwand	6.103.429	5.817.900
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	37.062	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	401.919	423.210
Sonstige Steuern	4.829	4.024
Jahresverlust	3.688.084	2.978.306
Zuschuss pro Besucher	2011	2010
Freizeitbad CaLevornia	3,96	4,56

Hallenbäder/Freibad Wiembachtal	7,51	6,41
Freibad Auermühle	12,06	2,65
(*) In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der Buchverlust für den Abgang der Schwimmhalle Robert-Blum-Straße enthalten.		

2.7.

Ehemalige Eissporthalle, jetzt „Soccer-CenTor“

Die Anlage befindet sich weiterhin im Vermögen des SPL.

Ausblick

Es bestehen keine erkennbaren Risiken für die weiteren Wirtschaftsjahre infolge eines langfristigen Vertragsverhältnisses.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ehemalige Eissporthalle (jetzt „Soccer-CenTor“)

	2011	2010
	€	€
Umsatzerlöse	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	100.331	73.835
Summe betriebliche Erträge	100.331	73.835
Materialaufwand (*)	46.425	70.923
Personalaufwand	0	0
Abschreibungen	62.807	62.997
Sonstige betriebliche Aufwendungen (*)	17.169	128
Summe betrieblicher Aufwand	126.400	134.048
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	9.552	9.552
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.241	3.413
Sonstige Steuern (*)	1.658	1.405
Jahresverlust	21.415	55.479
* Kosten werden dem Pächter überwiegend in Rechnung gestellt		

2.8. Smidt-Arena

Die **Smidt-Arena** wird als Mehrzweckhalle mit vorwiegend sportlicher Nutzung betrieben.

Mit dem ortsansässigen Unternehmen „**Smidt Wohncenter GmbH**“ wurde ein privater Partner für die kommunale Mehrzweckarena des SPL gewonnen, der in beispielhafter Weise Mitverantwortung für den Fortbestand und den Ausbau der für die Stadt Leverkusen wichtigen Sport- und Freizeitanlage übernimmt.

Neben der Nutzung als Ballspielarena wird die Smidt-Arena vom SPL weiterhin für Sportevents, Märkte, Messen, Feste, Konzerte, etc. vermietet oder für Eigenveranstaltungen genutzt.

Im Wirtschaftsjahr 2011 trugen wiederum Tagungen/Messen (Vorstellungen neuer Produkte, Mitarbeiterschulungen, Vorträge etc.) großer Unternehmen nennenswert zum Umsatz der Smidt-Arena bei. Dieser Geschäftszweig soll mittelfristig weiter ausgebaut werden.

Von Ende Mai bis Ende Juli stand die Smidt-Arena dem WM Büro der Stadt Leverkusen und der OK Außenstelle des Deutschen Fußballverbandes sowie der FIFA als Volunteers- und Akkreditierungszentrum exklusiv zur Verfügung.

Die zusätzlichen Investitionen und der Ausfall an Vermietungen in diesem Zeitraum konnte in den folgenden Monaten nicht kompensiert werden, so dass das prognostizierte Ergebnis nicht erreicht werden konnte.

Die Verwaltung des SPL ist Mitte des Wirtschaftsjahres in den Eingangsbereich der Smidt-Arena umgezogen. Dadurch werden u.a. die bisher erfolgten, nicht unerheblichen Mietzahlungen vermieden.

Die Smidt-Arena mit ihrem **aktuellen Aufgabenspektrum** ist ein klassischer Fall für den Betrieb einer Einrichtung der Sportförderung in **kommunaler** Hand. Die sportlichen Veranstaltungen in der Smidt-Arena, auch im Spitzensport (nicht Profisport), stellen eindeutig einen **wichtigen Teil kommunaler Sportförderung** dar.

Auch die weitere Bereitstellung der Smidt-Arena für große nichtsportliche Veranstaltungen ist **wichtig** für die kommunale Infrastruktur, da eine andere **Versammlungsstätte** für sportliche und nichtsportliche Veranstaltungen mit über 2.500 Zuschauern in Leverkusen **nicht** existiert.

Ausblick

Mit dem Blick auf die schon vorliegenden fest gebuchten Veranstaltungen für das Wirtschaftsjahr 2012 kann davon ausgegangen werden, dass das Ergebnis der Mehrzweckhalle sich deutlich verbessern wird. Durch Auflagen der Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Emissionen der Halle könnten sich Einschränkungen für Konzert- und Partyveranstaltungen ergeben, die bisher erheblich zum Umsatz beigetragen haben.

Gewinn- und Verlustrechnung Smidt-Arena

	2011	2010
	€	€
Umsatzerlöse	135.121	154.222
Sonstige betriebliche Erträge	238.565	274.455
Summe betriebliche Erträge	373.686	428.677
Materialaufwand	379.595	331.497
Personalaufwand	71.352	51.061
Abschreibungen	208.632	155.645
Sonstige betriebliche Aufwendungen	130.297	150.380
Summe betrieblicher Aufwand	789.876	688.583
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	34.173	25.565
Sonstige Steuern	0	0
Jahresverlust	382.017	234.341

2.9 Sport- und Turnhallen

Das Ergebnis des Geschäftsbereiches hat sich in den letzten Wirtschaftsjahren deutlich verbessert, da die Turnhalle Dhünnstraße komplett aus der Bewirtschaftung durch den SPL herausgenommen worden ist.

Sporthalle Bergisch Neukirchen

Die **Sporthalle Bergisch Neukirchen** hat eine Größe von 24 x 44 Meter. Hier findet ausschließlich Schul- und Vereinssportbetrieb statt.

Die Sporthalle befindet sich in einem altersgemäßen, insgesamt zufrieden stellenden Zustand. Kostenintensive Sanierungen liegen in den nächsten Jahren nicht an.

Turnhalle Robert-Blum-Straße

Gebaut als **Turnhalle** (Hallengröße 11,5 x 19 Meter) des ehemaligen Heilpädagogischen Zentrums im Jahre 1975 dient die Halle heute dem Sportbetrieb von Schulen und Vereinen.

Die Turnhalle Robert-Blum-Straße wurde ebenso wie die Schwimmhalle nach Inbetriebnahme der neuen Schwimmhalle im MediLEV stillgelegt und an die AVEA GmbH & Co. KG veräußert.

Turnhalle Dhünnstraße

Die **Turnhalle Dhünnstraße**, früher Schulturnhalle der ehemaligen Hauptschule Dhünnstraße, verfügt über eine Sportfläche von 24 x 12 Meter. Das Gebäude Turnhalle Dhünnstraße wurde von der Tanzsportgemeinschaft Leverkusen (TSG) ab dem 01.08.2007 langfristig übernommen.

Ausblick

Im Geschäftsbereich werden sich im nächsten Wirtschaftsjahr keine gravierenden Veränderungen ergeben.

Gewinn- und Verlustrechnung Sport- und Turnhallen

	2011	2010
	€	€
Umsatzerlöse	744	1.853
Sonstige betriebliche Erträge	7.816	1.065
Summe betriebliche Erträge	8.560	2.918
Materialaufwand	45.905	43.575
Personalaufwand	34.667	33.331
Abschreibungen	63.268	66.627
Sonstige betriebliche Aufwendungen (*)	252.603	2.028
Summe betrieblicher Aufwand	396.442	145.561
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	775	0
Jahresverlust	387.108	142.643
(*) In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der Buchverlust für den Abgang der Turnhalle Robert-Blum-Straße enthalten.		

2.10. Sportplatzanlagen

Ab dem Jahr 1995 hat der SPL sukzessive alle 12 Sportplatzanlagen an die dort als Hauptnutzer aktiven Sportvereine/den SB mit nachhaltigem Erfolg verpachtet. Mit großer Unterstützung dieser Sportvereine/des SB konnten bis jetzt alle Sportplatzanlagen weiter erhalten werden. Die Sportvereine, die eine Sportplatzanlage langfristig übernommen haben, erhalten eine angemessene Beihilfe von Seiten des SPL.

Nicht nur vom SPL (z.B. 6 komplette Erneuerungen/Sanierungen von Sportflächen), sondern auch seitens der Sportvereine/des SB wurde in diese kommunalen Anlagen der Grundversorgung kräftig investiert.

Nach einem gutachterlich geprüften Prioritätenplan hat der SPL in den letzten Wirtschaftsjahren planmäßig die anstehenden Neuanlagen/ Sanierungen/ Renovation auf den Sportplatzanlagen durchgeführt.

Diese Leverkusener Sportplatzanlagen befinden sich nun nach intensiven Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen des SPL mit einem Kostenaufwand von ca. 4.500.000 € in einem guten bis sehr guten Zustand.

Ausblick

Da die größeren Investitions-Maßnahmen in diesem Geschäftsbereich zunächst einmal abgeschlossen sind, werden sich in den nächsten Wirtschaftsjahren keine gravierenden Veränderungen ergeben.

Gewinn- und Verlustrechnung Sportplatzanlagen

	2011	2010
	€	€
Umsatzerlöse	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	47.177	47.417
Summe betriebliche Erträge	47.177	47.417
Materialaufwand	170.371	165.704
Personalaufwand	0	0
Abschreibungen	357.142	326.362
Sonstige betriebliche Aufwendungen	346.206	406.881
Summe betrieblicher Aufwand	873.719	898.947
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	278.150	214.039
Sonstige Steuern	1.122	542
Jahresverlust	549.514	638.033

2.11. Marketing/Veranstaltungen

Im **Geschäftsbereich Marketing/ Veranstaltungen** sind alle für den Eigenbetrieb zu tätigen übergreifenden Marketingaktivitäten integriert sowie die betriebsbezogenen und übergreifenden Veranstaltungen.

Die Sportveranstaltungen haben eine enorme Bedeutung für die Attraktivität und die positive Außenwirkung des SPL lokal und überregional. Sie begründen zu einem Großteil den Erfolg des SPL bei der Sponsorenakquisition für den Gesamtbetrieb.

Das **Veranstaltungsprogramm 2011** wurde natürlich **vornehmlich durch das Engagement des SPL bei der FIFA Frauen-WM 2011** geprägt.

Im **Bereich Marketing** lag der Schwerpunkt im Wirtschaftsjahr 2011 auf der Durchführung und Auswertung von **Kundenzufriedenheitsuntersuchungen** in den Bäderbetrieben und der Neu- und Weiterentwicklung des Markenauftritts Smidt-ARENA, sowie der Schwimmschule, die jetzt als „**Aqua-Vital**“ vermarktet wird.

Gewinn- und Verlustrechnung Marketing/ Veranstaltungen

	2011	2010
	€	€
Umsatzerlöse	91.044	99.505
Sonstige betriebliche Erträge (*)	348.931	289.378
Summe betriebliche Erträge	439.975	388.883
Materialaufwand	48.409	53.163
Personalaufwand	96.505	115.830
Abschreibungen	10.489	6.945
Sonstige betriebliche Aufwendungen (**)	745.861	329.396
Summe betrieblicher Aufwand	901.263	505.334
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	7.305	0
Sonstige Steuern	0	0
Jahresverlust	453.983	116.451
(*) Im Ertrag sind die Zuwendungen des Landes zur FIFA Frauen WM enthalten.		
(**) In dieser Position sind die überwiegenden Aufwendungen für die FIFA Frauen WM enthalten		

3. Anlagen

3.1. Im Geschäftsjahr betriebene Anlagen

Im Geschäftsjahr 2011 wurden folgende Anlagen betrieben:

Bäder

Freizeitbad CaLevornia

Hallen- und Freibad Wiembachtal

Hallenbad Bergisch Neukirchen

Schwimmhalle Robert-Blum-Straße/ Schwimmhalle im MediLEV

Freibad Auermühle

Smidt-Arena

Soccer-CenTor (ehemalige Eissporthalle)

(seit 01.07.2007 verpachtet)

Sportplatzanlagen

Sportplatz Hitdorf

Sportplatz Quettingen, Am Weidenbusch

Sportplatz Lützenkirchen, Am Sportplatz

Sportplatz Birkenberg, Am Birkenberg

Sportplatz „Im Bühl“

Sportplatz Bergisch Neukirchen, Wuppertalstraße

Sportplatz Tannenbergsstraße

Sportplatz Höfer Weg

Sportplatz Am Stadtpark

Heinrich-Lützenkirchen-Sportplatzanlage

Sportplatz Deichtorstraße

Sportplatz Schlebuschrath

Sport- und Turnhallen

Sporthalle Bergisch Neukirchen

Turnhalle Robert-Blum-Straße

Turnhalle Dhünnstraße (seit 01.08.2007 verpachtet)

Der Sportplatz Meckhofen ist seitens des SPL von der Gesellschaft für Wohnen und Gebäudemanagement mbH für den Motoballsport angemietet.

3.2.**Anlagen im Bau – Investitionsprojekte****3.2.1.****Anlagen im Bau**

Die Anlagen im Bau betreffen folgende Investitionsprojekte:

Projekt	Stand 31.12.2011 (€)
Umgestaltung/Modernisierung Versorgungstrakt Freizeitbad	6.388,72
Sanierung/Erweiterung Rutschenanlage CaLevornia	214.028,10
Summe	220.416,82

3.2.2.**Investitionsprojekte**

Betrieb: Smidt-ARENA

Investitionsmaßnahme: Ankündigungstafel

Der SPL möchte mit einer zeitgemäßen, aus der Smidt-ARENA steuerbaren LED Videowand eine Ankündigungseinrichtung für die Mehrzweckhalle realisieren, die sich durch Werbeeinnahmen in ca. 3-4 Jahren amortisiert hat.

Sachstand:

Die ursprüngliche Überlegung der kompletten eigenen Finanzierung und Vermarktung der Anlage wurde nach gründlicher Recherche des Marktes verworfen, da insbesondere die Akquise überregionaler Werbepartner die Möglichkeiten des SPL übersteigt. Finanzierbar wäre für den SPL durch die Mittel des Vermögensplanes auch lediglich eine einseitige Werbeeinrichtung.

Nur wenige bundesweit orientierte Firmen sind im Markt der Video-Wall – Werbung aktiv. Nach umfangreicher Recherche und Angebotseinholung hat der SPL einen Partner gefunden, der bereit ist, den nicht unerheblichen Invest zu tätigen, die Vermarktung zu übernehmen und gleichzeitig den SPL angemessen am Umsatz, den die Videowall erzielt, zu beteiligen, bei gleichzeitiger, permanenter Ankündigung der Veranstaltungen in der Smidt-ARENA.

Für das Investitionsprojekt werden Mittel der Sportpauschale eingesetzt.

3.3. Finanzanlagen und Beteiligungen

Die Erträge aus Finanzanlagen und Beteiligungen sind im Wesentlichen von der Höhe der Gewinnausschüttungen der EVL GmbH & Co. KG beeinflusst. Die Entwicklung der Erträge aus Beteiligungen und anderen Finanzanlagen gestaltet sich wie folgt:

Wirtschaftsjahr	(€)	Bemerkungen
2005	8.678.866,02	
2006	8.434.599,50	
2007	9.063.579,92	
2008	8.642.570,84	
2009	6.060.486,78	Teilweiser Ausfall der Ausschüttungen der EVL GmbH & Co. KG
2010	8.362.595,61	
2011	7.386.829,50	

4. Vermögensentwicklung - Eigenkapital - Rückstellungen

4.1. Die Entwicklung des Vermögens und der Verbindlichkeiten

Wirtschaftsjahr	Sachanlagen (€)	Finanzanlagen (€)	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Leverkusen (€)
2004	31.112.070	26.247.884	17.178.936
2005	31.131.084	26.247.884	14.496.445
2006	30.254.445	25.099.993	11.851.160
2007	30.112.611	25.099.993	7.449.156
2008	29.562.415	25.099.993	7.335.525
2009	31.905.773	25.099.993	7.434.384
2010	35.587.671	25.099.993	8.460.158
2011	34.148.014	25.099.993	17.809.168 (*)

(*) Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten des SPL werden nun zentral bei der Stadt geführt und dementsprechend beim SPL als Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde ausgewiesen.

4.2. Entwicklung des Eigenkapitals

Das **Eigenkapital** beträgt zum 31.12.2011 **36.093.376,57 €**
(Vorjahr: 38.047.534,97 €).

Das Eigenkapital hat sich folgendermaßen entwickelt:

	Stammkapital (€)	Allgemeine Rücklage (€)	Verlustvortrag (€)
Stand 01.01.2011	10.225.837,62	28.053.765,14	232.067,79
Zuführung zur Ver- lustabdeckung		0,00	
Zuführung allge- meine Rücklage		0,00	
Ausschüttung			1.700.000,00
Jahresverlust			254.158,40
Stand 31.12.2011	10.225.837,62	28.053.765,14	2.186.226,19

4.3. Rückstellungen

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** betragen zum 31.12.2011 1.599.932,00 € (Vorjahr 1.522.168,00 €) sowie für sonstige Rückstellungen 1.031.769,23 € (Vorjahr 1.728.091,15 €). Der Rückgang der sonstigen Rückstellungen ist vor allem auf die Inanspruchnahme der Rückstellung für ausstehende Rechnungen und Entsorgungsverpflichtungen zurückzuführen.

Die Pensionsrückstellung umfasst Versorgungszusagen an fünf Beamtinnen und Beamte, davon vier die im Sportpark tätig sind und ein Pensionär. Der Anteil, der auf die Stadt Leverkusen aufgrund der Tätigkeit vor Gründung des Eigenbetriebes Sportpark Leverkusen entfällt, ist in der Pensionsrückstellung ebenfalls enthalten. Zum Ausgleich wurde in entsprechender Höhe eine Forderung gegen die Stadt Leverkusen ausgewiesen.

Die **sonstigen Rückstellungen** entwickelten sich folgendermaßen:

	Stand 01.01.2011	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2011
	€	€	€	€	€
Jahresabschluss	29.273,00	23.258,20	114,80	23.100,00	29.000,00
Ausstehender Urlaub	169.763,11	169.763,11	0,00	182.416,56	182.416,56
Überstunden/ Gleitzeit- überhänge	52.382,04	52.382,04	0,00	51.937,62	51.937,62
Ausstehende Rechnungen	465.850,00	321.221,95	0,00	0,00	144.628,05
Entsorgungs- verpflichtungen	340.000,00	340.000,00	0,00	0,00	0,00
Altersteilzeit	581.559,00	166.451,00	0,00	112.133,00	527.241,00
Archivierungskosten	4.850,00	0,00	0,00	0,00	4.850,00
Ausgleichverpflichtung Pensionsansprüche	84.414,00	0,00	0,00	7.282,00	91.696,00
Summe	1.728.091,15	1.073.076,30	114,80	376.869,18	1.031.769,23

5.

Zukünftige Entwicklung und Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

In den letzten Wirtschaftsjahren konnte der Zuschuss an den Sportpark durch Beteiligungserträge gedeckt werden. Sollten sich in den folgenden Wirtschaftsjahren die bisher mit Ausnahme der Jahre 2009 und 2011 positiven Ergebnisse der EVL GmbH & Co. KG aufgrund von Veränderungen im Energiemarkt verschlechtern, hätte dies direkten Einfluss auf die Ertragssituation des Sportparks. Fehlende Beteiligungserträge müssten dann durch direkte Zuschüsse aus dem kommunalen Haushalt ausgeglichen werden.

Chancen für den Eigenbetrieb Sportpark ergeben sich durch die Schließung des Freibades Auermühle, der Erweiterung des Kursangebotes im Bereich der Bäder durch die Schwimmschule Aquavital sowie die Inbetriebnahme der neuen Rutschenanlage im Freizeitbad CaLevornia.

Der **Risikobericht SPL** soll einen tabellarischen Überblick über die Risikobewertungen zum Geschäftsfeld/Wettbewerbsumfeld, zum Anlagevermögen, zum Leistungsangebot, zu den Erlösrisiken und zum Aufwandsbereich des Betriebes für das Wirtschaftsjahr 2011 geben.

Da Ende des Wirtschaftsjahres 2011 alle 9 Einzelmaßnahmen des „**SPL-Konzeptes**“ komplett abgeschlossen wurden und seitdem finanziell wirksam sind, konnten die meisten bestandsgefährdenden Risiken ausgeschaltet werden.

Die erheblichen Investitionen des SPL in Gebäude, Technik und Ausstattung haben weiterhin erheblich zur **Minimierung der Betriebsrisiken** beigetragen.

Risikobericht SPL						
Risikobewertungen für das Wirtschaftsjahr 2011						
Geschäftsbe- reich	Geschäftsfeld/ Wettbewerbsum- feld	Anlagevermögen	Leistungsangebot	Erlörisiken	Aufwandsbe- reich	Bemerkungen
Bäder						
Freizeitbad CaLevornia	Hoch Weiterhin starke Abhängigkeit von Tendenzen im Frei- zeitmarkt insbe- sondere im Sauna- bereich.	Mittel Gebäudeunterhal- tungskosten wie ge- plant. Renovierungsarbeiten im September 2011 wurden durchgeführt.	Gering Leistungen werden weiterhin nachfra- georientiert ange- boten.	Mittel Die Qualität des Sommerwetters hat weiterhin Einfluss auf den Ertrag. In Jahren mit sehr schlechten Som- merwetter können die Erträge bis zu 50.000 € niedriger ausfallen.	Mittel Energiekosten- steigerung ist geplant.	Im Wirtschaftsjahr 2013 stehen Umbau- und Erweiterungsmaß- nahmen im Bereich des Umklei- de- und Sanitärtraktes der Schwimmhalle an. Die energeti- sche Optimierung der techni- schen Anlagen hat zu erhebli- chen Stromkosteneinsparungen (ca. 55.000 €) geführt und kom- pensiert weitestgehend die Stei- gerungen der Strompreise
Hallen- und Freibad Wiembachtal	Gering Überwiegend Schul- und Verein- sangebote.	Gering Gesamtanlage kom- plett neu oder grund- saniiert.	Gering Zeitgemäßes Sportschwimm- angebot für die Öffentlichkeit	Gering/Mittel Kalkulierbare Ein- nahmen im öffentli- chen und nichtöf- fentlichen Bereich. Starke Abhängig- keit vom Sommer- wetter (Freibadbe- reich).	Gering Modernste Anla- gen reduzieren den Energiekos- tenanteil erheb- lich.	Die Anlage befindet sich tech- nisch auf dem neuesten Stand. Risiken ergeben sich im Som- mergeschäft im Freibadbereich. Bei extrem schlechten Wetter können sich Ertragseinbußen bis zu 100.000 € ergeben.
Hallenbad Bergisch Neu- kirchen	Gering Fast ausschließlich Schul- und Verein- sangebote.	Mittel Grundsaniierung durchgeführt. Wasseraufbereitung muss mittelfristig er- neuert werden.	Gering Angebot für Nut- zerguppen ange- messen.	Gering Sichere Erträge.	Mittel Energiekosten- steigerung ist geplant.	Weitere Sanierungsmaßnahmen wurden 2011 mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II durchgeführt Beim Ausfall der Anlagen zur Wasseraufbereitungsanlagen ist mit sofortigen Sanierungskosten bis zu 100.000 € zu rechnen.
Freibad Au- ermühle						Der Freibadbetrieb wurde zwis- chenzeitlich ausgesetzt.
Schwimmhalle Robert-Blum- Straße/ Schwimmhalle im MediLEV	Gering Ausschließlich Schul- und Vereinsangebote.	Gering Bad komplett neu	Gering Angebot für Nut- zerguppen ange- messen.	Gering Sichere Erträge.	Gering Energiekosten- steigerungen sind geplant.	Das Bad Robert-Blum-Straße wurde aufgegeben Das Gebäude veräußert.

Risikobericht						
Risikobewertungen für das Wirtschaftsjahr 2011						
Geschäftsbereich	Geschäftsfeld/ Wettbewerbsum- feld	Anlagevermögen	Leistungsangebot	Erlösrisiken	Aufwandsbereich	Bemerkungen
Eissporthalle	Die ehemalige Eissporthalle wurde nach der Eislaufsaison 2006/2007 am 05.04.2007 geschlossen und ab 01.07.2007 zum Betrieb einer Fußballhalle nebst Restauration (jetzt „Soccer-CenTor“) verpachtet.					
Smidt-Arena	Mittel Abhängigkeit von Markttendenzen im Veranstaltungsbe- reich.	Mittel Normaler Sanie- rungs- und Mo- dernisierungs- bedarf.	Mittel Das Veranstaltung- sportfolio wurde in den letzten Wirt- schaftsjahren kon- sequent erweitert.	Mittel Durch neue sportliche und nichtsportliche Veranstaltungs- konzepte des SPL. Bekanntheitsgrad der Halle konnte deutschlandweit gesteigert wer- den	Mittel Normaler Instand- haltungs- und Mo- dernisierungsauf- wand.	Verschiedene Erneuerungs- /Sanierungs-maßnahmen konn- ten im Rahmen des „Kommuna- len Investitionsprogramms (Konjunkturpaket II)“ durchge- führt werden. Durch eventuelle Auflagen der Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Emissionen der Halle könnten sich Einschrän- kungen für Konzert- und Party- veranstaltungen ergeben (Er- tragseinbußen bis 50.000 €).

Risikobericht						
Risikobewertungen für das Wirtschaftsjahr 2011						
Geschäftsbereich	Geschäftsfeld/ Wettbewerbsum- feld	Anlagevermögen	Leistungsangebot	Erlösrisiken	Aufwandsbereich	Bemerkungen
Sport- und Turnhallen	Gering Überwiegend Schul- und Ver- einssport.	Gering Sanierungen in der Sporthalle Bergisch Neukirchen sind durchgeführt.	Gering Angebot für Nutzer- gruppen angemess- en.	Gering Sichere Erträ- ge.	Mittel Für die Bewirt- schaftung der Turnhalle Dhünn- straße wird kein Zuschuss des SPL gewährt. Energiekosten- steigerung ist ge- plant.	Die Turnhalle Robert- Blum-Straße wurde stillgelegt und ver- marktet. Die Turnhalle Dhünn- straße wurde ab 01.08.2007 langfristig an die Tanzsportge- meinschaft Lever- kusen verpachtet.

Risikobericht						
Risikobewertungen für das Wirtschaftsjahr 2011						
Geschäftsbereich	Geschäftsfeld/ Wettbewerbsum- feld	Anlagevermögen	Leistungsangebot	Erlösrisiken	Aufwandsbereich	Bemerkungen
Sportplatzanlagen	Gering Nutzungsverein- barungen mit Sportvereinen/ SB.	Gering Neuanlage/ Sanie- rung der Sportplatzan- lagen Hitdorf, Bergisch Neukirchen, Im Bühl, Höfer Weg, Tannen- bergstraße und Lüt- zenkirchen sind erfolgt	Gering Angebot für Nutzer- gruppen angemess- sen.	Gering Keine Um- satz Erlöse.	Gering Die Kosten für sämtliche Unter- haltungs- und Instandsetzungs- maßnahmen bei den Sportplatzan- lagen Birkenberg, Schlebuschrath und Am Stadtpark tragen seit 01.07.2007 bzw. 01.01.2008 die Pächter.	Grundsanierungen in diesem Geschäftsbe- reich sind zunächst damit abgeschlossen.

**6.
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres waren nicht zu verzeichnen.

Leverkusen, den 16. Juli 2012

gez. Georg Boßhammer
Betriebsleiter

Gesamtbetrieb Sportpark Leverkusen

Erfolgsplan / Gewinn- und Verlustrechnung	Erfolgsplan 2013	Erfolgsplan 2012	Ergebnis- prognose 2012	Ergebnis 2011	Ergebnis 2010	Ergebnis 2009
Umsatzerlöse	2.741.000	2.756.000	2.873.000	2.730.530	2.755.579	2.885.827
sonstige betriebliche Erträge	989.000	689.000	782.000	1.033.182	1.536.758	747.089
Summe Erträge	3.730.000	3.445.000	3.655.000	3.763.712	4.292.337	3.632.916
Materialaufwand	3.250.000	2.560.000	2.795.000	2.993.314	3.060.749	3.188.578
Personalaufwand	3.725.000	3.705.000	3.590.000	3.436.474	3.528.350	4.168.407
Abschreibungen	1.491.000	1.366.000	1.431.000	1.494.988	1.158.892	1.079.072
sonstiger betrieblicher Aufwand	1.122.000	1.065.000	1.181.000	2.427.238	1.905.375	1.315.432
Sportfördermittel/Beihilfen	690.000	680.000	690.000	727.091	671.722	667.822
Summe betrieblicher Aufwand	10.278.000	9.376.000	9.687.000	11.079.105	10.325.088	10.419.311
Erlös aus der Auflösung von Sonderposten	432.000	341.000	368.000	370.098	249.289	196.341
Ertrag aus Beteiligungen	3.863.000	4.320.000	5.248.000	5.563.995	6.539.761	3.716.842
Ertrag aus Wertpapieren	1.042.000	1.042.000	1.042.000	1.822.835	1.822.835	2.343.645
sonstige Zinsen/ ähnliche Erträge	3.000	3.000	3.000	19.540	12.077	84.071
Zinsen/ähnliche Aufwendungen	369.000	398.000	385.000	523.815	533.866	476.218
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.577.000	-623.000	244.000	-62.741	2.057.345	-921.714
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	100.000	70.000	70.000	183.747	-463.241	38.032
Sonstige Steuern	7.000	6.000	6.000	7.670	6.023	6.494
Ergebnis nach Gewinn- und Verlustrechnung	-1.684.000	-699.000	168.000	-254.159	2.514.563	-966.240
Tilgung Kredit	540.000	517.000	517.000	494.709	473.247	452.715
Kapitalbedarf Sportpark Leverkusen (*)(**)	-5.538.000	-5.145.000	-5.138.000	-6.456.963	-5.625.629	-6.362.338

*Kapitalbedarf: Erträge/ Erlöse (Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erlöse, Erlös aus Auflösung von Sonderposten) - Aufwand (Materialaufwand, Personalaufwand, sonstiger betrieblicher Aufwand, Zinsen/ ähnliche Aufwendungen, sonstige Steuern) - Sportfördermittel/ Beihilfen - Tilgung Kredit

(**) Kapitalbedarf 2011 ohne Berücksichtigung von Buchwertverlusten: 5.822.237 €

Zusammenfassung der Maßnahmen des Vermögensplanes 2013

Betrieb	Maßnahme	Anschaffungs- und Herstel- lungskosten (€)	Finanzierung
Freizeitbad CaLevornia	Sanierung/Erneuerung Umkleide/Sanitäreanlagen	150.000	Sportpauschale 2012
	Anbau Verwaltungstrakt	100.000	Sportpauschale 2013
Alle Betrie- be	Ersatzbeschaffung	150.000	Sportpauschale 2013
Summe		400.000	